

Stephan Peter

**NEUE
WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE
IM SAARLAND?**

Eine aktuelle Bestandsaufnahme

Zweite Auflage

Stephan Peter

**NEUE
WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE
IM SAARLAND?**

Eine aktuelle Bestandsaufnahme

Zweite Auflage



Wenn Du ein Schiff bauen willst, so trommle nicht die Leute zusammen um Holz zu beschaffen, Werkzeuge vorzubereiten, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern erwecke in ihnen die Sehnsucht nach dem weiten endlosen Meer.

Antoine de Saint - Exupery

Unsere Zeit ist „reif“ für Genossenschaften. Sie sind vor der eigenen Tür verortet und greifbar, sie entziehen sich durch ihre Regionalität dem Globalisierungswahn und schaffen Raum für Identifikation, Engagement und Verantwortung und schaffen damit Berechenbarkeit, Sicherheit und Verlässlichkeit.

Heike Kugler, Abgeordnete,
Fraktion Die Linke im saarländischen Landtag

Hat er [-der arbeitende Mensch-] sich erfasst und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in der Kindheit erscheint und worin noch niemand war: Heimat.

Ernst Bloch. Das Prinzip Hoffnung. Dritter Band, Seite 1628

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	2
ZUR ZWEITEN AUFLAGE	4
EINLEITUNG	
I. Problemstellung	9
II. Methode und Vorgehen	11
KAPITEL 1 ERINNERUNGSARBEIT / BESTANDSAUFNAHME	
1.1 Wirtschaftsdemokratie – Einstieg in Transformation?	12
1.2 Deutsche und Europäische Praxisbeispiele	13
1.3 Sozialwissenschaftliche Ansätze zu partizipativer Wirtschaftsdemokratie in Deutschland	16
1.4 Wirtschaftsdemokratie im Saarland	18
1.4.1 Aufstieg und Niedergang des Allgemeinen Saar-Konsums (ASKO) nach 1945	18
1.4.2 Belegschaftsbeteiligung bei der Firma Petri 1986	21
1.4.3 Saarländische Selbstverwaltungswirtschaft in den 1980ern	22
KAPITEL 2 ZUR AUSEINANDERSETZUNG UM WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE IM SAARLAND HEUTE	
2.1 Halberg-Guss	25
2.2 Das Beteiligungsmodell der Saarbrücker Zeitung	26
2.3 Der Verkauf von Anteilen der Saarbrücker Zeitung	28
2.4 Die 1. St. Ingberter-Bürger-Solar-Genossenschaft	30
2.5 Die Quierschieder Energiegenossenschaft	32
2.6 Die Bürger-Energie-Genossenschaft (BEG) Hochwald	33
2.7 Energiegenossenschaften in Britten, Freisen, Eppelborn und im Bliesgau	35
2.8 Die Saarbrücker Kollektive im Nauwieserviertel	38
2.8.1 Der Buchladen	38
2.8.2 Der Fahrradladen	40
2.9 Das Malstatter Kollektiv „Druckerei Blattlaus“	40
2.10 Schlecker Geno	42
2.11 Windpark Saar auf der Freisener Höhe	45
2.12 Die „Bürgerkraftwerke“ der Dillinger Stadtwerke	46
2.13 Gruppe Gemeinwohl-Ökonomie Saar	48
2.14 Gärtnern und die Welt verändern	49
KAPITEL 3 NEUE WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE IM SAARLAND: VIER VORSCHLÄGE	
3.1 „Wirtschaftsethik und Wirtschaftsdemokratie“ bei der HTW Saarbrücken	53
3.2 Arbeitnehmerbeteiligung und -selbstbestimmung im saarländischen Arbeitsministerium	54
3.3 Sozialwissenschaftliche Studie zu Arbeitstätigkeiten im Großbetrieb	55
3.4 Netzwerk für Mitarbeiterbeteiligung, Genossenschaften und solidarische Ökonomie in der Abteilung Wirtschaftspolitik der Arbeitskammer des Saarlandes	57
LITERATURHINWEISE	60
AUTOR UND IMPRESSUM	63
FOTO- UND ABBILDUNGSNACHWEIS	64

VORWORT

Wer in dieser Zeit des Finanzkapitalismus von Demokratie redet, muss den Alltag im Blick haben. Dort übt sich Demokratie ein. Am Arbeitsplatz, in der Beschäftigung, der die Bürger Tag für Tag nachgehen, entscheidet sich, ob Hierarchien und Kontrolle Apathie und Zynismus verbreiten. Oder ob die Einsicht wachsen darf, dass der Mensch zählt, gebraucht wird und mitentscheiden kann. Wer von Demokratie redet, kann zur Wirtschaftsdemokratie nicht schweigen. Und wo Wirtschaftsdemokratie eine Chance hat, wird sich das Know-how für politische Teilhabe verbessern. Der Bürger wird zum „citoyen“, einem kritischen und engagierten Menschen, der von Demokratie als Lebensform nicht mehr zu trennen ist. Manchem mag diese optimistische Einschätzung zu weit gehen. Doch auch der Skeptiker wird zustimmen, dass gerade die Demokratie die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass Menschen das Richtige tun. Churchill hat es richtig erfasst: „die Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind“.

Von dem französischen Romanautor Honoré de Balzac stammt der Satz: „Hinter jedem großen Vermögen steht ein großes Verbrechen“. Die entfesselten Finanzmärkte haben die Schere zwischen arm und reich dramatisch geöffnet, bei uns und anderswo. Die Superreichen werden noch reicher, die Mittelschicht stagniert und die Armen werden ärmer. Diese Kluft raubt einer immer größeren Zahl von Menschen nicht nur Lebenschancen, sondern sie unterminiert letztlich die Demokratie. Deshalb brauchen wir jetzt endlich die Wirtschaftsdemokratie. Gerade Parteien, die von sich behaupten, progressiv zu sein, müssen sich dieser Herausforderung stellen. Sonst hätten sie vergessen, weshalb sie gegründet wurden.

Wirtschaftsdemokratie ist ein Traditionsbegriff, den es zu entstauben gilt. Heute meint er ganz Verschiedenes. Erstens den aktiven Staat in Politik und Wirtschaft. Zweitens vor allem hier in Deutschland, die Mitbestimmung im Betrieb und Unternehmen. Das schließt Mitarbeiterbeteiligung und Belegschaftseigentum ein. Denn es ist die Belegschaft, die ein vorrangiges Interesse an Arbeitsplatz- und Standort-sicherung hat. Im Saarland war das in jüngerer Vergangenheit deutlich erkennbar bei den Konflikten um Halberg-Guss, Praktiker Markt, Schlecker, Peugeot und der Saarbrücker Zeitung. Der Ausgang vieler dieser Arbeitskonflikte macht klar, wie schwierig und absolut notwendig das Eintreten für mehr Wirtschaftsdemokratie ist. Und selbst das Eintreten, also das Mittel zum Zweck, wird erst allmählich Gestalt annehmen: es reicht von der Meinungsäußerung bis zum Generalstreik.

Drittens gehört genossenschaftliches, staatliches und gemeinwirtschaftliches Eigentum an Unternehmen und Banken dazu. Gerade die Genossenschaften verdienen es, dass sie heute wieder in Erinnerung gerufen werden. Heute erfahren sie in der Form von Wohnungs- und erneuerbaren Energiegenossenschaften, als Interessen- und Wertegemeinschaften eine Renaissance. Es gilt sich dafür einzusetzen, dass diese neuen Bürger-Genossenschaften ihrem Namen Rechnung tragen. Für alle Bürger offen zu sein und nicht nur für den Mittelstand.

Das Thema Wirtschaftsdemokratie bedarf der Verstetigung, um wieder wahrgenommen zu werden. Ich begrüße deshalb die Regionalstudie der Rosa Luxemburg Stiftung Saarland/Peter Imandt Gesellschaft. Sie ist ein wichtiger Teil von Erinnerungsarbeit, eine Bestandsaufnahme dessen, was war, was ist und gibt einen Ausblick auf das, was sein kann. Es werden deutsche und europäische Praxisbeispiele der Wirtschaftsdemokratie reflektiert. Vor allem aber beschäftigt sich die Studie ausführlich mit der Wirtschaftsdemokratie im Saarland gestern und heute. Diese zweite, erweiterte Auflage, relativ kurz nach der

Ersterscheinung, ist Ausdruck gesellschaftspolitischer Entwicklungen der jüngsten Zeit, neuer saarländischer Projekte und Diskussionen zum Thema.

Die Veröffentlichung ist ein Stück Pionierarbeit, denn zu dieser Zukunftsperspektive gibt es zurzeit wenig Vergleichbares. Wichtig sind die konkreten Vorschläge gegen Ende der Studie zur gesellschaftlichen, also institutionellen und wissenschaftlichen Infrastruktur, die der Wirtschaftsdemokratie im Saarland den Boden bereiten können. Die Diskussion um sie ist unentbehrlich für jeden, der an einer nachhaltigen Verbreitung dieses zentralen Themas der saarländischen und deutschen Linken interessiert ist. Nach dem Ende des Bergbaus im Saarland eröffnet sich hier die Chance, die Solidarität und die Würde der Arbeit die nicht nur den Bergbau sondern die gesamte politische Kultur des Landes prägten, in neuer Form fortzusetzen.

Glück Auf!

Oskar Lafontaine

ZUR ZWEITEN AUFLAGE

Die erste Auflage der Regionalstudie „Neue Wirtschaftsdemokratie im Saarland? Eine aktuelle Bestandsaufnahme“ erschien vor einem Jahr. Sie versuchte Antworten auf die Frage zu geben, was man unter Wirtschaftsdemokratie heute versteht, welche praktischen Beispiele alternativen Wirtschaftens es gerade im Saarland gab und gibt, und wie sich das Thema verstetigen lässt.

Der linke Flügel des Möglichen

Seit der Veröffentlichung der Studie sind mehrere Entwicklungen erkennbar, welche die Bedeutung des Themas unterstreichen. Im Saarland wurden neue Genossenschaften gegründet und neue Diskussionen zu mehr Belegschaftsbeteiligung bei Unternehmen angestoßen. Der öffentliche Ruf nach größerer Beteiligung der Vermögenden an der Lösung der Finanz- und Eurokrise und ganz allgemein nach mehr demokratischer Teilhabe und Beteiligung der Bürger hat sich verstärkt. Im Saarland gibt es eine neue Regierungskoalition. Die zweite Auflage reflektiert diese Entwicklungen der jüngsten Zeit. **Kapitel 2** „Zur Auseinandersetzung um Wirtschaftsdemokratie im Saarland heute“ und **Kapitel 3** „Neue Wirtschaftsdemokratie im Saarland“ wurden daher erweitert und ergänzt.

Ganz konkret: im zweiten Kapitel (2.3) wird die Diskussion um das ‚window of opportunity‘ (Zeitfenster) für mehr Belegschaftsbeteiligung bei der Saarbrücker Zeitung zusammengefasst. Es ergab sich 2012 mit dem Verkauf der Mehrheitsanteile der Zeitungsgruppe. Als weiteres Grossunternehmen geriet das Drogeriemarktunternehmen Schlecker in den Fokus der Wirtschaftsdemokratie-Debatte (2.10). Der Zusammenbruch der Kette 2012 mündet in die Frage, ob einzelne Läden auf Genossenschaftsbasis fortgeführt werden können. Auch bei kleineren Organisationen ist Bewegung. Kapitel 2.6 und 2.7 thematisieren den sich verstärkenden Aufschwung saarländischer Bürgerenergiegenossenschaften – im Hochwald, Britten, Freisen, Eppelborn und im Bliesgau. Schließlich wird die Idee saarländischer Gemeinschaftsgärten vorgestellt, ein Ansatz der Wirtschaftsdemokratie und Kultur verbindet (2.14). Neu im Kapitel 3 ist ein Vorschlag (3.3) mit explizitem Bezug zum Diskurs um ‚gute Arbeit‘ in der saarländische Großindustrie.

Wirtschaftsdemokratie ist noch nicht, was es sein kann. Der linke Flügel des Möglichen. Der große progressive Gegenentwurf zum Neoliberalismus. Dieser Entwurf entsteht nicht über Nacht, sondern ist das Ergebnis vielfältiger praktischer Gegenmodelle und des Drucks sozialer Bewegungen. Ein ehemaliger U.S. Vize-Außenminister hat anlässlich der Eröffnung eines Fiat Werks in der damaligen Soviet Union gesagt: ‚das Auto ist eine Ideologie auf vier Rädern‘. Will heißen, was man sehen und anfassen kann, überzeugt. In diesem Sinne geht es darum, Wirtschaftsdemokratie erlebbar zu machen. Diese zweite Auflage illustriert noch stärker, wie Wirtschaftsdemokratie eine Antwort auf Ängste angesichts der Krise sein kann, indem sie Arbeitnehmern und Bürgern Sicherheit und ein Stück Heimat gibt.

Mehr Demokratie wagen

U.S. Präsident Barak Obama hatte Recht, als er einen seiner Vorgänger, Ronald Reagan, als wirklich großen Präsidenten lobte. Denn Reagan's Neo-Liberalismus – eine alte Idee neu aufgelegt – hatte Langzeitwirkung. Seit einer Generation prägt er die westliche Welt, bis heute. Aber andere bedeutende Amerikaner haben daran erinnert, dass der Neoliberalismus nicht alternativlos sein muss. Der größte amerikanische Präsident überhaupt, Abraham Lincoln, formulierte es so: ‚Arbeit kann ohne Kapital bestehen, aber Kapital hätte niemals ohne Arbeit bestehen können. Daher... ist Arbeit das dem Kapital Überlegene – vielfach Überlegene‘. Präsident Roosevelt schlug 1942 einen Spitzensteuersatz von 100 Prozent vor. Kein Amerikaner brauche ein Netto-Verdienst über 25.000 Dollar pro Jahr. Das entspricht etwa 350.000 Dollar

heute. Und der Bürgerrechtler Martin Luther King folgerte: Es läuft etwas schief mit dem Kapitalismus... Vielleicht muss sich Amerika in Richtung eines demokratischen Sozialismus entwickeln'.

Anfang der 1970er Jahre gab Willy Brandt die Losung ‚Mehr Demokratie wagen‘ aus. Occupy, blockupy, Wutbürger, Bürgergenossenschaften, freie Software (open source) Initiativen, gute Arbeit – das sind nur einige Stichworte der jüngeren Vergangenheit, welche Brandt's Forderung nach mehr Beteiligung aktueller denn je erscheinen lassen. Doch bei genauer Hinsicht setzen im saarländischen Landtag vertretene Parteien unterschiedliche Akzente.

Die Saar SPD verengt das Thema sehr stark auf lediglich politische Demokratie. In Beschlüssen und Verlautbarungen betont sie Volksbegehren, -entscheide und ähnliche Formen direktdemokratischer Bürgerbeteiligung. Randläufig taucht noch die Forderung nach Stärkung von Genossenschaften auf; diese aber in ein umfassendes Konzept von Wirtschaftsdemokratie einzubetten, davor scheut man zurück. Der Begriff spielt bei der großen Mehrheit der saarländischen Sozialdemokraten keine Rolle. Letztlich wird damit die Politik der Wirtschaft untergeordnet. Es geht dann um wenig mehr als den Versuch, die internationalen Finanzmärkte und das große Geld zu beruhigen.

Im grünen Umfeld erweckt der Begriff der Allmende und der natürlichen ‚Commons‘ Sympathien. Die mittelalterliche Allmende war eine Gemeindewiese, auf welcher das Vieh der einzelnen Bauern gemeinsam weidete. Diese Metapher, die jenseits von Markt und Staat verortete Allmende, wird heute auf das digitale Zeitalter übertragen. Ökologische und dezentrale Modelle wie ‚open source‘ Entwicklungen aber auch Solargenossenschaften und andere Formen gemeinschaftlichen, basisdemokratischen Nutzens von Gütern werden betont. Die Notwendigkeit starker Gewerkschaften und eines vor- und fürsorgenden Sozialstaates weniger.

Die neue saarländische Piratenpartei will Werten wie Transparenz, Offenheit, und Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen mehr Geltung verschaffen. Was dies für die verschiedenen Politikfelder und Themen konkret bedeutet, erscheint bisweilen nebulös. Das liegt sicherlich auch an einer fehlenden Geschichte. Es bleibt offen, auf welche historischen Ideen- und Wertestränge sich die Piraten berufen.

Die saarländische Linke und Ihr Vorsitzender Oskar Lafontaine haben die Bedeutung von Demokratie gerade auch in der Wirtschaft immer wieder öffentlich betont. Die Linke sieht Wirtschaftsdemokratie als Konsequenz aus den Kämpfen der alten Arbeiterbewegung, der Einsicht nach dem Faschismus, dass Demokratie ohne Mitbestimmung nicht zu haben ist, und als Antwort auf die gegenwärtige Finanz- und Eurokrise und der Frage wie umfassend ‚mehr Demokratie wagen‘ zu verstehen ist.

Niemand hat die Wahrheit für sich gepachtet. Doch umgekehrt gilt auch: ohne die Stimme der Linken wäre der Marktplatz der Ideen, wäre der demokratische Diskurs und die politische Kultur im Saarland ärmer. Es muss sogar die Frage erlaubt sein, ob von einer entwickelten pluralistischen Demokratie gesprochen werden kann, hörte sie ideologisch bei einer in ihrer Mehrheit sozialliberalen SPD auf.

Soziale Gerechtigkeit

Komplimentierend zum Ruf nach mehr demokratischer Beteiligung hat der Ruf nach mehr Verantwortung der Reichen am Gemeinwohl an Fahrt aufgenommen. Selbst eine Gruppe Vermögender hat sich daran beteiligt. Mehrere Dutzend reiche Bundesbürger "haben sich in einer Initiative ‚Appell Vermögender für eine Vermögensabgabe‘ zusammengeschlossen, um die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland einzudämmen" (Saarbrücker Zeitung, 28./29. Juli 2012, Seite A2).

Seit dem guten Abschneiden der griechischen Linken bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 2012 und insbesondere dem Machtwechsel in Paris geriet der rigide Sparkurs der europäischen Staats- und Regierungschefs zunehmend in die Kritik. Wachstumsstrategien als Ausweg aus der Krise wurden angemahnt. Dabei betont die europäische Linke, dass Wachstum allein zu kurz greift. Der Chefredakteur der links-katholischen Zeitschrift Publik Forum, Dr. Wolfgang Kessler, stellt in einem Vortrag im Sommer 2012 in Dillingen/Saar fest: „Das gewohnte Denken, wonach Wachstum alle Probleme automatisch löst, trägt nicht mehr. Das zeigten schon die vergangenen zehn Jahre. Trotz hohem Wachstum wird die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern immer tiefer. Ein Viertel der Deutschen ist vom Wohlstand abgehängt, darunter 2,6 Millionen Kinder. Die zehn Prozent reichsten Haushalte besitzen Jahr für Jahr mehr vom privaten Gesamtvermögen: 2002 waren es 57 Prozent, 2007 waren es 61,1 Prozent, in 20 Jahren werden sie 75 Prozent des Vermögens besitzen. Sieben Millionen Erwerbstätige verdienen weniger als 7,50 Euro pro Stunde. Mit den Arbeitslosen zusammen leben 13 Millionen in prekären Verhältnissen“ (Zukunft statt Zocken. Vortragsmanuskript, 26. Juni 2012).

Stellvertretend für Viele schlussfolgert die IG Metall, dass der Verständigung auf Wachstum noch „weitere offensive Maßnahmen sowie soziale und auch ökologische Innovationen“ fehlen (Metallzeitung, 8/2012, Seite 3). Gerade die Linke hat hier frühzeitig eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen. Die Einführung einer geeigneten Finanztransaktionssteuer, Anhebung des Spitzensteuersatzes, verbesserte Erbschaftssteuer, Millionärssteuer, und einen Marshall Plan für Krisenstaaten, beispielsweise. Die Saar SPD lässt sich seit kurzer Zeit verbal von einigen dieser Forderungen inspirieren. In der Realität hat sie sich im Frühjahr 2012 für eine Koalition mit den Konservativen entschieden. Ob konkrete Taten ausgerechnet von einer SPD-CDU Koalition zu erwarten sind, darf bezweifelt werden.

Die Absahner

Die Macht der internationalen Finanzmärkte erscheint anonym. Doch Politik wird von Menschen gemacht. Personen geben Finanzmärkten ein Gesicht. Es ist schwer vorstellbar, dass die Entscheidung der Saar SPD gegen eine Koalition mit der saarländischen Linken rein landespolitisch zu erklären ist. Die Saar SPD ist Teil einer Bundespartei. Dort haben sich führende Vertreter, zusammen mit sozialdemokratischen Spitzenpolitikern aus anderen EU Ländern, der Hochfinanz angedient. Diese Geschichte, dieser Kontext, das, was aus der Bundes-SPD inzwischen geworden ist, muss die Spitze der Saar SPD bei ihrer Koalitionsentscheidung auch berücksichtigen. Druck entsteht nicht nur von unten nach oben, sondern auch umgekehrt.

Publik Forum fasst in einem Artikel ‚Die Absahner‘ zusammen: „Wim Kok, ehemals sozialdemokratischer Ministerpräsident der Niederlande, sitzt heute im Aufsichtsrat von Shell und der Fluggesellschaft KLM wie auch des niederländischen Finanzdienstleisters ING. Der deutsche Exkanzler Gerhard Schroeder hat ein neues Betätigungsfeld als Aufsichtsratsvorsitzender der Nord-Stream AG gefunden, an dem die Unternehmen Gazprom, Eon, BASF, GDF, Suez und Gasunie beteiligt sind; außerdem sitzt er im Aufsichtsrat beim Ölkonzern TNK-BP und ist Berater für das Europageschäft der Rothschild Investment Bank. ...Auch andere Sozialdemokraten aus Schroeders Kabinett haben den Wandel vom Staatsmann zum Geschäftsmann vollzogen. Ex-Innenminister Otto Schilly sitzt heute im European Advisory Board von Investcorp, einer Beteiligungsgesellschaft mit Sitz in Bahrain. Dort trifft er gleich mehrere prominente Kollegen: ...[unter anderem] den Sozialisten Giuliano Amato, einst Ministerpräsident Italiens und Vizepräsident des Europäischen Verfassungskonvents...“ (Publik-Forum, Nr. 14, 2012, Seite 20, 21).

Das Gleiche aus der Führungsriege der britischen Labour Party: „Ex-Außenminister David Miliband ist als Berater für die Investmentgesellschaften Vantage Point Capital Partners (USA) und Indus Basin Hol-

ding (Pakistan) tätig; Peter Mandelson, Handelsminister unter Tony Blair und danach EU-Kommissar für Handel, berät seit 2011 die US-Investmentbank Lazard. Natürlich hat auch Tony Blair selbst eine erkleckliche Zahl von Ämtern angesammelt: Berater bei der Schweizer Finanzholding Zürich Financial Services, Redner für den Hedgefonds Lansdowne Partners und Vorsitzender des Internationalen Beraterstabs der großen US-Investmentbank JP Morgan Chase... " (Ibid, Seite. 21).

In seinem Wahlkampf wurde der Sozialist Francois Hollande mit dem Ausspruch bekannt, sein Gegner habe keinen Namen, kein Gesicht und gehöre keiner Partei an - es sei das internationale Finanzkapital. Aber: vielleicht zählten zu Hollande's "Gegnern" doch das ein oder andere bekannte Gesicht. "Dass der Sozialist Hollande zu seinem Wahlkampfmanager ausgerechnet Pierre Moscovici erkoren hatte, den Vizepräsidenten der Lobby Cercle de l'Industrie, in der alle Führer der großen französischen Unternehmensgruppen vertreten sind, war ein wichtiges Signal: Der ‚Wandel‘ von dem Hollande sprach, sollte keinesfalls als Umsturz verstanden werden. Entsprechend versicherte Moscovici den ‚Finanzmärkten‘, unter Hollande werde die Staatsverschuldung ab 2013, ‚koste es was es wolle‘, auf unter drei Prozent sinken. Dafür werde man ‚entsprechende Maßnahmen ergreifen‘. Nach dem Wahlsieg Hollandes ist dafür der neue Finanzminister zuständig: er heißt Pierre Moscovici" (Ibid, Seite, 22).

Gelebte Alternativen

Zu dieser Anpassung an die Verursacher und Profiteure der Krise gibt es gelebte Alternativen. Dabei muss man nicht soweit gehen wie Jose Manuel Sanchez Gordillo. Der Linkspolitiker, seit Jahrzehnten Bürgermeister des Dorfes Marinaleda in Süd-Andalusien, hatte kürzlich mit Hilfe von Aktivisten die Erstürmung zweier Lebensmittelläden in der Region koordiniert. Laut Presseberichten war geplant, die vollen Einkaufswagen an Volksküchen weiterzugeben.

Das Saarland ist nicht Süd-Andalusien mit einer Arbeitslosenquote von über 30 Prozent und einer Jugendarbeitslosigkeit noch weit darüber. Und die gewählte Strategie ist aus verschiedenen Gründen bedenklich. Trotzdem ist es eine interessante mentale Übung sich vorzustellen, Spitzenpolitiker der Saar SPD organisierten mit Megafon den Sturm auf ein örtliches Lebensmittelgeschäft. Nein, es lässt sich nicht einmal vorstellen – eine Illustration wie meilenweit die Führer einer alten Arbeiterpartei inzwischen von solchen Beispielen direkter ‚Robin Hood‘ Aktionen weg sind.

Zielführender dafür, was Politiker in der Krise praktisch tun können, ist das Beispiel von 30 Bundestagsabgeordneten der Partei Die Linke, die einfach selbst eine Genossenschaft gegründet haben. Die „TreuhandliegenschaftsGenossenschaft FAIRWOHNEN eG“ wurde im Frühjahr 2012 ins Leben gerufen, um sich am Bieterverfahren des Bundesfinanzministeriums für 11.500 Wohnungen zu beteiligen. Es handelt sich überwiegend um ehemals volkseigene Wohnungen in allen fünf ostdeutschen Bundesländern (Blum, Heidrun. Wo einzahlen sich auszahlt! in: Disput, Mai 2012). Der Verkauf der Treuhandliegengesellschaft durch das Ministerium ist europaweit ausgeschrieben. Demgegenüber ist es das Ziel der Genossenschaft zu verhindern, "dass die Bundesregierung auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter Kasse macht und die Immobilien meistbietend verhökert"(Ibid, Seite, 28). Soziale Wohnungspolitik statt Heuschrecken ist das Motto der Kampagne.

Einige Monate später hat das Bundesfinanzministerium die Genossenschaft trotz erfolgversprechender Schritte, ihr Projekt auch finanziell seriös darzustellen, aus dem Bieterverfahren ausgeschlossen. Trotzdem will man nicht aufgeben. Genossenschaften können neben wirtschaftlichen auch soziale und kulturelle Zwecke verfolgen. Das eröffnet die Möglichkeit, sich in anderer Form an der Interessenvertretung der Mieter und Mieterinnen zu beteiligen.

Glück Auf !

Im Saarland ging 2012 nach Jahrhunderten der Bergbau zu Ende. Die Würde einer Arbeit, die mehr war als ein Job, die Solidarität der Bergleute, das Gemeinschaftserlebnis, welche die gesamte Kultur des Landes prägten, wurden als zu bewahrendes Vermächtnis immer wieder betont. In der Wirtschaftsdemokratie kann es sich in neuen Formen in unserer Region fortsetzen. Deshalb lud im Sommer und Herbst 2012 die ‚Werkstatt Wirtschaftsdemokratie‘ zu zwei Netzwerktreffen ein, bei dem sich am Thema interessierte saarländische Akteure in der Arbeitskammer des Saarlandes trafen. Angesprochen wurden die wissenschaftliche und gewerkschaftliche Diskussion zum Begriff der Wirtschaftsdemokratie, im Jahr 2012 bereits angestoßene Initiativen zur Verbreitung des Themas, und mögliche Projekte und Arbeitsgruppen für die nähere Zukunft.

Die Tatsache, dass solche Netzwerktreffen im Saarland überhaupt stattfanden, wurde als erster Erfolg gewertet. Allen Diskussionsbeiträgen lag das Ziel der Förderung von Wirtschaftsdemokratie zu Grunde. Es war der gemeinsame Nenner. Drei Themenkomplexe schälten sich für die zukünftige Arbeit heraus. Erstens die Notwendigkeit einer weiteren Begriffsklärung; die Erkenntnis, dass an alte Konzepte der Wirtschaftsdemokratie nicht umstandslos angeknüpft werden kann. Zweitens die Nützlichkeit (sozial-)wissenschaftlicher Studien und Veröffentlichungen zur Geschichte, der internationalen Dimension und zu speziellen Forschungsgegenständen, die sich mit Wirtschaftsdemokratie verbinden. Hierunter fallen beispielsweise die Zukunft der Stahlindustrie in der Region oder die Veränderung der Arbeitstätigkeit in der Großindustrie. Drittens die Identifikation und Förderung kleinerer praktischer Mitmachprojekte, sozial-ökologischer Projekte, lokaler Projekte, grenzüberschreitender und genossenschaftlich organisierter Projekte. Ein weiteres, drittes Netzwerk-Treffen wurde fest vereinbart.

Zur Erläuterung der Regionalstudie erstellte die Werkstatt Wirtschaftsdemokratie ein 9-minütiges YouTube Videoclip mit dem Titel; „Für eine neue Wirtschaftsdemokratie im Saarland!“ Der Autor der Studie stellt sich Interviewfragen. Höhepunkte sind Kurzbeiträge von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi, aufgenommen im Sommer 2012 auf einer Schiffstour der Beiden an der Saarschleife. Die Linke Saar erstellte ein Faltblatt, welches in verkürzter Form aber höherer Auflage die Regionalstudie zusammenfasst. Das Faltblatt wurde auf dem Göttinger Parteitag als ein Beitrag der saarländischen Linken zur gesellschaftspolitischen Debatte der Partei verteilt. Schließlich wurde das Faltblatt mit Unterstützung der lothringischen Front de Gauche erweitert und ins Französische übersetzt. Neben Informationen zur Regionalstudie unterstreicht es die Bedeutung des Kampfes für ein Europa von unten in unserer Grenzregion.

In der Hoffnung, dass diese zweite Auflage selbst als eine Form aufgeklärter politischer Aktion akzeptiert wird, wünschen wir Lesefreude bei Ihrem Interesse, sich über den aktuellen Stand von Wirtschaftsdemokratie im Saarland zu informieren. Auf Rückmeldungen freuen wir uns immer.

Dr. Stephan Peter
Saarbrücken, Winter 2012/13.

EINLEITUNG

I. PROBLEMSTELLUNG

Die Studie „Wirtschaftsdemokratie“ der Peter-Imandt-Gesellschaft Saarbrücken skizziert Möglichkeiten der Mitarbeiterbeteiligung, Genossenschaften und solidarischer Ökonomie im Saarland. Es soll die Frage beantwortet werden, welche konkreten Diskussionszusammenhänge, aber auch Praxisbeispiele es zum Thema Wirtschaftsdemokratie im Saarland heute gibt. Der Beantwortung dieser Frage nähert sich die Studie durch

- einen kurzen Hinweis auf den Projektzusammenhang sowie den Grundtenor und die Vorgehensweise der Studie (**Einleitung**),
- einen Einstieg in die Frage, ob Wirtschaftsdemokratie als Fenster in Richtung Transformation gesehen werden kann, eine Skizzierung der historischen Ausprägungen („was war“) von „Wirtschaftsdemokratie“ in Deutschland, Westeuropa und dem Saarland (**Kapitel 1**),
- eine Vorstellung diverser Ansätze, Modelle und Praxisbeispiele („was ist“) von Demokratisierung der Wirtschaft und Humanisierung der Arbeit an der Saar (**Kapitel 2**),
- eine Erläuterung mehrerer konkreter Vorschläge („was sein kann“), wie durch verbesserte institutionelle und organisatorische Infrastruktur das Thema Wirtschaftsdemokratie im Saarland vorangebracht werden kann (**Kapitel 3**).

Der Ruf nach „mehr Demokratie wagen“ in Wirtschaft und Gesellschaft, nach selbstbestimmtem, nachhaltigem Arbeiten und Leben, ist Folge der sich überlappenden Finanz-, Umwelt- und Politikkrise.

Die **Finanzkrise** der letzten Jahre, charakterisiert durch extrem deregulierte Märkte, Betriebsübernahmen nach Heuschreckenmanier, wilde Spekulationen mit undurchsichtigen Finanzprodukten und exorbitante Managergehälter, hatte zur Folge, dass den Hauptverursachern der Krise schnell und unbürokratisch geholfen wurde, normale Arbeitnehmer und Steuerzahler jedoch zunehmend ungesichertere Arbeitsverhältnisse (Leiharbeit, stagnierende Löhne, Prekarisierung) bzw. rapide steigende öffentliche Schulden hinnehmen mussten. Dieselbe Verfahrensweise bei der Eurokrise: Viel Geld für das spekulative Bankensystem, Sparen nur bei den Löhnen und Sozialleistungen - bei uns und anderswo. Inzwischen öffnet sich die Schere zwischen arm und reich weiter. Die Möglichkeit einer weltweiten „double-dip recession“ besteht nach Ansicht von Politikern und Wissenschaftlern fort. Eine von den USA ausgehende und – überraschend schnell – auch globale „Occupy Wall Street“ Bewegung, welche anarchistische, libertäre, linksliberale und sozialistische Gruppen vereint, kritisiert seit Herbst 2011 den Kasinokapitalismus. Ähnliche Kampagnen wie „blockupy“ und „Umfairteilen“ sind hinzu gekommen. Slogans wie „I am too big to fail“ insistieren darauf, dass Begriffe wie „sozial“ und „wirtschaften“ zusammengehören und Verantwortung für Menschen vor Verantwortung für Zahlen kommt.

Die **Umweltkrise** hat ein gewisses Umdenken in Richtung der Vision „Solarzeitalter“, z.B. durch verstärkte Förderung erneuerbarer Energien, bewirkt. Während die Erneuerbaren, zumindest in Deutschland, nach Jahrzehnten sozialer Konflikte allmählich in der Mitte der Gesellschaft ankommen, ist heute die Frage ihrer sozialen Organisation eine große Herausforderung. Wird Energiegewinnung und -bereitstellung weiterhin von kapitalistischen Großunternehmen organisiert werden oder gibt es eine Chance für Dezentralisierung, Bürgerbeteiligung und basisdemokratische Organisationsformen wie Solar- und Windenergiegenossenschaften, Bürgerkraftwerke und die kommunalen Stadtwerke? Wird sich gesell-

schaftspolitisch ein Begriff von Solidarität durchsetzen, welcher dem Revisionismus Eduard Bernsteins Rechnung trägt? Solidarität, nicht nur klassisch verstanden als Verbundenheit und Gemeinsinn zwischen den Menschen, sondern - als Neuinterpretation - auch als Fürsorge und Verantwortung gegenüber der Natur und zukünftigen Generationen?

Die **Politikkrise**, abnehmende Mitgliederzahlen bei den Parteien, das „rigorose Lächeln der Politiker“, die Sachzwänge für angeblich alternativlose Politik anführen, aber auch gesellschaftliches Engagement gegen soziale Ungleichheit, zu große Bankenmacht oder Atomkraft, ist keine Demokratiekrise, sondern eine Krise der repräsentativen Demokratie. Gefragt ist die Wiederentdeckung des „politischen Menschen“ (Oskar Negt), des „citoyen“ oder „citizen“, der sich nicht von einer Scheindemokratie abspesen lässt, der sich als eigensinniger und politisch urteilsfähiger Mensch, als Souverän, in die öffentlichen Angelegenheiten einmischt. Wobei Möglichkeiten der Einmischung, der Freiheit, größer werden, wenn weitreichende Mit- und Selbstbestimmungsrechte in allen wichtigen Lebensbereichen, gerade auch in wirtschaftlichen Produktionsprozessen, bestehen. Denn Demokratie als Lebensform lässt sich - strategisch - am besten im Alltag, in der direkten Umgebung der Menschen einüben. „All politics is local“ hat es der bekannte amerikanische Politiker Tip O’Neill einmal auf den Punkt gebracht. Die Erfahrungen am Arbeitsplatz, im Arbeitsalltag sind hier von zentraler Bedeutung. Darauf aufbauend eröffnet sich dann auch gelebte Beteiligung in der politischen Demokratie.

Allerdings ist ein Traditionsbegriff wie Wirtschaftsdemokratie heute fast schon eine Leerformel. Es fehlt eine breite Diskussion zu dem Begriff, es fehlen Werkzeuge und Instrumente zur Umsetzung als auch konkrete Praxisbeispiele. Damit bleibt der progressive Gegenentwurf zum neoliberalen „Washington Konsensus“, nämlich „another world is possible“, in Bezug auf Organisation von privatwirtschaftlichen Unternehmen, Dienstleistern und staatlichen Institutionen merkwürdig abstrakt. Umso mehr lohnt eine Bestandsaufnahme, ein Überblick zu Ansätzen und Beispielen, welche durch demokratische Strukturen Wirtschaftsethik und soziale Verantwortung mit herkömmlichen Zielen wie Produktivität und Gewinn verbinden.

Solche Beispiele gibt es, wenn auch nicht zahlreich, zum Teil seit vielen Jahren auch im Saarland. Sie sind erfolgreich und doch wenig bekannt. Vor diesem Hintergrund leistet die Studie einen konkreten und praktischen Beitrag dazu, die Diskussion um Wirtschaftsdemokratie stärker in der Öffentlichkeit zu verankern und das Selbstvertrauen und -bewusstsein der beteiligten Akteure zu stärken.

Die Studie ist Teil einer verstärkten öffentlichen Diskussion zu Wirtschaftsdemokratie in den letzten Jahren. 2010 organisierte die Partei Die Linke Saar eine große Veranstaltung in Völklingen zum Thema Mitarbeiterbeteiligung. Die SPD Saar fasste auf ihrem Landesparteitag 2011 den Beschluss, einen Arbeitskreis Wirtschaftsdemokratie auf Landesebene einzurichten. Der IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt veranstaltete 2010 eine Tagung zu „Wirtschaftsdemokratie im Dialog zwischen Gewerkschaft und Wissenschaft“. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierte im November 2011 eine internationale Konferenz zum Thema „Belegschaftseigentum, Kooperativen und Genossenschaften“ in Berlin. Der Bundesparteitag der Linken 2011 sieht in der Wirtschaftsdemokratie „eine tragende Säule des demokratischen Sozialismus“. Der SPD Bundesparteitag im Dezember 2011 will sich für „einen Ausbau genossenschaftlicher Organisationsformen“ einsetzen. Ähnlich äußern sich die großen Gewerkschaften auf ihren nationalen Kongressen. Der Gewerkschaftstag der IG Metall 2011 will ein Mehr an „beteiligungsorientierter Betriebspolitik“. Und Frank Bsirske, ver.di Vorsitzender, verspricht auf dem Bundeskongress 2011: „Die Demokratisierung der Wirtschaft [wird] für uns ein Thema sein, in den kommenden Jahren mehr noch als bisher.“ Dabei betont er basisdemokratische Beteiligung: „Unter den heutigen Bedingungen kommt den einzelnen Beschäftigten für die gewerkschaftliche Interessenvertretung eine größere Bedeutung zu als jemals

zuvor.“

Auch publizistisch erfährt Wirtschaftsdemokratie eine neue Aufmerksamkeit. Die „Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“ (SPW) wählte Wirtschaftsdemokratie als Schwerpunktthema einer Ausgabe 2010. Die Monatszeitschrift „Sozialismus“ veröffentlichte einen oft zitierten Beitrag von Detlef Hensche zu „Demokratisierung der Wirtschaft“ in ihrer Ausgabe 1/2011. Die linkskatholische Zeitschrift „Publik Forum“ berichtet regelmäßig über aktuelle Entwicklungen im Genossenschaftssektor und in der solidarischen Ökonomie. Nicht zuletzt kam es zu einer Reihe von Buch-Neuerscheinungen, so z.B. „Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen“ (Hartmut Meine u.a.), „Neue Wirtschaftsdemokratie“ (Helmut Martens), „Demokratisierung der Arbeit: Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie“ (Werner Fricke, Hilde Wagner) oder „Den Betrieb übernehmen“ (Rosa Luxemburg Stiftung).

II. METHODE UND VORGEHEN

Die Studie wurde im letzten Quartal 2011 ausgeführt. Die ergänzende zweite Auflage bezieht sich auf Frühjahr bis Herbst 2012. Dieser kurze Zeitraum macht sie zu einer Momentaufnahme, keiner Langzeitstudie – „a snapshot, not a moving picture“ – was die Beleuchtung des Untersuchungsgegenstands betrifft. Die Betonung der Studie liegt, trotz eines Exkurses in die Geschichte der deutschen und europäischen Wirtschaftsdemokratie, auf der Gegenwart und der Diskussion und Evaluierung heutiger wirtschaftsdemokratischer und nachhaltiger Ansätze und Beispiele im kleinsten westdeutschen Bundesland, dem Saarland. Die Studie ist nicht ausschließlich empirisch, sondern hat eine spekulative Dimension. Die Diskussion um eine neue Wirtschaftsdemokratie spielt sich, wie bei Neuanfängen wenig verwunderlich, zum Teil erst auf der programmatischen Ebene ab. Konkrete, vorzeigbare Praxisbeispiele für eine alternative regionale Strukturpolitik oder alternative Rechts- und Organisationsstrukturen saarländischer Betriebe und Projekte bleiben zahlenmäßig bescheiden bzw. befinden sich noch im Prozess der Implementierung. Ob die von der Studie am Schluss gemachten Vorschläge realisiert werden können und welche Effekte von ihnen ausgehen mögen, wird erst die Zukunft zeigen.

Die Studie beruht auf einer Analyse von Primär- und Sekundärliteratur sowie einer Internetrecherche zum Thema. Begleitend wurden vertiefende Gespräche mit unterschiedlichen saarländischen Akteuren, die an Wirtschaftsdemokratie interessiert bzw. als „change agents“ dort involviert sind, geführt. Anregungen kamen schließlich durch die Teilnahme an einer internationalen Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema „Den Betrieb übernehmen“ im November 2011 in Berlin.

Die Studie bekennt sich zu einem moralischen Rahmen und einer werteorientierten Herangehensweise. Dabei sieht der Autor die Sozialwissenschaften weder als Apotheker noch Funktionär. Es geht nicht um wertfreie Analyse im Elfenbeinturm, die sich um die Verwertung nicht schert, noch um Parteipolitik oder Propaganda. Es geht darum, aus Arbeitnehmersicht Wege aufzuzeigen, wie Arbeiten und Wirtschaften nachhaltig demokratisch gestaltbar werden. Der Autor hat selbst langjährige Erfahrungen im Genossenschaftssektor gesammelt und sieht sich als Teil dieser Bewegung.

ERINNERUNGSARBEIT / BESTANDSAUFNAHME

1.1 WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE – EINSTIEG IN TRANSFORMATION?

Wirtschaftsdemokratie betont den Bürger, den „citoyen“, der sich beteiligt, der Anteil hat an der Demokratie. Die zentrale Bedeutung der Demokratie heißt auch, Wirtschaftsdemokratie geht über die heutige Mitbestimmung in Deutschland hinaus. Dabei ist Wirtschaftsdemokratie ein weites Feld. Sie betrifft den Betrieb und das Unternehmen, die Region, sowie die nationale und internationale Ebene. Sie meint die politische und gesellschaftliche Steuerung der Wirtschaft. Gemeinwirtschaft, Kooperativen, Belegschaftsbetriebe und -beteiligung, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, Genossenschaften und ESOPS, sog. „employee stock ownership plans“, sind Begriffe, die sich mit Wirtschaftsdemokratie verbinden. Zentral ist die Eigentumsfrage: wem gehört das Unternehmen; wem gehört das, was erwirtschaftet wird? Es geht um die „Diktatur des Proletariats“ im Sinne Gramsci's: die Vorherrschaft gesellschaftlicher Werte wie Teilen, Solidarität, Brüderlichkeit, Nachhaltigkeit. Gefordert wird eine moralische Ökonomie.

Die Diskussion um Wirtschaftsdemokratie in Deutschland ist über ein Jahrhundert alt. Dabei gibt es eine Tendenz. Aktuelle Debatten, so zum Beispiel zur „Solidarischen Ökonomie“, wie sie in Latein- und Nordamerika, aber auch bei uns geführt werden, betonen heute stärker als früher die mikro-ökonomische Ebene. Wie sieht eine Unternehmenspolitik aus, die nachhaltig, sozial und ökologisch ist, statt auf die „share holder value“-Ideologie fixiert zu sein? Und wie lassen sich betriebliche Arbeitsprozesse demokratisieren? Gerade letzterer Aspekt wird heute mehr als in der frühen Diskussion um Wirtschaftsdemokratie zu gering gewertet.

Es soll ausdrücklich betont werden, dass Wirtschaftsdemokratie als kapitalismustheoretisches Konzept Diskussionen zur Auflösung der Großbanken, dem Verbot undurchsichtiger, spekulativer Finanzprodukte, der Besteuerung von Vermögen, Kapitaleinkommen und Finanztransaktionen und allgemein der Begrenzung der Macht der Finanzlobby und -märkte mit einschließt. Denn letztlich erfordert Wirtschaftsdemokratie Reformen auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Trotzdem folgt diese Arbeit der gegenwärtigen Debatte zur neuen Wirtschaftsdemokratie mit Stoßrichtung „neue Politik der Arbeit“, „Gute Arbeit“, Basisdemokratie, Beteiligung. Dabei ist zu erwarten, dass mehr Demokratie auf der Betriebs- und Unternehmensebene sich auch auf die Makroebene, das europäische und internationale Finanzsystem und seine Krise, auswirkt. Beschäftigte werden sich besser wehren können bei den Versuchen, Löhne zu kürzen, den öffentlichen Sektor zu privatisieren, Gewerkschaften zu schwächen und allgemein das Wirtschaften einer kurzfristigen Gewinnmaximierung zu unterwerfen.

Reformexperimente auf der betrieblichen und Unternehmensebene können als Leuchtturmprojekte, Zukunftswerkstätten (Robert Jungk) oder Fenster in Richtung Transformation beschrieben werden. Aber ist dem so? Ist Wirtschaftsdemokratie ein Reformprogramm, welches letztlich zum Sozialismus führt? Geht es um die alte Frage „Reform oder Revolution“?

Karl Marx begrüßt die Kooperativarbeit: „Der Wert dieser sozialen Experimente kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Durch die Tat, statt der Gründe, haben sie bewiesen, dass Produktion in großem Maßstabe und in Übereinstimmung mit den Geboten der modernen Wissenschaft stattfinden kann ohne die Existenz einer Klasse von Arbeitgebern, die einer Klasse von Arbeitnehmern zu tun gibt, dass die Arbeitsmittel um Früchte zu tragen, nicht als ein Werkzeug der Herrschaft über und der Ausbeutung gegen

den Arbeitenden selbst monopolisiert werden brauchen...“. Und doch warnt er vor der Illusion, das Kapital ließe sich so einfach verdrängen: „Deshalb ist es die große Pflicht der arbeitenden Klassen, die politische Macht zu erobern“ (aus der Inauguraladresse Marx an die 1. Internationale 1865, in Schwendter, Rolf: „Die Mühen der Berge“, Grundlegungen zur alternativen Ökonomie Teil 1, 1986, S. 26, 27).

Ferdinand Lassalle, Vordenker der sozialistischen Richtung der deutschen Genossenschaftsbewegung, empfiehlt dem „Arbeiterstand“ eine eigene Partei zu gründen und sich in sogenannten „Produktivassoziationen“ zur besseren Interessenvertretung zusammenzuschließen. Diese Produktionsgenossenschaften sollten staatliche Unterstützung erfahren, um konkurrenzfähig zu werden und das wirtschaftliche Los der Arbeiter zu verbessern. Unabdingbare Voraussetzung ist die Erlangung des allgemeinen Wahlrechts auf parlamentarischem Wege. Konsumgenossenschaften lehnt Lassalle als ineffektiv ab.

„Als Fritz Naphtali 1928 sein Aufsehen erregendes Buch „Wirtschaftsdemokratie“ veröffentlichte, geschrieben im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), schlug er eine Reihe von Maßnahmen vor, um die kapitalistische Wirtschaft schrittweise zu demokratisieren. Selbstverwaltete Betriebe, Staatsunternehmen, Konsumgenossenschaften und gewerkschaftseigene Betriebe waren Teil seiner Reformvorstellungen“ (Peter, Stephan, „Wirtschaftsdemokratie. Zukunftswerkstatt Saar“, 2011, S. 19). Naphtali ist „old school“ und hat mit Basisdemokratie wenig im Sinn; dem lokalen Betriebsrat wird eine Vorreiterrolle bei der Erkämpfung einer neuen sozial-ökonomischen Ordnung abgesprochen.

Ein wichtiger Anstoß zur Frage der Transformation kam von den Jungsozialisten der 1970er Jahre. Sie prägten die Begriffe „antikapitalistische Strukturreform“ und „Doppelstrategie“. Ersterer verweist auf den emanzipatorischen Charakter des Reformbegriffs, welcher später in der Ära Schröder/ Müntefering zu bloßem „Wandel“ oder „Modernisierung“ degenerierte. Letzterer plädiert für ein dialektisches Engagement in der außerparlamentarischen Opposition, also den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, als auch den Marsch durch die Institutionen - in Parteien und der Politik.

Ein oft vernachlässigter Aspekt von Transformation, er sei hier nur kurz angemerkt, ist die Frage, inwieweit Humanisierungsexperimente in den bürokratisch-hierarchischen oder einfach nur anonymen Großorganisationen der Privatwirtschaft auch staatliche Bürokratien in Richtung Demokratie und Bürgerbeteiligung beeinflussen können. Anknüpfungspunkte eines Diskurses liegen beispielsweise im Ansatz des Mitherausgebers des amerikanischen Magazins „Dissent“, Michael Walzer. Er argumentiert für die „Sozialisierung des Wohlfahrtsstaats“ (Walzer, Michael: Socializing the Welfare State, in „Gutmann, Amy. Ed. Democracy and the Welfare State“, 1988, Princeton University Press). Ergänzend dazu gibt es einen Einwurf von Jürgen Habermas. Er kritisiert die oft eindimensionale Definition von staatlicher Solidarität, welche über die verwaltungsrechtliche Implementierung politischer Programme häufig nur eine quantitative, vergeldlichte, kontrollierende Form annimmt. Seine Suche gilt der Verbindung von staatlicher Vor- und Fürsorge und einer Gemeinschaftlichkeit durch Bürgerengagement. In der Praxis stehen dafür das „participatory budgeting“ im heutigen Venezuela und Brasilien, sowie die „Community Action“ Programme in den USA der 1960er Jahre.

1.2 DEUTSCHE UND EUROPÄISCHE PRAXISBEISPIELE

Die Geschichte von Wirtschaftsdemokratie in Deutschland und Europa verläuft nicht linear, sondern in Wellen. Zugespitzt lässt sich sagen, in Zeiten der Krise – Wirtschafts-, Finanz-, Unternehmenskrise – nehmen das Interesse und die Diskussionen bei Gewerkschaften und Parteien zu, in Zeiten des Aufschwungs ab. Gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen spielen eine Rolle bei Erfolg oder Misserfolg wirtschaftsdemokratischer Projekte. Dazu zählt auch der Zugang zu Finanzierungsinstrumenten und einer

geeigneten Rechtsform. Wichtig sind schließlich Zusammenhalt und Politisierungsgrad bei den betroffenen Arbeitnehmern selbst und die Frage, ob bereits in „guten Zeiten“ in der Belegschaft eine Diskussion zu Fragen von Beteiligung und Selbstverwaltung geführt wurde.

Drei oft erwähnte, klassische Beispiele von Belegschaftsinitiativen der Nachkriegszeit sind Lucas Aerospace/England, die Uhrenfabrik LIP/Frankreich und Glashütte Süssmuth/ Deutschland.

Lucas Aerospace war in den 1970er Jahren eine Tochter von Lucas Industries, „einer riesigen multinationalen Organisation (Hauptsitz England) mit weitgespannten Interessen vor allem im Automobil-, Luftfahrt- und industriellen Bereich“ (Löw-Beer, Peter. „Industrie und Glück, der Alternativplan von Lucas Aerospace“, Wagenbach 1981, S. 37). Mitte der 1970er Jahre beschließt das Unternehmen ein gewaltiges Rationalisierungsprogramm. Die Beschäftigten von Lucas Aerospace reagieren proaktiv unter ihrem Ideengeber, dem Techniker, Forscher und Gewerkschafter Mike Cooley. Sie gründen einen basisdemokratischen Rat aus Vertrauensleuten, der Vertreter aller 17 Fertigungsstätten von Lucas Aerospace und aller 13 beteiligten Gewerkschaften umfasst, das sog. „combine“. Darauf aufbauend entwickelt das combine einen alternativen Unternehmensplan (Alternative Corporate Plan). Dazu wurde die gesamte Belegschaft nach neuen Produktideen befragt. 150 ökologisch und sozial sinnvolle Produktideen, einschließlich technischer Spezifizierung und Marktchancen für ein breites Anwendungsspektrum, wurden entwickelt. Der Plan wurde zum Symbol für die Kapazität und den Willen einer Belegschaft, selbst die Unternehmenspolitik und -ziele zu bestimmen.

Die Uhrenfabrik LIP im französischen Besançon machte Anfang der 1970er Jahre die Idee der Arbeiterselbstverwaltung „l'autogestion“ mit dem Slogan „wir produzieren es, wir verkaufen es, wir bezahlen uns selbst“ international bekannt. Zwölfhundert Arbeiter reagierten auf Restrukturierungspläne der Unternehmer mit Betriebsbesetzungen, Demonstrationen, der Gefangennahme zweier Verwaltungsbeamter und eines Arbeitsdirektors, sowie der Inbesitznahme und dem Verbergen von 65.000 Uhren. Die Aktionen mündeten in den Beschluss, den Betrieb selbst zu führen. Zwei Filme wurden zu diesem Erlebnis der Arbeiterselbstverwaltung gedreht.

Die Glashütte Süssmuth wurde 1970 von den Beschäftigten übernommen, um eine drohende Insolvenz abzuwenden. „Der Inhaberwechsel erfolgte in Form einer Mitarbeitergesellschaft, die anfangs auf einem eingetragenen Verein und später auf Basis der gemeinnützigen Süssmuth-Mitarbeiter-Stiftung basierte“ (KNi Papers 02/10, S. 78).

„Von 1969 bis 1986 gab es in der Bundesrepublik 34 Betriebsübernahmeversuche, wobei der Schwerpunkt eindeutig Anfang der 80er Jahre lag“ (Bierbaum, Heinz, Riege, Marlo. „Selbsthilfe, Genossenschaften, Vergesellschaftung“, VSA 1989, S. 44).

Für Deutschland hat das Klaus Novy Institut Bonn (KNi), benannt nach dem Genossenschaftsexperten und -aktivisten Professor Klaus Novy, im Auftrag der Hans Böckler Stiftung im Jahr 2010 eine Studie durchgeführt. Darin wird eine aktuelle Bestandsaufnahme zu Betriebsübernahmen durch Belegschaften versucht. Verschiedenste Unternehmensbeispiele aus dem Deutschland der Nachkriegszeit werden angesprochen, bei denen es zu Belegschaftsinitiativen mit dem Ziel von Beteiligung bis zur Übernahme gekommen ist. Sechs Betriebe aus den 1980er Jahren oder später werden ausführlich analysiert. „Empirische Basis der Untersuchung sind diejenigen Betriebe, die eine Belegschaftsübernahme anstrebten, bei der die Belegschaft das Unternehmen selbstverwaltet weiterführt oder mit strukturellen Einflussmöglichkeiten beteiligt wird“ (Klemisch/Sack/Ehram, KNi Papers 02/10, S. 8).

Es sind die Betriebe AN Maschinenbau/Siemens Windpower in Bremen (1983 bis heute), Mönninghoff

Hattungen (1984), Union Werkzeugmaschinen Chemnitz (1996-2009), Aluminiumwerk Unna AG (seit 1999), Flachglas Wernberg GmbH (seit 1999) und Bike Systems/Strike-Bike Nordhausen (seit 2007) (KNi Papers 02/10, S. 3). Die Studie attestiert die Vielzahl und Unterschiedlichkeit von Belegschaftsbeteiligung.

Und man kann sie als Mutmacher verstehen. „Von Seiten der Belegschaften steht auch heute an erster Stelle das Ziel des Arbeitsplatzerhalts. Nur in Einzelfällen spielen Selbstverwaltung und interne Partizipation eine wichtige Rolle. Für die meisten Mitarbeiter ist das Interesse, dass ein Investor ein von der Schließung bedrohtes Unternehmen übernimmt, vorrangig. Erst wenn diese Möglichkeit wegfällt und die Arbeitslosigkeit die letzte Alternative ist, entsteht die Bereitschaft über eine Übernahme nachzudenken. ...Mit der Weiterführung eines Betriebs z.B. durch eine Besetzung, ändert sich diese Einstellung. Durch die Erfahrung, in der Lage zu sein, einen Betrieb ohne die bisherige Geschäftsführung oder das Management zu führen, entwickelt sich bei den Beschäftigten ein entsprechendes Selbstbewusstsein. ...Die Partizipation wird als eigener Wert erkannt“ (KNi Papers 02/10, S. 56).

Beteiligung und partizipative Wirtschaftsdemokratie haben in Deutschland und Europa auch in der Rechtsform der Genossenschaft und als Teil der Genossenschaftsbewegung Tradition. Gerade in der sozialistischen Genossenschaftsrichtung gibt es eine stolze, heute weitgehend verschüttete Geschichte. Fünf Beispiele machen aus, was man rückblickend fast als Erbe eines kommunalen Sozialismus zu nennen geneigt ist.

1. Anfang der 1920er und frühen 1930er Jahre legte die sozialistische Stadtverwaltung Wiens ein riesiges Wohnungsbauprogramm auf. Es entstanden 400 Anlagen mit insgesamt 64.000 Apartments. Der majestätische Karl Marx Hof - alleine über einen Kilometer lang - , George Washington Hof, Goethe Hof, Liebknecht Hof, Bebel Hof, Lassalle Hof u.a. waren der Mittelpunkt sozialistischer Politik und Kultur und wurden als „Rotes Wien“ bekannt. Sie beherbergten die Ortsgruppen der Gewerkschaften, der sozialistischen Partei, der Konsumgenossenschaften und Mieterverbände. Politische Kampagnen und Massendemonstrationen wurden in den Innenhöfen der Gebäude abgehalten. Die Höfe waren Zentren des Abwehrkampfes der österreichischen Arbeiterschaft beim aufkommenden Austrofaschismus.

2. Mitte der 1950er Jahre baute Pfarrer Arizmendiarieta ein kleines Polytechnikum in der Baskenregion Spaniens auf. Es folgten weitere Genossenschaften einschließlich einer Genossenschaftsbank. Heute ist das Mondragon Genossenschaftsunternehmen (MCC) ein „global player“ mit 100.000 Beschäftigten in 120 Unternehmen. MCC investiert in ganz Europa, Lateinamerika und Asien. Mondragon ist ein Kooperationsnetzwerk, in dem das gegenseitige Bereitstellen und Teilen von Überschüssen die Stabilität des Gesamtnetzwerks erhöht. „Mondragon ist kein Paradies und wir sind keine Engel“, sagen sie in Mondragon dem nicht abreisenden Strom von Neugierigen aus aller Welt. Trotzdem bleibt es ein Paradebeispiel, dass auch Großunternehmen demokratisch organisiert werden können. Ende 2009 schloss Mondragon mit der größten amerikanischen Industriegewerkschaft „United Steelworkers Union“ (USW) ein Abkommen mit dem Ziel, Mondragon ähnliche Genossenschaften unter Einschluss der Gewerkschaften in den USA zu etablieren.

3. Anfang der 1980er Jahre verfolgte der von der Labour Partei kontrollierte Stadtrat Groß-Londons einen Paradigmenwechsel bei der lokalen Wirtschaftsförderung. Statt Ansiedlung von Großunternehmen und Einrichtung traditioneller Industrieparks setzte man auf lokale Ressourcen der Bürger. „...Zum Beispiel indem [man] ... einfache Bürger, Mitglieder von lokalen Projekten, gewerkschaftliche Vertrauensleute und Arbeitergenossenschaften dazu ermutigte, an Technologiezentren, alternativen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und Weiterbildungszentren mitzuwirken. Das Wirtschaftsförderungsgremi-

um lancierte das Londoner Genossenschaftsförderungsgremium (LCEB) mit dem Zweck, die Bedürfnisse lokaler und regionaler Genossenschaften zu prüfen und zu unterstützen“ (Peter, Stephan. „Wirtschaftsdemokratie-europäische und amerikanische Praxisbeispiele“ 2010, S. 17). Das Experiment unter Bürgermeister Ken Livingstone wurde ein „Cause célèbre“ progressiver regionaler Strukturpolitik.

4. „Von 1910 an, und beschleunigt mit der Gründung des jüdischen Staates 1948 kam es zur Entstehung verschiedener Wellen von Kibbuzim und ähnlicher, genossenschaftlich organisierter, landwirtschaftlicher Siedlungen. Heute existieren ungefähr 770 solcher Siedlungen mit bis zu 1.700 Bewohnern“ (Peter, Stephan. „Wirtschaftsdemokratie-europäische und amerikanische Praxisbeispiele“ 2010, S. 13, 15). Nach zwei Jahrzehnten der Krise und abnehmender Mitgliederzahlen nimmt in jüngerer Zeit das Interesse an der Kibbuzidee wieder zu, wobei auch das Selbstverständnis des Kibbuz eine Modifizierung erfährt.

5. In der italienischen Region „Emilia Romagna“ kam es in den späten 1960er und dann wieder 1977 zur Gründung Dutzender Kooperativen durch junge Leute. Das „rote Bologna“ wurde als ein Zentrum der progressiven italienischen Genossenschaftsbewegung bekannt.

Wie buchstabiert man „Erfolg“, wenn man an diese Geschichte denkt? Wurden Arbeitsplätze gerettet, zeitweise gerettet, das Selbstbewusstsein der Akteure gestärkt, die sich im Geiste Martin Luther King’s sagen können „I Am A Man“, sind es Bausteine einer progressiven regionalen Strukturpolitik, wurde ein Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaft geleistet und selbst im Scheitern zumindest die Erinnerung an Transformation als Geschichte weitergeschrieben? Positiv gewendet lösen sich diese Fragen „in der Frage auf, ob eine gesellschaftliche Infrastruktur geschaffen werden kann, die die Lösung der zentralen und sich konkret stellenden Probleme erlaubt und sie auch gesellschaftlich absichert“ (Bierbaum, Heinz, Riege, Marlo. „Selbsthilfe, Genossenschaften, Vergesellschaftung“, VSA 1989, S. 57).

1.3 SOZIALWISSENSCHAFTLICHE ANSÄTZE ZU PARTIZIPATIVER WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND

Es gibt in Deutschland eine lange Debatte zu Formen partizipativer „grass-roots“ Demokratie in Wirtschaft und Arbeitsleben. Im Rückblick muss man eingestehen, dass sie im Gegensatz zum angelsächsischen Raum mit seiner Betonung von „community“ und lokaler Kontrolle oder zum Meidner Plan der 1970er Jahre in Schweden in Deutschland überwiegend auf die programmatische Ebene beschränkt blieb. Nachhaltig durchsetzen in der Politik konnte sie sich nicht.

In den 1920er Jahren setzt sich der Soziologe Eugen Rosenstock-Huessy mit der durch Fordismus und Taylorismus zunehmend fragmentierten industriellen Arbeitsorganisation auseinander. In seinem Buch „Werkstattaussiedlung“ empfiehlt er eine Auslagerung von Betriebseinheiten und eine gewisse Autonomie dieser dezentralisierten Arbeitseinheiten.

In den 1970er Jahren wird der sogenannte sozial-technische Ansatz des britischen Tavistock Instituts rezipiert. Dieser Ansatz geht davon aus, dass betriebliche Technik und Arbeitsorganisation in verschiedener Weise miteinander verbunden werden können. So würden teilautonome Gruppenarbeit und eine Ausweitung und Bereicherung von Arbeitsinhalten möglich. Die sozialwissenschaftliche Diskussion beeinflusst das Forschungsprogramm „Humanisierung der Arbeit“, welches die deutsche Bundesregierung seit 1974 entwickelt.

Mitte der 1970er Jahre formiert sich eine sogenannte „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ aus kritischen Wirtschaftswissenschaftlern und Gewerkschaftern. Die Gruppe, auch Memo-Gruppe genannt,

legte erstmals im November 1975 ein „Memorandum für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik“ vor. Seit 1977 wird in jedem Jahr in der Woche vor dem 1. Mai ein weiteres Memorandum für eine alternative Wirtschaftspolitik veröffentlicht. Zusätzlich sind zahlreiche Stellungnahmen zu aktuellen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Fragen erstellt worden (alternative-wirtschaftspolitik.de/wer_wir_sind).

Im Rahmen der Wiedervereinigung 1989/90 wird die Idee der Betriebsübernahme durch Belegschaften neu belebt. In der ostdeutschen Landwirtschaft gelingt dies auch in vielen Fällen. Doch insgesamt konstatiert der damalige SPD Parteivorsitzende Oskar Lafontaine ernüchtert: „die deutsche Wiedervereinigung stellte eine einmalige Gelegenheit dar, einen Weg in Richtung demokratischer Wirtschaftsordnung und damit wirklich demokratischer Gesellschaft zu beschreiten. Dazu hätte man öffentliches Vermögen der DDR in Belegschaftseigentum umwandeln müssen. Diese einmalige Chance wurde verpasst...“ („Man kann die Zeit nicht zurückdrehen“. Linken Fraktionschef Oskar Lafontaine über die Währungsunion und die Folgen für das vereinte Deutschland, in Saarbrücker Zeitung Juli 2010).

Der „Earth Summit,“ die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 und die dort verabschiedete „Agenda 21“, betonen die Rolle der (Welt) Zivilgesellschaft und gesellschaftlicher Gruppen „vor Ort“ für öko-soziale Erneuerung und neue Beteiligungsformen. Doch eine Reihe von Folgekonferenzen machen deutlich, dass Globalisierung nicht ökologisch von unten, sondern neoliberal von oben definiert wird und neue Demokratisierungsschübe ausbleiben. Ansätze wie Hermann Scheers „Solarzeitalter“ und vorher Robert Jungks „Zukunftswerkstätten“, welche radikaldemokratische Beteiligung einschließen, lassen sich zu ihren Lebzeiten nicht durchsetzen.

„2007 stellt der damalige SPD Vorsitzende Kurt Beck das Konzept des „Deutschlandfonds“ vor, mittels dessen Arbeitnehmer am Erfolg ihrer Firma teilhaben könnten. Danach sollten Beschäftigte in einen Bundesfonds einzahlen, welcher sich im Gegenzug um Geschäftsanteile in ihren Firmen bemüht. Diese indirekte Teilhabe hat das Ziel, Beschäftigte vor Firmenbankrotten zu schützen“ (Peter, Stephan. Wirtschaftsdemokratie. Zukunftswerkstatt Saar, 2011). Der „Deutschlandfonds“ kann in der Tradition der Diskussionen um „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ der 1960er und 1970er Jahre gesehen werden. Mit Becks Rücktritt vom SPD Parteivorsitz verschwindet das Konzept aus der öffentlichen und Parteidiskussion.

Seit einigen Jahren organisiert das „Forum Neue Politik der Arbeit“ (FNPA) einen Dialog zwischen Gewerkschaftern und sozialkritischen Wissenschaftlern zum Thema „Neue Wirtschaftsdemokratie.“ Eine entsprechende Seite wurde auf der Homepage von FNPA eingerichtet. Sie dokumentiert erste Arbeitspapiere und lädt zu weiterer Beteiligung ein. FNPA schlägt den Begriff „Neue Wirtschaftsdemokratie“ vor, „denn Gewerkschaften und gewerkschaftsnahe Wissenschaften können zwar an Traditionslinien anknüpfen, stehen aber vor der Herausforderung, das Thema Wirtschaftsdemokratie angesichts tiefgreifender Umbrüche..., lange Zeit vernachlässigter strategischer Debatten und neuer Herausforderungen grundlegend neu zu denken“ (forum-neue-politik-der-arbeit.de).

Auffallend ist, dass die gewerkschaftsnahe Diskussion zu Mitarbeiterbeteiligung, Belegschaftsinitiativen und Betriebsübernahmen einerseits und die Diskussion zu Genossenschaften, Selbstverwaltungsökonomie, solidarischer Selbsthilfe und Gemeinsinn andererseits merkwürdig parallel laufen. Zwar gibt es Überschneidungen. So können Betriebsübernahmen in der Rechtsform der Genossenschaft organisiert werden, eine Alternative, die von geringer praktischer Bedeutung zu sein scheint. Doch es gibt Handlungsbedarf. Den Diskurs zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften und ähnlichen Formen solidarischer Selbsthilfe zu befördern, daran sollten neben den Gewerkschaften auch politische Stiftungen, Kammern, sozialwissenschaftliche Institute und Parteien interessiert sein.

1.4 WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE IM SAARLAND

1.4.1 AUFSTIEG UND NIEDERGANG DES ALLGEMEINEN SAAR-KONSUMS (ASKO) NACH 1945

Was die Genossenschaftsexperten Novy und Prinz in den 1980er Jahren zum Verhältnis von Arbeiterbewegung und Genossenschaftsbewegung konstatieren, gilt im Wesentlichen noch heute. „In der Geschichte der Arbeiterbewegung haben Selbsthilfeunternehmen eine große, von Historikern wie Ökonomen bis in die jüngste Zeit fast völlig vernachlässigte Rolle gespielt. Was für die Fachwissenschaft gilt, trifft für eine breitere Öffentlichkeit allemal zu. Wer, außer wenigen Spezialisten, weiß, dass in der Programmatik der frühen Arbeiterbewegung genossenschaftliche Selbsthilfeunternehmen einen höheren Stellenwert besaßen als etwa die gewerkschaftliche Organisation? Nur wenig bekannter dürfte die Tatsache sein, dass die mit der Arbeiterbewegung eng verbundene konsumgenossenschaftliche Bewegung bereits um die Jahrhundertwende eine Massenorganisation mit mehr als einer Million Mitglieder bildete. Konsumvereine erfassten in der Weimarer Republik, auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung, annähernd vier Millionen Haushalte, während es alle drei großen Gewerkschaftsverbände zusammen gerade auf knapp sechs Millionen Mitglieder brachten. ...Die Geschichte der Selbsthilfeunternehmen der Arbeiterbewegung ist bis zum Ersten Weltkrieg und mit gewissen Einschränkungen auch noch bis zum Ende der Weimarer Republik eine Geschichte der Genossenschaften“ (Novy, Klaus und Prinz, Michael. „Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft“, Berlin/Bonn 1985, S. 11). Zu Recht galten die Konsumvereine der Weimarer Zeit neben Gewerkschaft und Partei als dritte Säule der Arbeiterbewegung.



Ein für Saarländer in ihrem Lebensalltag wichtiges und betriebswirtschaftlich erfolgreiches Beispiel genossenschaftlichen Gemeinsinns nach dem zweiten Weltkrieg war die Konsumgenossenschaft „Allgemeiner Saar-Konsum“ (Asko). Sie hatte ihren Vorläufer in dem 1880 gegründeten „Saarbrücker Eisenbahner-Consum-Verein“. Die Umbenennung zu „Asko“ erfolgte 1921. Mit etwa 22.000 Genossenschaftsmitgliedern zu Beginn der Nazizeit 1933 hatte sich Asko zum „Schwergewicht unter den saarländischen Konsumgenossenschaften und darüber hinaus zu einem bedeutenden Faktor im saarländischen Einzelhandel“ entwickelt (Studie C. Reichel, S. 1). Nach der Zerschlagung der freien Genossenschaften unter dem Naziregime erfolgte 1945 eine überaus erfolgreiche Neugründung.

Clemens Reichel hat in seiner Studie „Vom Eisenbahner-Konsumverein zur AG. Die Entwicklung des allgemeinen Saar-Konsums (Asko) nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1971“ die Geschichte des Asko nach 1945 beschrieben. Unterstützung dafür fand er bei der Saarbrücker Asko Europa-Stiftung, welche die Arbeit in ihrer Schriftenreihe „Denkart Europa“ 2003 veröffentlichte. Reichel analysiert, wie die Konsumgenossenschaft auf den Strukturwandel reagierte und weshalb letztlich die genossenschaftliche Organisations- und Rechtsform Anfang der 1970er Jahre aufgegeben wurde. Das Scheitern der genossenschaftlichen Ideale damals wirft die Frage nach der Lektion für genossenschaftliches Experimentieren heute auf.

„Nach Ende des Zweiten Weltkriegs gründete sich das Unternehmen als „Asko Saarbrücken“ neu und entwickelte sich zu einem der größten saarländischen Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels. Ausdehnungsgebiet war das westliche Saarland. Den östlichen Teil deckte eine weitere [kleinere] Asko Konsumgenossenschaft ab, die unter dem Namen „Asko Neunkirchen-Heinitz“ firmierte. Beide Konsum-

genossenschaften waren organisatorisch getrennt. Beide Askos waren, verglichen mit den bundesrepublikanischen Konsumgenossenschaften, überaus erfolgreich. Bei 250 Läden und rund 95.000 Mitgliedern hatten sie einen Marktanteil von rund 22,5% (1955), dieser sank bis 1960 auf 22% und betrug gegen Ende der sechziger Jahre rund 20%“ (Reichel, S. 1, 2). Moralischer Anspruch war es, dem Verbraucher und Genossen eine Schutz- und Gegenmacht gegenüber der anonymen Marktmacht an die Hand zu geben.

„Konsumgenossenschaften waren nicht gewinnorientiert, vielmehr war es das Ziel, den Mitgliedern möglichst günstige Waren, allen voran Lebensmittel zu verkaufen und die Wirtschaft ihrer Mitglieder zu fördern (Förderauftrag). Der Geschäftserfolg der einzelnen Genossenschaften wurde an dem Umfang der alljährlichen sogenannten Rückvergütung gemessen. Das Genossenschaftsmitglied war mit einem Geschäftsanteil an dem Unternehmen beteiligt und im Falle eines Konkurses war die Mitgliedschaft haftbar zu machen. Auf diese Art in die Verantwortung genommen, bestanden für die Mitglieder über die alljährlichen Generalversammlungen die Möglichkeit, alle weitreichenden Entscheidungen, also auch Personalfragen mitzubestimmen“ (Reichel, S. 4).

Das Wirtschaftswachstum und zunehmender Warenkonsum in den 1950er und 1960er Jahren verändern die Lebensmittelindustrie. Standardisierte Produkte wie zum Beispiel Fertiggerichte und Tiefkühlkost, Markenartikel, Verpackung und Werbung gewinnen an Bedeutung. Der „Tante Emma Laden“ an der Ecke mit beschränktem Raumangebot kann der Warenfülle nicht mehr Rechnung tragen. Selbstbedienungsläden, mit zunehmender Zahl der PKWs auch außerhalb der Stadtkerne auf der grünen Wiese, entstehen. Das Sortiment erfährt eine ständige Ausweitung (Reichel, S. 20-25).

Zunehmender Konkurrenzdruck und abfallende Gewinnspannen zwingen die Konsumgenossenschaften zu neuen Verkaufsmethoden und mehr Marketing. Das fällt schwer. „Auffällig ist die Zurückhaltung der Konsumgenossenschaften gegenüber der Werbung“ (Reichel, S. 22). „Reklame wird anfangs als Verführung zum Geld ausgehen und als Angriff auf die häusliche Vernunft angesehen. Die Einführung der Selbstbedienung wiederum wird erschwert durch die „Tradition des gemeinwirtschaftlichen Versorgungsauftrags. [Sie führt dazu, dass] kleinere Läden, die nicht auf Selbstbedienung umstellbar waren, teilweise nicht geschlossen wurden, um den Genossenschaftsmitgliedern weiterhin die Möglichkeit des Einkaufs in ihrer Nachbarschaft zu geben. So verzögerte sich die Modernisierung des konsumgenossenschaftlichen Ladennetzes erheblich“ (Reichel, S. 24, 25).

Weitere Schwierigkeiten kommen hinzu. „Es war traditionelle Politik der Konsumgenossenschaften, möglichst wenig Geld für Miete auszugeben. Da sich das Angebot der Läden nicht an die Laufkundschaft richtete, entstanden sie meistens in „B-Lagen“. ...Das vor diesem Hintergrund entstandene Ladennetz entpuppte sich als größtenteils vollkommen ungeeignet, als es für Asko darum ging, das Nichtmitgliedergeschäft auszubauen und angemessen auf die stark wachsende Produktpalette zu reagieren“ (Reichel, S. 63).

Die Ankurbelung des Nichtmitgliedergeschäfts war auch Folge einer gesetzlichen Beschränkung der Rückvergütung, welche die Genossenschaft für potenzielle Mitglieder weniger interessant machte. 1955 war das Rabattgesetz reformiert worden. „Mit der Gleichstellung von Rabatt und Rückvergütung verloren die Konsumgenossenschaften ihr werbewirksamstes Mittel bei der Mitgliederwerbung. Gleichzeitig wurde das Geschäft mit Nichtmitgliedern erlaubt und somit das Betätigungsfeld des Unternehmens ausgedehnt. Die Änderung der Rechtslage in puncto Rückvergütung und Nichtmitgliedergeschäft ist als Zäsur in der Unternehmensentwicklung des Asko zu bewerten“ (Reichel, S. 98).

Eine sich permanent verschärfende Herausforderung für Asko war schließlich die Bereitstellung finanzieller Mittel für einen ständig steigenden Investitionsbedarf. „Nachdem sich der Modernisierungstrend

im Einzelhandel nochmals beschleunigt hatte und die erst zehn Jahre zuvor massenhaft eröffneten „SB-Läden“ gegenüber den Verbrauchermärkten auf der grünen Wiese nicht mehr wettbewerbsfähig waren, mussten immer größere Investitionen getätigt werden, um am Wachstum des Einzelhandels partizipieren zu können. So stellte sich heraus, dass die Bereitstellung des notwendigen Kapitals innerhalb der engen Grenzen, die das Genossenschaftsgesetz der Kapitalbildung durch Mitglieder setzte, nur schwer möglich war“ (Reichel, S. 95).

Die letztendliche Folge der Unterwerfung unter eine Logik, Marktanteil zu halten und bei den Modernisierungstendenzen im Lebensmitteleinzelhandel mitziehen zu wollen, ist die Umwandlung von Asko in eine AG 1972. Der damalige Aufsichtsratsvorsitzende, Arno Krause, fasst zusammen: „Wir mussten endlich die alten Dinge hinter uns lassen, wir mussten auf den Kapitalmarkt, und wir brauchten Aktionäre, die in die Zukunftschancen des Unternehmens Vertrauen hatten, und das bekamen wir am besten über Aktien. Das haben wir dann auch gemacht und da kam ein ziemlicher Geldsegen auf uns zu“ (Reichel, S. 94, 95). Die Wettbewerbsfähigkeit von Asko wurde erhöht, später wurde Asko Teil der Metro-AG, aber von den Idealen einer Konsumgenossenschaft blieb nichts mehr.

War das Verschwinden der Konsumgenossenschaft unausweichlich? Ein wichtiger Grund lag sicherlich in der sukzessiven Aufweichung der traditionellen genossenschaftlichen Werte und Identität. Größenwachstum und Rationalisierung gingen einher mit einer zunehmenden Einschränkung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Mitglieder. Bereits 1950 stellte Asko auf das Delegiertensystem um. „Die Mitglieder hatten nur noch über Delegierte die Möglichkeit zur Einflussnahme. Eine Abstimmung aller Genossenschaftsmitglieder war weder bei Großinvestitionen noch bei der Änderung der Statuten vorgesehen“ (Reichel, S. 54). Der Ausbau des Geschäfts mit den Nichtmitgliedern ist Indiz für die zentrale Bedeutung des Marktanteils und der Umsatzsteigerung in der Unternehmensphilosophie. Selbst bei der Mitgliedergewinnung stehen immer stärker rein wirtschaftliche Gesichtspunkte im Vordergrund. Horst Weber, ehemaliges Mitglied der Asko Geschäftsleitung, stimmt zu: „Neue Mitglieder wurden in großem Umfang nur an neueröffneten Supermärkten gewonnen; wobei die Motivation der Neumitglieder eine andere war, als bei den überzeugten langjährigen Konsumgenossenschaftlern. Sie traten ein, weil Asko an den jeweiligen Standorten das beste Angebot zu bieten hatte, und sie über die leicht zu erwerbende Mitgliedschaft auch noch die Rückvergütung ausbezahlt bekamen. Eine Identifikation mit dem Unternehmen und seinem Anspruch war bei ihnen wenig ausgeprägt. Eröffnete in der Umgebung ein größerer und preisgünstigerer Supermarkt, wurde eben dort eingekauft“ (Reichel, S. 60).

Ein Erklärungsansatz für das Scheitern, der besagt, dass Asko sich einseitig der wirtschaftlichen Rationalität unterwerfen und genossenschaftliche Ideale opfern musste, ist nicht zwingend. Vor allem nicht in der heutigen Zeit. Der Trend zu „bigger is better“ - Großmärkte autogerecht auf der grünen Wiese, kehrt sich um. Aus demografischen, ökologischen und energiepolitischen Gründen kommt es zur Wiederentdeckung der Stadt. Dort können kleinere und mittelgroße Geschäfte, die dem „menschlichen Maß“ verpflichtet sind und sich auf angestammte Kernbereiche beschränken – statt wie Asko die Geschäftsausrichtung völlig zu ändern – überleben.

Instruktiv sind hier beispielsweise die lebendigen und expandierenden Lebensmittelkooperativen („food co-ops“) in der Herzkammer des amerikanischen Genossenschaftswesens im Mittleren Westen, dem Großraum Minneapolis/ St. Paul. Der Autor hat einer solchen food co-op, Linden Hills Co-op in Minneapolis, fast 20 Jahre angehört. Das Erfolgsgeheimnis dieser oft in den 1960er Jahren gegründeten Kooperativen ist eine feste Verankerung und Vertrauensbasis in der „local community,“ der Nachbarschaft bzw. dem Viertel, in dem sich die Kooperative befindet. Das ist begründet in der Bevorzugung lokal erzeugter Lebensmittel, der Betonung von „fair trade“ (fairer Handel) Produkten, finanziellem, sozialem und



kulturellem Engagement im Viertel und transparenten, demokratischen Entscheidungsstrukturen. Wichtig ist auch die Beschränkung aufs Kerngeschäft; so wird den Kooperativen angerechnet, dass sie in den USA die Wegbereiter organischer und nicht genmanipulierter Lebensmittel waren und sind. Die Kooperativen werden mit der Förderung eines gesunden, nachhaltigen Lebensstils identifiziert.

Die U.S. Kooperativen demonstrieren als erfolgreiche Praxisbeispiele, dass selbst in einem der kapitalistischsten Länder überhaupt das klassische Ziel der Konsumgenossenschaften, „Schutzmacht der Verbraucher“ zu sein, und Wirtschaftlichkeit vereinbar sind.

1.4.2 BELEGSCHAFTSBETEILIGUNG BEI DER FIRMA PETRI 1986

1986 war die traditionsreiche Firma „Petri Fenster- und Fassadenbau“ in Bexbach bereits 60 Jahre alt. Und sie war „einer der zehn größten Hersteller von Holz-Aluminium-Fabrikaten bundesweit“ („In Eigenregie auf Erfolgskurs“ in Paulinus, Trierer Bistumsblatt Ausgabe 37, 15.9.1996). Trotz zufriedenstellender Auftragslage und einer stimmigen Produktpalette war es zu Liquiditätsproblemen gekommen. Der Konkurs drohte und damit die Arbeitslosigkeit für 100 Beschäftigte und 14 Auszubildende. Vor diesem Hintergrund entschloss sich die Belegschaft, den Betrieb in Eigenregie weiterführen zu wollen. Das Motto: „Wenn uns keiner will, verwalten wir uns selbst“ („Konkurs bedeutet diesmal nicht das Ende“ in Arbeitnehmer, Zeitschrift der Arbeitskammer des Saarlandes, Heft 5, Mai 1986, S. 184).

Ein Verein „Arbeit und Selbstverwaltung“ wurde gegründet, er verfolgte drei Ziele: „die Organisation der Belegschaft und der Förderer, die Stärkung des Selbstverwaltungsgedankens und die Funktion als Träger der Fortführungsgesellschaft“ (Konkurs bedeutet diesmal nicht das Ende...). Die Fortführungsgesellschaft selbst wurde in der Rechtsform der GmbH gegründet und das Fortführungsmodell in Abstimmung mit Wirtschaftsexperten der Arbeitskammer des Saarlandes konkretisiert. Eine breite Welle der Unterstützung half, ein bislang an der Saar einzigartiges Betriebsmodell zu realisieren.

„Zunächst beteiligte sich die Industriegewerkschaft „Holz und Kunststoff (GHK)“ mit einer Spende von 25.500 Mark am dringend benötigten Stammkapital, die gleiche Summe steuerten die Arbeitnehmer in Form von 400 Mark-Einlagen bei. Nach zweijährigem Verzicht auf Weihnachts- und Urlaubsgelder sowie Lohnerhöhungen belief sich der Kapitalstock im Frühjahr 1988 bereits auf 426.000 Mark und mit einem Betriebsmittelkredit über zweieinhalb Millionen Mark konnte die Produktion zunächst vorfinanziert werden – nachdem sich die saarländische Landesregierung nach knapp 15monatigen Verhandlungen bereit erklärt hatte, den Kredit mit einer 80prozentigen Bürgschaft abzusichern. Als es gelungen war, eine leer stehende Lagerhalle der Firma mit über 1.000 qm Grundfläche langfristig an eine große Supermarktkette zu vermieten, konnte endlich auch die Homburger Hausbank zu einem weiteren Großkredit bewegt werden“ (In Eigenregie auf Erfolgskurs....). Die Weiterführung der Produktion war gesichert.

Neben dem Engagement und der Risikobereitschaft der Beschäftigten, dem aktiven GHK Bezirksstellenleiter Herbert Deister, der SPD geführten Landesregierung, der Arbeitskammer und dem Konkursver-

walter sind auch die katholische und evangelische Kirche zu nennen, die dem Fortführungsmodell zum Erfolg verhalfen. „Da die Bexbacher Firma auf dem Gebiet der Diözese Speyer liegt, aber auch zahlreiche Arbeiter aus dem angrenzenden Trierer Bistum unter Vertrag hat, konnten die Verantwortlichen von beiden Zuständigkeitsbereichen zu einer einzigartigen Solidaritätsaktion bewegt werden. Am 4. November 1987 wurden in der Saarpfalz die Schecks übergeben: Domkapitular Johannes Urich vom Bischöflichen Ordinariat in Speyer überreichte die Summe von 25.000 Mark, Ordinariatsdirektor Erich Aretz aus Trier konnte damals 30.000 Mark aus Mitteln der „Aktion Arbeit“ beisteuern. Mit weiteren 15.000 Mark war auch die Evangelische Kirche der Pfalz mit von der Partie...“ (In Eigenregie auf Erfolgskurs...).

Die Belegschaftsinitiative der Firma Petri war erfolgreich. „16,3 Millionen Mark Jahresumsatz schlugen [1996] zu Buche, und zahlreiche Großaufträge der öffentlichen Hand aus dem Saarland, der Pfalz und anderen Regionen Deutschlands wurden in den vergangenen Jahren erteilt und erfolgreich ausgeführt“ (In Eigenregie auf Erfolgskurs...). Über lange Jahre wurden eine große Zahl an Arbeitsplätzen gesichert und Arbeitslosigkeit verhindert. Und das gerade auch für viele Beschäftigte, die 1986 aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters kaum eine Chance auf Wiedervermittlung gehabt hätten. Erst sehr viel später ging es dann auch mit der Firma Petri bergab. Eine Anfrage bei der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes ergibt, dass 2010 der Firmenname Petri im Handelsregister gelöscht wurde.

Was erstaunt ist der Umstand, dass dieses herausgehobene Beispiel einer saarländischen Betriebsweiterführung durch die Beschäftigten so schlecht dokumentiert ist. Es wäre durchaus zu erwarten gewesen, dass etwa das saarländische Arbeitsministerium, die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes oder die Kammern des Saarlandes dieses Praxisbeispiel auf den Links ihrer Webseiten anführen. Das Fehlen ist Indikator für den geringen Stellenwert, der betrieblicher Selbstverwaltung als Ausweg aus Arbeitslosigkeit im Saarland immer noch eingeräumt wird.

1.4.3 SAARLÄNDISCHE SELBSTVERWALTUNGSWIRTSCHAFT IN DEN 1980ER JAHREN

In der Bundesrepublik Deutschland kommt es seit den späten 1960er Jahren bis Mitte der 1980er Jahre zu einer sukzessiven und sich teils überlappenden Folge neuer sozialer Bewegungen. Das trifft, leicht zeitversetzt, auch für das Saarland zu. Daraus entsteht Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre eine breite und heterogene grün-alternative Szene. Im Saarland fasst der „Kulturbasaar“, ein erstes alternatives Kultur- und Adressbuch, die Vielfalt dieser Szene zusammen: „Das reicht von alternativen Kultur- und Medieninitiativen zu Selbsthilfegruppen und Beratungsstellen bis zur Jugendzentrumsbewegung, dem Netzwerk Saar und „ökopax“ Gruppen“ („Kulturbasaar“, Verband saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung, Provinzdruck 1984). 1984 präsentiert die Saarbrücker Alternativszene im Rahmen einer Projektmesse in einem Großzelt im Nauwieser Viertel die Bandbreite ihres Schaffens.

Im Gegensatz zur Theorie- und Diskussionskultur der Studentenbewegung der 1960er Jahre geht es der alternativen Szene der frühen 1980er Jahre um „practice what you preach“ (Praktiziere was du predigst) und „small is beautiful – and possible“. Wirtschaftlicher Kern der Szene ist die Alternativökonomie mit ihren selbstverwalteten Betrieben und Projekten. „Am Anfang war die Praxis, die Theorie kam erst viel später“, sagt Karl Bergmann von der Arbeiterselbsthilfe (ASH) in Frankfurt. Die Entwicklung der selbstverwalteten Betriebe, so Bergmann, „ist nicht zu verstehen als Resultat ei-



nes gründlichen und ausgiebigen Diskussionsprozesses, in dem die Richtung und der politische Ansatz gemeinsam klargelegt worden wäre, bevor es an die eigentliche Gründung der Betriebe ging... . Die Praxis war (vielmehr) alles andere als geplant, sie war ausgesprochen wild oder naturwüchsig. Der äußere Rahmen hieß „Alternativbewegung“, hieß aussteigen aus dem System von Konkurrenz, Leistungsdruck und Fremdbestimmung“ („Alternativ aus dem Tief?“, Institut für Selbstverwaltung, Saarbrücken 1987, S. 8).

Das Saarbrücker Institut für Selbstverwaltung führt 1987 eine Bestandsaufnahme und Beschreibung selbstverwalteter Betriebe und Projekte im Saarland im Auftrag der Arbeitskammer des Saarlandes durch. Das Institut ist Mitglied der Zukunftswerkstatt Saar, einem Verbund von sechs saarländischen Selbstverwaltungsprojekten und -betrieben. Zur Bestimmung des Selbstverwaltungsgedankens zitiert das Institut das Netzwerk Selbsthilfe Saar, welches als Zusammenschluss vieler saarländischer Betriebe und Projekte über einschlägige Kompetenz verfügt: „Demokratische Selbstverwaltung, modellhafte alternative Arbeits- und Lebensform... , nicht auf individuellen Profit gerichtet, personelle Kontinuität und organisatorische Funktionsfähigkeit, längerfristige Perspektiven zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit (gilt nicht bei sozialen und kulturellen Projekten)“ (Alternativ aus dem Tief?..., S. 12).

Die Studie des Instituts identifiziert zum Zeitpunkt der Erhebung im Frühjahr 1987 für das Saarland 80 Betriebe und Projekte. Davon können 67 mit insgesamt 497 aktiven Mitgliedern befragt werden. „In der Summe von knapp 500 Personen sind alle diejenigen im Selbstverwaltungsbereich... Tätigen zusammengefasst, die in einem der 67 Projekte oder Betriebe kontinuierlich, also über einen größeren zeitlichen Rahmen hinweg... mitarbeiten“ (Alternativ aus dem Tief?..., S. 33). Bezüglich der Gründungsmotive nennt die Studie „Selbstverwirklichung [als] das Motiv mit der höchsten prozentualen Nennung. Es folgen die Motive „Schaffung von Arbeitsplätzen, politische Arbeit, sozial/kulturelles Engagement und ökologische Zielsetzung““ (Alternativ aus dem Tief?..., S. 49, 50).

Diese Motive und Ziele reflektieren den gesellschaftspolitischen Kontext der Zeit. Mit den 1970er Jahren ist die Phase des Wirtschaftswunders mit niedriger Arbeitslosigkeit vorbei. Der westdeutsche Sozialstaat hat zu historisch hohen Lebensstandards beigetragen, welche postmaterielle Einstellungen wie Selbstbestimmung, Autonomie etc. erst ermöglichen. Gleichzeitig wird die gewachsene Sozial- und Wohlfahrtsstaatsbürokratie als paternalistisch und entfremdend empfunden. Mit der auf quantitativem Wachstum basierenden hochentwickelten Industriegesellschaft geraten die fortschreitende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und allgemein die Verengung von Aufklärung auf technisch-wissenschaftlichen Fortschritt in den Blick.

Während bei Akteuren der Alternativökonomie oft kein Konsens zu Selbstverständnis von Selbstverwaltung und selbstverwalteten Betrieben herstellbar ist, zeigt die Analyse der Literatur, dass versucht wird, eine Beziehung zur historischen Genossenschaftsbewegung herzustellen und Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu dieser auszuloten. Im August 1985 gibt es auf Betreiben der Zukunftswerkstatt Saar einen Kongress zur Thematik Selbstverwaltung, Genossenschaften und Sozialdemokratie in der Saarbrücker Friedrich Ebert Stiftung. Auch greift die Zeitschrift der Arbeitskammer des Saarlandes „Arbeitnehmer“ das Thema Selbstverwaltung und Genossenschaften in mehreren Veröffentlichungen auf. Mit den Umbrüchen des Jahres 1989 ist die alternative Selbstverwaltungsbewegung in den 1990er Jahren weitgehend Geschichte.



Neben den hier vorgestellten historischen Beispielen von Wirtschaftsdemokratie im Saarland gibt es sicher weitere Ansätze. Zu nennen wäre etwa der dreimonatige Arbeitskampf für die Sicherung der Arbeitsplätze bei der Firma Heckel in Saarbrücken-Burbach 1982/83. Der anfängliche Hungerstreik, die Betriebsbesetzung, die Unterstützung der Heckel-Frauen, die gesamte Koordination gegenüber dem Konzern, der Politik und der Öffentlichkeit können als gelebte Wirtschaftsdemokratie verstanden werden. Selbst wenn



es sich um einen Abwehrkampf handelte. Selbst wenn die eigenverantwortliche Fortführung der

Produktion nicht angestrebt war, vielleicht auch aus dem berechtigten Kalkül heraus, dass dies aussichtslos gewesen wäre. Und selbst wo ein Kampf um Arbeit und Selbstbestimmung verloren geht, die Erinnerung an die Erfahrung kann sich fortsetzen. Eine Erfahrung, bei der Gemeinsinn und Solidarität keine leeren Floskeln blieben.



KAPITEL 2

ZUR AUSEINANDERSETZUNG UM WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE IM SAARLAND HEUTE

2.1 HALBERG GUSS

Eine klassische Form der Wirtschaftsdemokratie ist das Konzept der Belegschafts- oder Mitarbeiterbeteiligung. Sie reicht von einer Minderheitsbeteiligung, mit oder ohne Sperrminorität, bis zur Betriebsübernahme durch die Beschäftigten und Unternehmenseigentum in Arbeitnehmerhand. In diesem Zusammenhang gab es im Saarland im Jahr 2010 und ersten Halbjahr 2011 eine öffentliche, parteipolitische und bis in den saarländischen Landtag hinein reichende Diskussion und Aussprache. Thema war die Rettung des insolventen Automobilzulieferers Halberg Guss in Saarbrücken-Brebach. Im Herbst 2011 ist diese Debatte, zumindest vorläufig, beendet. Der Saarländische Rundfunk (SR) online schreibt am 26.09.2011: „Neun Monate nach dem Ende der Insolvenz ist der Autozulieferer Neue Halberg Guss offenbar auf Erfolgskurs. Das Unternehmen profitiert von der guten Auftragslage in der Automobilindustrie. Geschäftsführer Speck sagte dem SR, immer wieder würden größere Mengen Motorblöcke und Kurbelwellen angefordert. Der neue Besitzer wolle die Standorte Saarbrücken und Leipzig stärken. Dies soll durch den Einsatz neuer Technologien möglich werden. Speck sagte, das könne zu einer verstärkten Automatisierung führen. Ziel sei es, die 2000 Jobs durch Wachstum zu erhalten“ („Halberg Guss mit guter Auftragslage“ in Saartext 26.9.2011).

Zweifellos ist zu begrüßen, dass sich für Halberg Guss ein neuer privater Besitzer und Investor aus Holland fand. Doch die gegenwärtige Ära des Finanzkapitalismus, charakterisiert durch den schnellen An- und Verkauf von Unternehmen durch anonyme Finanzinvestoren, wirft grundsätzlichere Fragen für die Politik auf. Wie soll die Wirtschaftspolitik des Saarlandes mittelfristig aussehen? Welche Innovationschwerpunkte setzen? Welche Art von regionaler Strukturpolitik machen? Fragen, die in der Diskussion um Halberg Guss thematisiert wurden, in der Zukunft von Halberg Guss wieder auftauchen können und potenziell auch andere saarländische Unternehmen betreffen.

Die orthodox-konservative Perspektive lautet: weniger ist mehr. Adam Smith's „invisible hand“ (die unsichtbare Hand) wird's richten. Die Politik muss den Selbstheilungskräften des Marktes behutsam nachhelfen, etwa wo es um Monopolbildung, Externalitäten und öffentliche Güter geht. Aber prinzipiell sollte sich die Politik zurücknehmen und bescheiden. „Lassen Sie mich grundsätzlich sagen, der bessere Unternehmer ist nie der Staat“ (Abg. Wegner, CDU, Landtag des Saarlandes, 14. Wahlperiode, 18. Sitzung am 17.2.2011).

Die sozialliberale Perspektive gibt sich in Zeiten der Finanz- und Bankenkrise verbal radikal. Die Kosten des im Ausland teilweise bewunderten „Modells Deutschland“, welches die internationale Finanzkrise der letzten Jahre mittels Mitbestimmung und Kurzarbeit vergleichsweise gut meisterte, werden klar benannt: Ausdehnung des Niedriglohnssektors, Zunahme der Leiharbeit, geringe Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer, das Fehlen eines gesetzlichen Mindestlohns und einer (internationalen) Finanztransaktionssteuer etc. Doch die Kritik an Banken, die „too big to fail“ sind, geht in Richtung größerer Systemeffizienz, nicht Kapitalismuskritik. „Crony capitalism“ wird beklagt und Rheinischer Kapitalismus ist das Ziel – aber auch nicht mehr. Rhetorik und inhaltlich-programmatische Vorschläge klaffen weit auseinander.

Eine radikale Perspektive, die auch von vielen jungen Leuten der „Occupy Wall Street“-Bewegung aufgenommen wird, äußert grundsätzlichere Kritik am heutigen Wirtschafts- und Finanzsystem. Gefordert wird mehr „people power“, mehr Demokratie in Politik und Wirtschaft. Bezogen auf Halberg Guss heißt das, zunächst von den Interessen der Arbeitnehmer, der Belegschaft und ihrer Gewerkschaft auszugehen. „Ich denke, dass niemand ein stärkeres Interesse daran hat, den saarländischen Standort zu erhalten, als die Belegschaft selbst“ (Abg. Lafontaine, Die Linke, Landtag des Saarlandes, 14. Wahlperiode, 18. Sitzung am 17.2.2011).

Wie von der Politik und Belegschaftsvertretern von Halberg Guss selbst betont wurde, hat die Belegschaft wiederholt Sanierungsbeiträge geleistet, um den Standort Brebach zu erhalten. Und sie ist, unterstützt von ihrem Betriebsrat, in die Öffentlichkeit gegangen, hat verhandelt, sich engagiert und gekämpft. „Es waren die Beschäftigten, die letztlich der Garant dafür waren, dass es dort weitergeht. Damit meine ich nicht nur die Sanierungsbeiträge. Das ist ein Punkt. Die Tatsache, dass die Beschäftigten die Produktion aufrechterhalten und sich in einer außerordentlich schwierigen Zeit engagiert haben war überhaupt die Grundlage dafür, dass Verhandlungen erfolgreich weitergeführt werden konnten“ (Abg. Prof. Dr. Bierbaum, Die Linke, Landtag des Saarlandes, 14. Wahlperiode, 21. Sitzung am 18. 5. 2011).

Trotz der Rettung durch einen privaten Investor von außen wurde im Falle von Halberg Guss die Chance einer nachhaltigen Unternehmenspolitik und zukunftsorientierten, progressiven saarländischen Strukturpolitik verpasst. Eine Lösung hätte in einem Modell, das Belegschafts- und Landesbeteiligung verknüpft und darüber hinaus Betriebe des saarländischen Gießereisektors vernetzt, gelegen. Ein solcher progressiver Ansatz könnte in ein industriepolitisches Leitbild integriert werden, welches das Saarland als Industrieland betont.

Welcher „change agent“ ist prädestiniert, hier kreative Lösungen vorzudenken, der „sociological imagination“ (C. Wright Mills) zum Durchbruch zu verhelfen? Die Politik steht in der Verantwortung, aber auch die Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Vor dem Hintergrund, dass heute in der amerikanischen Industrie nur noch 7 Prozent der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert sind, schrieb Alan Howard vor wenigen Jahren im progressiven U.S. Magazin „Dissent“: „Europäische Gewerkschaften werden sich noch umschaun müssen. Jahrelang hatten sie kein Verständnis für die amerikanische Warnung, dass der Sauerstoff ausgeht. Denn jetzt ist das internationale Kapital so integriert, dass es sich nicht scheut, dieselben Arbeitsdisziplinierungsmethoden in Europa durchzusetzen, die in den USA nur noch auf wenig Widerstand stoßen“ (Howard, Alan „The Future of Global Unions: Is Solidarity Still Forever?“ in: dissent-magazine.org, 11/ 2007, Übersetzung des Autors). Die Empfehlung von Howard, jahrelang Berater des Präsidenten der nordamerikanischen Gewerkschaft „UNITE“, an die eigene Klientel: mehr effektive internationale Kooperation und mehr „organizing“ – neue Mitglieder gewinnen und die Mitglieder selbst mehr beteiligen. Das Letztere ist ein dialektischer Prozess. Das zarte Pflänzchen „Experimente mit Mitarbeiterbeteiligung“ braucht als Schutz starke Gewerkschaften, und die Gewerkschaften bleiben nur stark, wenn die Mitglieder persönlich mehr Beteiligung erfahren. Das weitgehende Fehlen saarländischer Praxisbeispiele zur Belegschaftsbeteiligung und einer entsprechenden Debatte in Parteien und Gewerkschaften verleiht den Vorschlägen am Ende der Studie umso mehr Gewicht.

2.2 DAS BETEILIGUNGSMODELL DER SAARBRÜCKER ZEITUNG

Das Beteiligungsmodell der Saarbrücker Zeitung (SZ) ist nicht aus der Not geboren, sondern war bewusst gewollt. Eine kurze Reise in die Vergangenheit. „In der 1761 von Bernhard Hofer in Saarbrücken

gegründeten Zeitung hatten dessen Nachfahren bis 1935 ein erhebliches Eigentümer-Gewicht. Doch nach der Rückgliederung des Saargebiets in das Deutsche Reich enteigneten die Nazis die Erben Hofers und verleibten die Zeitung dem NSDAP-Verlagsimperium ein. Nach dem Ende des II. Weltkriegs kam das Unternehmen in französische Sequestration, die Erben Hofer wurden 1950 abgefunden“ (Warscheid, Lothar „Meilenstein einer wechselvollen Geschichte“, SZ 1999). Später ging die SZ für einen Betrag von 110 Millionen Francs an das Saarland über.

1969 „hat der Landtag des Saarlandes mit Mehrheit der CDU- und FDP-Stimmen die Reprivatisierung der „Saarbrücker Zeitung“ beschlossen. Damit ging das Unternehmen aus Landesbesitz in die Hände von Gesellschaftern über. Neben dem Verleger Georg von Holtzbrinck, der damals 49 Prozent der Anteile hielt, einem Bankenkonsortium (10 Prozent) und einer Fördergesellschaft der Parteien CDU, SPD und FDP (26 Prozent) gehörte auch die Belegschaft mit 15 Prozent Anteilen zu den Gesellschaftern“ (30 Jahre Beteiligungsgesellschaft der „Saarbrücker Zeitung“, http://www.bdzv.de/bdzv_intern+M593b55ee4fb.html, 12. November 1999). Dieses Beteiligungsmodell existiert bis heute.

Die Beschäftigten der SZ am Eigentum zu beteiligen, erschien gerechtfertigt – schließlich waren sie es, die entscheidenden Anteil am Aufbau des Unternehmens nach dem Krieg hatten. „Gehalten wird der 15-Prozent Kuchen offiziell von der „Beteiligungsgesellschaft Saarbrücker Zeitung“ (Warscheid, Lothar...). Ein 16-seitiger Gesellschaftsvertrag der Beteiligungsgesellschaft vom Januar 1970 definiert den Zweck der Gesellschaft: „Die Gesellschaft wird Träger aller Geschäftsanteile, die für die Mitbeteiligung der Belegschaft der Saarbrücker Zeitung vorgesehen sind, und hat insbesondere den Zweck, diese Geschäftsanteile zu erwerben und zu verwalten. Zu den Verwaltungsaufgaben gehört die Berechnung 1. von Gewinn und Verlust, 2. des Anteils des einzelnen Gesellschafters am Gesellschaftsvermögen“ (Gesellschaftsvertrag, 1. Januar 1970).

„Jeder Mitarbeiter der „Saarbrücker Zeitung“ und der Tochtergesellschaften (z.B. „Trierischer Volksfreund“ oder „Lausitzer Rundschau“) kann maximal zwei Anteile erwerben“ (Warscheid, Lothar...). Die Entscheidung darüber ist freiwillig. Das Modell erfreut sich hoher Zustimmung. Über 90 Prozent der Beschäftigten sind in der Beteiligungsgesellschaft repräsentiert. Wer aus dem Betrieb ausscheidet, muss seinen Anteil zurückgeben. Wer indes in Rente geht, kann ihn behalten. Letzterer Umstand hat dazu geführt, dass die Zahl der Anteilseigner um ein Vielfaches höher als die Beschäftigtenzahl der SZ ist. Die Beteiligungsgesellschaft ist in den Gremien der GmbH, also der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat, durch Mitglieder vertreten.

„Inzwischen hält die Holtzbrinck-Verlagsgruppe 52 1/3 Prozent Anteile“ (30 Jahre Beteiligungsgesellschaft...). Trotzdem bleiben die 15 Prozent Belegschaftsanteile relevant. Die Präsenz der Beschäftigten in den Entscheidungsgremien des Unternehmens als Mitgesellschafter erhöht die Chance des Zugangs zu wichtigen Informationen und einer vertrauensvollen Zusammenarbeit. Gerade bei Entscheidungen mit langfristigen Auswirkungen haben auch die Beschäftigten einen Einfluss.

Ein zweiter Vorteil des Beteiligungsmodells liegt in der Partizipation der Mitarbeiter an der Produktivität. Im heutigen politischen Diskurs zur Frage der Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Haushalte und staatlicher Programme wird gerne über die Ausgabenseite, den Zwang zum Sparen angesichts von Defiziten, geredet. Die Einnahmeseite wird verschwiegen. Dabei ist das zugrunde liegende Problem die zunehmende Rationalisierung und Automatisierung in der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Lebendige Arbeit wird durch tote Arbeit, also Maschinen und Computer, ersetzt. Menschen werden immer weniger gebraucht, aber die Produktivität steigt kontinuierlich an. Eine Art Maschinensteuer, in Ermangelung eines besseren Ausdrucks, könnte bewirken, dass Produktivitätszuwächse der Allgemeinheit zu-

gutkommen. Und ein Beteiligungsmodell wie bei der SZ stellt sicher, dass der einzelne Arbeitnehmer an Produktivität als zusätzlichem Einkommensstandbein partizipiert. Auch nach dem Ausscheiden bei der SZ noch, wenn er zum Beispiel in Rente geht. Eine Ausweitung des Beteiligungsmodells der SZ auf die Gesamtgesellschaft bedeutete eine verbesserte Teilhabe der Arbeitnehmer an gesellschaftlicher Produktivität.

2.3 DER VERKAUF VON ANTEILEN DER SAARBRÜCKER ZEITUNG

Ende Mai 2012 konnte der interessierte Leser der Saarbrücker Zeitung (SZ) aus seinem Blatt Folgendes erfahren. Der Hauptgesellschafter, die Verlagsgruppe Georg von Holtzbrink GmbH&Co.KG, trennt sich von seinen Anteilen – 52,33 Prozent. Betroffen von dem Verkauf sind nicht nur die Zeitung selbst, sondern auch andere zur SZ Mediengruppe gehörende Unternehmen. Dazu zählen der ‚Pfälzische Merkur‘/Zweibrücken, der ‚Trierische Volksfreund‘ und die ‚Lausitzer Rundschau‘. „Die Unternehmensgruppe ist auch im Bereich der Postdienstleistungen, Telefon- und Branchenbücher, Internet-Portale und IT-Dienstleistungen tätig. Das Tochterunternehmen Euroscript S.A. mit Sitz in Luxemburg gehört zu den zehn weltweit führenden Übersetzungs- und Dokumenten-Management-Dienstleistern. Bei Unternehmen der Mediengruppe sind insgesamt rund 2700 Mitarbeiter beschäftigt. Der Umsatz lag im vergangenen Jahr über 330 Millionen Euro bei einer zweistelligen Umsatzrendite“ (Erfolgreiches saarländisches Unternehmen, SZ, Wirtschaft, A9, 30.5.2012).

Käufer ist die ‚Gesellschaft für staatsbürgerliche Bildung Saar‘ (GSB). Seit der Reprivatisierung der SZ 1969 hält sie einen Unternehmensanteil von 26 Prozent. Ihr Auftrag ist die Förderung der demokratischen, staatsbürgerlichen Kultur und Bildung und die Einigung Europas. Drei politische Stiftungen, welche der saarländischen CDU, SPD und FDP nahestehen, sind die Gesellschafter der GSB. Namentlich die Union-Stiftung, die Demokratische Gesellschaft Saarland e.V. mit der Stiftung Demokratie Saarland und die Villa Lessing – Liberale Stiftung Saar e.V. In der SZ vertritt die GSB laut Satzung die Interessen des Saarlandes in „konfessioneller und politischer Neutralität“.

Der Verkauf erfolgt stufenweise. Bis zum 1. August 2012 erhöht sich der GSB Anteil auf 46,9 Prozent. Bis Mitte 2014 soll die Anteilsübertragung vollständig abgeschlossen sein. Der GSB Anteil läge dann bei gut 78 Prozent. Der Kaufpreis soll in dreistelliger Millionenhöhe liegen. Eine solche Perspektive hat Fragen aufgeworfen. Kann es zu einem Einfluss der Politik auf die ideologische Ausrichtung der Zeitung kommen? Bleibt die Unabhängigkeit der Zeitung gegenüber der Regierung gewahrt? Wird das Meinungsspektrum im Saarland adäquat abgebildet? Linke, Grüne und Piraten gehören der GSB bekanntlich nicht an. Der Einfluss der Altparteien CDU, SPD und FDP hingegen würde weiter gestärkt. Wichtige Fragen angesichts der Tatsache, dass die SZ regionaler Marktführer und im Saarland quasi Monopolblatt ist.

Eine Antwort läge in der Öffnung der GSB, welche der veränderten politischen Landschaft des Saarlandes Rechnung trägt. „Es zeigt sich wieder einmal, dass es notwendig ist, an der GSB die Parteistiftungen aller im Landtag vertretenen Parteien zu beteiligen“ (Oskar Lafontaine: Die Stiftungen aller Landtagsparteien an der SZ beteiligen. www.linksfraktion-saarland.de, Pressemitteilung, 31.5.2012). Damit wäre die Eigenverpflichtung der GSB zu ‚politischer Neutralität‘ besser gewahrt.

Im Sommer 2012 genehmigt das Bundeskartellamt den Verkauf. Vertreter der GSB lassen verlautbaren, man strebe nicht die dauerhafte unternehmerische und verlegerische Führung der Zeitung an, sondern suche einen neuen Gesellschafter. Am 3.9.2012 beruft sich der saarländische Rundfunk auf Informationen, wonach eine Grundsatzvereinbarung mit der Rheinischen Post getroffen wurde (Saarbrücken: Grundsatzvereinbarung zur SZ-Übernahme, www.sr-online.de/nachrichten, 3.9.2012). Schließlich meldet

der Aktuelle Bericht am 8.9.2012: Die Rheinische Post mit Sitz in Düsseldorf wird neuer Mehrheitseigner der SZ zu Jahresbeginn 2013.

Die Rheinische Post hat einen Nachteil, den bei aller Kritik die GSB nicht besaß. Ein Antrag der Landtagsfraktion Die Linke urteilt über den bisherigen Mehrheitsgesellschafter GSB: "Der Landtag begrüßt es, dass an der Saarbrücker Zeitung im Sinne einer interessensmäßigen und ideellen Repräsentation des Saarlandes eine saarländische Institution mehrheitlich beteiligt ist" (Landtag des Saarlandes. 15. Wahlperiode, Drucksache 15/40, 14.6.2012). Die Rheinische Post ist keine saarländische Institution.

Hinzu kommt der offensichtliche Umgang mit den eigenen Arbeitnehmern. Verdi Saar in einer Pressemeldung im August: "Die Gewerkschaft ver.di hat Sorge um einen Ansehensverlust der Saarbrücker Zeitung, falls das Verlagshaus von der Rheinischen Post übernommen werden sollte. Ver.di-Landesbezirksleiter Alfred Staudt verwies darauf, dass diese Mediengruppe in Düsseldorf und Aachen u.a. Tarifflicht begangen habe. Betroffen seien Anzeigenabteilung, Verlagsproduktion, Druckhaus und Redaktion. ...Besorgt äußerte sich Staudt zugleich über die konservativ-wirtschaftsliberale Ausrichtung der Rheinischen Post" (ver.di Landesbezirk Saar. Ver.di sorgt sich um die Glaubwürdigkeit und Eigenständigkeit der Saarbrücker Zeitung. <http://saar.verdi.de/pressemitteilungen...> , 23.8.2012).

Die Oppositionsparteien im saarländischen Landtag äußern sich ähnlich kritisch. Die Grünen in einer Presseerklärung: "Wie uns berichtet wurde, betreibt die ‚Rheinische Post‘ – im Untertitel ‚Zeitung für Politik und christliche Kultur‘ – im Unternehmen eine konsequente Outsourcing-Politik offenbar mit dem Ziel, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nach Tariflohn bezahlen zu müssen" (<http://www.grüne-surfer.de/presse/pm2012/pm2343.pdf>, 21.8.2012). Die Piratenpartei fügt dem hinzu: "Die Rheinische Post ist gewerkschaftsfeindlich und macht nicht einmal einen Hehl daraus... . Wir haben Informationen zu den Folgen Ihrer Beteiligung an einem anderen Zeitungsverlag: dort gab es Ausgründungen von Leiharbeitsfirmen, massenhaftes Outsourcing und die Auflösung ganzer Bereiche... (<http://piratenfraktion-saarland.de/2012/08/piratenfraktion-saar-verurteilt-verkauf-von-sz-...>, 22.8.2012).

Auch die Linke zitiert in einem Antrag im Landtag Beispiele von Leiharbeit und nicht tarifgebundenen Beschäftigungsverhältnissen bei der Rheinischen Post. Zudem bringt sie als einzige Partei die Beteiligungsgesellschaft der SZ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ins Spiel. Die Linke betont Mitarbeiterbeteiligung als konkrete Antwort auf fragwürdige Entscheidungen der Unternehmensführung. "Bereits in den letzten zehn Jahren ist die Stammbesellschaft der Saarbrücker Zeitung unter Beteiligung und Duldung der GSB mehr als halbiert worden. Es wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Tochterunternehmen oder andere Firmen ausgelagert, in denen es keine tarifliche Bindung und keine Betriebsräte gibt. Der Eintritt der Rheinischen Post als neue Mehrheitsgesellschafterin lässt befürchten, dass weitere betriebsbedingte Kündigungen folgen... und weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in nicht tarifgebundene Beschäftigungsverhältnisse outgesourct werden" (Landtag des Saarlandes. 15. Wahlperiode, Drucksache 15/93, 23.8.2012). Die Linke greift in ihrem Antrag Forderungen von Verdi auf, z. B. ein Ende nicht tarifgebundener Beschäftigungsverhältnisse. Und geht ein Stück darüber hinaus, indem die "Aufstockung des Anteils der Belegschaft an der Saarbrücker Zeitung" gefordert wird (Ibid). Bei der Abstimmung im Landtag schließen sich Grüne und Piratenpartei dem Antrag der Linken an, trotzdem wird er mit der Stimmenmehrheit aus CDU und SPD abgelehnt.

In der 8. Plenarsitzung des saarländischen Landtags Mitte Oktober 2012 verweist Fraktionsvorsitzender Lafontaine noch einmal auf das Versagen der GSB, ihrem eigenen Kernauftrag, nämlich saarländische Interessen zu wahren, gerecht zu werden. Dass nun Entscheidungen von außerhalb des Saarlandes getroffen werden, welche saarländische Arbeitsplätze tangieren. Dass ein Engagement der GSB zur Abwehr

prekärer Arbeitsverhältnisse nicht zu erwarten ist, weil sie bereits in der Vergangenheit zur Prekarisierung der Arbeit bei der SZ so wenig zu sagen hatte. Dass es die GSB versäumte, die SZ Belegschaft frühzeitig in die Diskussionen zum Anteilsverkauf einzubeziehen. Dass es beschämt sich vorzustellen, dass die Parteistiftungen der Altparteien über jährliche Ausschüttungen Nutznießer der zu erwartenden Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse sein werden. Und dass bei alledem gerade eine Partei die sich sozialdemokratisch nennt, so umstandslos mitmacht.

Die Saarbrücker Zeitung ist ein konservatives Blatt. Linke und progressive Meinungen, speziell Positionen der Partei Die Linke, sind nach Meinung vieler Saarländer völlig unterrepräsentiert. Birgit Huonker, Mitglied des Landesvorstands der saarländischen Linken, kommt in einem Artikel der Zeitung ‚Neues Deutschland‘ zu einem ähnlichen Schluss, was Fernsehnachrichten betrifft. „Das Ignorieren der Positionen der Linken in Deutschlands wichtigsten Nachrichtensendungen ist mittlerweile alarmierend“ (Birgit Huonker. Schwarz-gelb dominiert. Linke Positionen kommen in den deutschen TV-Nachrichten kaum vor, in: Neues Deutschland, 10.8.2012).

Für die Saarbrücker Zeitung sieht das nicht Jeder so. Minister a.D. Friedel Läßle von der GSB meint im Sommer 2012: „Das Saarland benötigt eine unabhängige und überparteiliche Qualitätszeitung und es ist stolz, diese zu haben“ (Erfolgreiches saarländisches Unternehmen, SZ...). Dabei hat vor einer Generation seine Partei, die SPD, einen mutigen Versuch unternommen, die Monopolstellung der SZ anzugreifen und Gegenöffentlichkeit im Saarland herzustellen. Die ‚Zeitung am Sonntag‘ (ZAS) wurde während des Wahlkampfs am Wochenende per Bahn transportiert. An jedem Bahnhof entlang der Saar standen die Genossen bereit und haben die ZAS dann in ihren Orten verteilt. ‚Für Eine ZAS Von Heute‘ wäre der angemessene Titel einer Veranstaltung und Kampagne, welche progressive Kräfte, gerade auch im Bereich Medien arbeitende Kolleginnen und Kollegen, im Saarland zusammenbringt. Dabei würde die neue Bewegung des Bürgerjournalismus („citizen journalism“), wie sie in USA praktiziert wird, sicher eine wichtige Rolle spielen. Genannt sei beispielsweise die Bürgerzeitung im Großraum Minneapolis/St. Paul – www.tcdailyplanet.net. Was spräche dagegen, dass eine Zeitung, welche stärker von ihren Mitarbeitern bestimmt würde, sich hier engagiert?

2.4 DIE 1. ST. INGBERTER BÜRGER-SOLAR-GENOSSENSCHAFT

Bürger, die selbst erneuerbare Energie erzeugen, entdecken die Rechtsform der Genossenschaft. Zwar ist diese Rechtsform im Solarsektor noch rar im Vergleich zu anderen Unternehmensformen.

„Aber die eG erfreut sich zunehmender Beliebtheit. ...Eine Genossenschaft kann eine Vielzahl Projekte initiieren, ohne dass dies einen wesentlich höheren Verwaltungsaufwand nach sich zöge. Für die Gesellschaft ist eine Bilanz zu erstellen und eine Steuererklärung zu schreiben. Alle ein bis zwei Jahre steht eine Prüfung durch einen dazu berechtigten Verband an. Da der Zweck der Genossenschaft ist, den wirtschaftlichen Erfolg an die Mitglieder weiterzugeben, wird eine große Identifizierung mit selbiger erreicht. Gestärkt wird dies noch dadurch, dass die Eigner ihr Unternehmen selbst verwalten. Auf großen Gefallen stößt bei vielen Beteiligten zudem das demokratische Prinzip: Jeder Teilhaber verfügt über eine Stimme, egal wie hoch die Beteiligung ist. Der Beitritt und Austritt von Mitgliedern ist unter Berücksichtigung von etwaigen Kündigungsfristen jederzeit möglich und unkompliziert. Die Haftung der Genossen kann auf ihr eingebrachtes Kapital beschränkt werden – im schlimmsten Fall verlieren sie dieses, aber auch nicht mehr“ (Photon, Februar 2009, S. 78/79).

„2008 wurden 200 Genossenschaften gegründet, so viele wie innerhalb der drei Jahre zuvor zusammen. [Genossenschaftsexperte Burghard] Flieger sieht dafür zwei wesentliche Gründe... : Die Novellierung des

Genossenschaftsgesetzes im Oktober 2006 habe eine Vereinfachung gebracht und die Rechtsform per se wieder stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerufen. Und das seit Mitte 2005 gültige Anlegerschutzgesetz nimmt einzig Genossenschaften von der Prospektpflicht aus. Das beschert der Rechtsform einen Vorteil gegenüber allen anderen Unternehmen, die öffentlich Gesellschafter werben. Auch der Energiesektor partizipiert von der Wiederentdeckung der Genossenschaft; Ein bis zwei Neugründungen pro Monat registriert Flieger inzwischen“ (Photon..., S. 79).

Der Aufschwung der genossenschaftlichen Rechtsform hat sich seither noch beschleunigt. Eine Studie der Leuphana Universität Lüneburg zu „Bürgerbeteiligung mittels Fotovoltaikgenossenschaften“ vom Dezember 2010 kommt zu dem Schluss: „Ab 2008 nahm die Zahl der Genossenschaften in diesem Segment, [den PV-Genossenschaften], stark zu. ...Neu gegründet wurden im Jahr 2009 etwa 77 dieser Genossenschaften. ...Diese Entwicklung hält auch im Jahr 2010 an. ...Legt man die genannten Schätzungen von 200 PV-Genossenschaften Mitte September 2010 bzw. 180 PV-Genossenschaften bis Ende Juni 2010 zugrunde und geht man davon aus, dass bei der vorliegenden Erhebung insbesondere Neugründungen jüngerer Datums nicht erfasst wurden, dann kann ein anhaltender Neugründungsboom bei PV Genossenschaften konstatiert werden“ (Holzkamp, Lars, Ulbrich, Stefanie „Bürgerbeteiligung mittels Fotovoltaikgenossenschaften“, Leuphana Universität Lüneburg Dezember 2010, S. 8).

Und die linkskatholische Zeitschrift „Publik-Forum“ konstatiert: „Seit durch eine Gesetzesnovelle 2006 das Gründen von Genossenschaften einfacher geworden ist, boomt diese Rechtsform. 229 Neugründungen waren es im vergangenen Jahr [2010] bundesweit, rund 20 Millionen Personen in Deutschland sind Mitglied einer Genossenschaft. Tendenz steigend. ... Das Spektrum hat sich in den letzten Jahren enorm erweitert. Traditionelle Genossenschaften... bestehen weiter, neue Zusammenschlüsse schaffen Solaranlagen an, gründen Dorfläden oder betreiben Biogasanlagen“ (Publik-Forum 16, Nr. 7, 2011).

Die 1. St. Ingberter Bürger-Solar-Genossenschaft wurde im Frühjahr 2008 gegründet. Heute gehören ihr um die 120 Mitglieder an. Darunter befinden sich auch viele Mitarbeiter der Stadt und Stadtwerke. Der Oberbürgermeister ist Schirmherr des Projekts. Die Stadt stellt der Genossenschaft stadteigene Dachflächen kostenlos zur Verfügung. Das erste realisierte Projekt ist eine Solaranlage auf dem Dach der Südschule, welche von der Genossenschaft finanziert wurde. Die Genossenschaft überlegt zurzeit weitere Aktivitäten, u. U. sich beim Thema Elektromobilität in St. Ingbert zu engagieren.

Ziel war es, das Interesse an der Solarenergie zu wecken, Bürgern neue Mitwirkungsmöglichkeiten zur Sonnenenergienutzung zu schaffen und soziales wie wirtschaftliches Engagement zusammenzuführen (www.st-ingbert.de). Dieser sozial-ökologische Ansatz hat zwei besondere Komponenten: Erstens, der erforderliche EURO-Mindestbetrag (55 EURO), welcher Bürger zu Eigentümern und Nutzern der Solar-genossenschaft macht, ist sehr gering. Bedeutend geringer als der Preis, welcher von saarländischen Stadtwerken zum Ankauf von Solarbausteinen verlangt wird. Zweitens, 5 EURO der 55 EURO kommen sozialen Zwecken in St. Ingbert zugute. Diese soziale Dimension bestand von Anfang an und scheint allgemein akzeptiert. Die zugesagte Verzinsung ist relativ bescheiden, liegt aber oberhalb ortsüblicher Zinsen für Einlagen auf dem Sparbuch. Damit ist der Hauptbeweggrund des Engagements nicht das wirtschaftliche Motiv, die kommerzielle Aktienalternative, sondern die Bürgerbeteiligung an einem konkreten wirtschaftsdemokratischen und nachhaltigen Projekt. Wer persönlich, aus welchen Gründen auch immer, keine geeignete Fläche zur Verfügung hat und trotzdem an einer Energiewende interessiert ist, kann gemeinsam mit seinen Mitbürgern Energieproduzent werden.

Die Genossen aus St. Ingbert haben insgesamt das Gemeinschaftsgefühl in und um St. Ingbert gestärkt und andere Projekte und Initiativen inspiriert. So wurde nach tatkräftiger Unterstützung der Solar-Genos-

senschaft das untere Dach der Sporthalle im Gästehaus Braunshausen mit einer Fotovoltaikanlage ausgestattet. Die Anlage wird vom Saarländischen Turnerbund (STB) betrieben. Und seit Kurzem befinden sich auf dem Dach des Pfarrheims von St. Josef großflächig Solarmodule. Der Pfarrer hat im Aufsichtsrat der Solar-Genossenschaft mitgearbeitet und wurde von der Idee, Solarstrom zu erzeugen, angesteckt.

2.5 DIE QUIERSCHIEDER ENERGIEGENOSSENSCHAFT

Im Frühjahr 2011 wurde auf Initiative der Vereinigten Volksbank (VVB) Quierschied und der Gemeinde Quierschied die Quierschieder Energiegenossenschaft eG gegründet. Die Mitgliedschaft steht jedem, der in Quierschied seinen Wohnsitz hat, und allen Mitgliedern der VVB offen. Auskünfte hierzu sind in den Filialen der Vereinigten Volksbank in Quierschied, Fischbach und Göttelborn erhältlich. Die Genossenschaft bemüht sich um einen Beitrag zum nachhaltigen Wirtschaften und die Unterstützung der energiepolitischen Wende im Land. Sie ist prinzipiell offen, in die verschiedenen Formen erneuerbarer Energien – Solarenergie, Windkraft, Biomasse, Geothermie – zu investieren.

Es mag kein Zufall sein, dass die Gründung der Genossenschaft von einer genossenschaftlich organisierten Bank ausgeht. Auch mag es kein Zufall sein, dass die Genossenschaft zunächst in Projekte im Bereich Solarenergie (Fotovoltaik) zu investieren beabsichtigt. Denn das hat hier fast schon Tradition. „Bis Ende 2010 sind in Quierschied 198 Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von 9.930 kWp errichtet worden. Die Anlagen erzeugen zusammen im Jahr Strom für 2.800 Einfamilienhäuser. Damit liegt die Gemeinde Quierschied auf den vordersten Plätzen der Solarlandesliga“ („Investition in die Solarenergie“, Wochenspiegel, 7.9.2011). Inzwischen „hat die Gemeinde Quierschied fast alle geeigneten Dachflächen auf gemeindeeigenen Gebäuden mit Photovoltaikanlagen belegt“ (Wochenspiegel...). Schließlich ist es durchaus passend, dass die Energiegenossenschaft an Dachanlagen auf Gebäuden der Industriekultur Saar (IKS) Göttelborn interessiert ist. Die IKS fördert das Konzept der wirtschaftlichen, touristischen und kulturellen Nutzung ehemaliger Bergwerksgelände. Die Grube Göttelborn und die Menschen, die hier arbeiteten, repräsentieren Sensibilität zu Fragen von Energie und Umwelt.

In einem Vortrag hat der Vorstandsvorsitzende das Konzept und die Vision der Genossenschaft in einer Quierschieder Bürgerveranstaltung erläutert: Die Genossenschaft hat den Erwerb „von drei Dachanlagen auf Gebäuden der IKS in Göttelborn mit einem Investitionsvolumen von rund 377 T EURO [vorbereitet. Sie plant die] Errichtung einer weiteren Anlage mit einem Investitionsvolumen von rund 845 T EURO auf einem weiteren Gebäude der IKS. [Sie plant] weitere lukrative Dächer/ Flächen zur Bebauung anzumieten“ (Vortrag Hans-Josef Schumacher, 2011). Mitglied kann man schon ab 100 EURO werden. Dieser relativ kleine Betrag kann dazu beitragen, die Beitrittsmotivation auf Aspekte von Genossenschaftsidealen und Umweltschutz, die Genossenschaft als Wertegemeinschaft und nicht nur Ertrags- und Renditeerwartungen zu lenken. „Nach der Prognose erscheint eine Rendite von ca. 3,5-4% p.a. bezogen auf die Gesamtlaufzeit von 25 Jahren realistisch...“ (Vortrag...). Zusätzliche Ausschüttungen sind möglich.

Für die Quierschieder Energiegenossenschaft erscheint die genossenschaftliche Rechtsform sinnvoll. Neben der demokratischen Qualität werden andere rechtliche Vorzüge betont. „Ein- und Austritte von Mitgliedern sind problemlos ohne notarielle Mitwirkung oder Unternehmensbewertungen möglich. ...Mitglieder der eG haften nur mit ihrer Kapitalbeteiligung, wenn in der Satzung eine Nachschusspflicht ausgeschlossen wird. Die eG ist aufgrund der internen Kontrollen durch ihre Mitglieder und die unabhängige Prüfung durch den Genossenschaftsverband – dessen Mitglied sie wird – die mit Abstand insolvenzsicherste Rechtsform in Deutschland“ (Vortrag...). Die Quierschieder Energiegenossenschaft lässt sich als kommunale Initiative für eine nachhaltige Strukturpolitik in der Region verstehen.

In St. Ingbert und Quierschied ist die „Solar“-Genossenschaft durch engagierte Einzelpersonen vorange-
trieben worden. Um Energiegenossenschaften systematisch zu initiieren, mag ein Ansatz aus Rheinland-
Pfalz zielführend sein. Dort „hat die Evangelische Kirche der Pfalz im Jahr 2010 zusammen mit der innova
eG das Weiterbildungsprogramm „Projektentwickler für Energiegenossenschaften“ ins Leben gerufen.
Die viermonatige Fortbildung ist als eine Kombination aus Präsenzveranstaltungen und Online-Lernpha-
sen konzipiert. Die Teilnehmer erarbeiten dabei ein konkretes Konzept einer Energiegenossenschaft mit
dem Schwerpunkt Fotovoltaik und präsentieren dieses zum Abschluss des Kurses“ (Evangelische Kirche
der Pfalz/Rheinland-Pfalz, in „Deutscher Solarpreis 2011“, Eurosolar – Broschüre). Mehr als zehn Energie-
genossenschaften wurden inzwischen von ausgebildeten Projektentwicklern auf den Weg gebracht.

2.6 DIE BÜRGER-ENERGIE-GENOSSENSCHAFT (BEG) HOCHWALD

Anfang 2012 gründeten Bürger aus Mettlach, Losheim, Weiskirchen, Wadern und Nonnweiler die BEG
Hochwald. Eine Satzung wurde beschlossen sowie ein Aufsichtsrat und Vorstand bestimmt. Vorausge-
gangen waren Informationsforen und Veranstaltungen in den Orten des Hochwalds, welche die Idee und
das Konzept vorstellten. Ziel ist die Unterstützung der Energiewende, sowohl in ökologischer als auch
regionalwirtschaftlicher Hinsicht.

“Die BEG will Gemeinwohlorientierung, weitgehende Bürgerbeteiligung und die Stärkung der Wirtschaft
unserer Region miteinander verbinden. Finanzierung und Nutzung der Projekte der Energiewende, ins-
besondere Fotovoltaik- und Windkraftanlagen sollen, soweit es geht, in Bürgerhand liegen“ (BürgerEner-
gieGenossenschaft Hochwald eG-Informationsbroschüre). „...Jeder könne Mitglied werden, ob als na-
türliche oder juristische Person. Auch die Kommunen im Hochwald könnten der BEG beitreten, ebenso
Unternehmen“ (Saarbrücker Zeitung, 28./29.1.2012, Seite C5).

In der Vergangenheit war die Errichtung von Windrädern im Hochwald umstritten und hatte einzelne Ge-
meinden in Befürworter und Gegner gespalten. Die BEG argumentiert, dass echte Bürgerbeteiligung, wie
sie die genossenschaftliche Rechtsform darstellt, „nicht nur Akzeptanz schafft, sondern dafür sorgt, dass
eine möglichst große Wertschöpfung in der Kommune verbleibt. ...Die Mitglieder der Genossenschaft ha-
ben... die Garantie, dass sie dauerhaft am Ergebnis beteiligt werden und auch über die Generalversamm-
lung einmal Einfluss auf den Betreiber und auch Auskunftsrechte über den Einsatz ihrer Anteile haben“
(Bürger-Energie-Genossenschaft Hochwald auf Erfolgskurs, in: Umweltmagazin Saar 2/2012, Seite 30).

Bei der Gründungsversammlung wurden knapp 30 Personen Genossenschaftsmitglied. 7 Monate später,
im September 2012, waren es bereits 200 (www.beg-hochwald.de, Aktuelles, 18.9.2012). Im Geschäfts-
plan war die BEG noch davon ausgegangen, bis Ende des Jahres 150 Mitglieder zu werben. Die eigenen
Erwartungen wurden übertroffen; ein Beleg für das große Interesse an der BEG in der Region. Jürgen Mil-
len, BEG Aufsichtsratsvorsitzender und Gründungsmitglied, erklärt es so: “Da eine Genossenschaft von
dem Gedanken des kooperativen Zusammenwirkens getragen ist, sollten die Initiatoren viel Idealismus
und viel Zeit mitbringen. Der formelle Gründungsakt muss durch einen erfahrenen Partner – bei uns war
es die Volksbank Untere Saar, übrigens die älteste Genossenschaftsbank im Saarland – begleitet werden
und die Projektidee muss von Anfang an wirtschaftliche Erfolgsaussichten haben“ (Bürger-Energie-Ge-
nossenschaft Hochwald auf Erfolgskurs... , Seite 30).

Konkrete Öko-Energie-Projekte sind zunächst Photovoltaikanlagen. Eine erste PV-Anlage wurde auf ei-
nem Gewerbedach in Konfeld errichtet. Noch 2012 sollen 4 weitere Anlagen fertig werden: “2 Anlagen
auf Dächern öffentlicher Gebäude der Stadt Wadern und weitere 2 Anlagen auf Dächern der Gemeinde
Beckingen“ (www.beg-hochwald.de, Aktuelles, 18.9.2012). Die BEG beabsichtigt weiterhin, das Wind-

kraftprojekt ‚Galgenberg‘ zu realisieren. Auf dem gleichnamigen Teil der Wahleiner Platte soll der bundesweit erste Bürger-Windpark auf genossenschaftlicher Basis entstehen.

Kalkuliert sind Kosten von 12,5 Millionen Euro, von denen 30 Prozent aus Eigenkapital realisiert werden sollen. Mehrheitseigner, der 70 Prozent des Eigenkapitals aufbringt, wird die BEG. Die BEG und die planende Firma Ökostrom Saar wollen zusammen mit den Technischen Werken Losheim eine GmbH gründen, die den Windpark betreibt. „Vier Windräder sollen auf der Wahleiner Platte gebaut werden. Ein hervorragender Standort, wie Ökostrom-Geschäftsführer Thomas Nägler versicherte“ (Saarbrücker Zeitung, 27.8.2012). Damit erfüllt sich auch die Hoffnung des lokalen Dienstleisters ‚Ökostrom Saar‘, sich in einer explizit genossenschaftlichen Form an der Förderung erneuerbaren Energien im Nordsaarland zu beteiligen (siehe Punkt 2.11 der Studie).

Die BEG konnte kaum auf saarländische Praxisbeispiele zurückgreifen, die etwaige Hilfestellung beim Aufbau des Bürger-Windparks hätten leisten können. „Viel genützt haben uns... die Erfahrungen anderer Energiegenossenschaften, die wir über das Internet recherchiert und abgefragt hatten. In anderen Bundesländern gibt es schon einen Dachverband, in dem die jungen Genossenschaften sich zu einem Netzwerk zusammengeschlossen haben und sich auch regelmäßig austauschen. Das wäre für das Saarland auch erstrebenswert“ (Bürger-Energie-Genossenschaft Hochwald auf Erfolgskurs..., Seite 30).



In diesem Sinne referierte der BEG Aufsichtsratsvorsitzende im Sommer 2012 vor einer Gründungsgruppe BEG Eppelborn, die sich aus Fachleuten sowie Vertretern aus Politik und Wirtschaft zusammensetzte. Der dortige Gemeinderat hatte diese Gründungsgruppe einstimmig unterstützt, um mitzuhelfen, ebenfalls eine Bürger-Energie-Genossenschaft auf den Weg zu bringen. „Zu Gast bei diesem ersten Treffen... war auch eine Gruppe Interessierter aus dem Bliesgau. Auch sie wollen eine Bürger-Energie-Genossenschaft gründen, denken im Gegensatz zu den Hochwäldern allerdings an eine eigene Projektierung“ (Bürger-Energie-Genossenschaft Eppelborn: Erstes Treffen einer Gründungsgruppe. <http://eppelblog.blogspot.de>, 18.6.2012).

Die Realisierung eines Bürgerwindparks auf Genossenschaftsbasis durch saarländische Bürger ist eine Leistung. Umso mehr als ausschließlich ehrenamtlich gearbeitet wurde. Und doch gibt es für diejenigen, die sich der sozialistischen Richtung des Genossenschaftswesens verpflichtet fühlen, Kritikpunkte. Die BEG Hochwald finanziert sich über Mitgliedsanteile. Ein Anteil beträgt 500 Euro. Maximal drei Anteile kann ein Mitglied erwerben. Auch besteht für ein Genosse oder eine Genossin die Möglichkeit, mittels Kreditvertrag zusätzliche Gelder zur Förderung einzelner Projekte anzulegen. Dieser Finanzierungsmodus wird vor allem die Mittelschicht ansprechen. Nicht die ganze Bevölkerung, nicht die weniger gut Verdienenden. Hier wäre ein Mitgliedsanteil im unteren zweistelligen Bereich angemessen – 20 bis 25 Euro. Es wäre auch denkbar, Mitglied zum Nulltarif zu werden und wie in amerikanischen Lebensmittelgenossenschaften statt Geld Eigenarbeit in die Genossenschaft einzubringen. Von diesen Optionen ist die BEG Hochwald sehr weit entfernt. Dabei stellt der neue Vermögensbericht der Bundesregierung gerade fest, dass die Kluft zwischen Arm und Reich weiterhin immer größer wird. „So vereinten die vermögensstärksten 10 Prozent der Haushalte über die Hälfte des gesamten Nettovermögens auf sich. ...Die untere Hälfte der Haushalte verfüge über nur gut ein Prozent des gesamten Nettovermögens, heißt es in dem Bericht“

(Reiche trotz Euro-Krise immer reicher, www.manager-magazin.de, 18.9.2012). Man wird erinnert an die Mahnung Ferdinand Lassalle's, dass Genossenschaften immer auch Ausweg aus der sozialen Lage sein müssen. Sie sollten beides sein: Werte- und Interessengemeinschaft.

2.7 ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN IN BRITTEN, FREISEN, EPPELBORN UND IM BLIESGAU

Britten

Wertschöpfung vor Ort stärken. Geld sicher anlegen. Bürger, die stärker mitbestimmen und durch nachhaltiges Handeln was für die Enkel tun. Energiegenossenschaften haben in letzter Zeit auch im Saarland einen Boom erlebt.

2009 gründeten Brittener Bürger die ‚Energie-Naturdorf-Britten eG‘. „Gegenstand der Genossenschaft ist die Versorgung der Anwohner mit Wärme aus nachhaltig bewirtschaftetem privaten Wald-, Feld- und Flur-Eigentum“ (www.energie-naturdorf-britten.de). Zu diesem Zweck ist die Errichtung eines Nahwärmenetzes geplant, welches durch ein Holzhackschnitzel-Kraftwerk betrieben wird. Das Holz der Dorfheizung soll von den großen Wäldern rings um Britten kommen. Etwa die Hälfte der Haushalte des 1600 Einwohner zählenden Ortes könnte ihre Wärme-Energie in Zukunft auf diese Weise beziehen. Ein Anteil an der Genossenschaft kostet 500 Euro. Jeder hat eine Stimme, unabhängig von der Zahl der gehaltenen Anteile.

Der Genossenschaftsvorsitzende Willy Schommer sieht folgende Vorteile: „Die Leute tauschen ihre alten Ölheizungen gegen eine hochmoderne Nahwärmeversorgung aus. Es entfallen für sie alle Betriebskosten einer konventionellen Heizung, unter anderem die Schornsteinfeger-Gebühr. Mit Nahwärme lasse sich... etwa ein Drittel der ansonsten benötigten Heizenergie einsparen“ (Britten will die Energie-Autonomie Dorfheizung: So funktioniert die Genossenschaft, in: Saarbrücker Zeitung, Lokalausgabe Merzig-Wadern, 9.3.2009). Auch würde die Luftbelastung durch Abgase deutlich gesenkt. Die Kosten für den einzelnen Haushalt, sich an das Nahwärmenetz anschließen zu lassen, seien etwas die Hälfte der Kosten für eine Kompletterneuerung einer konventionellen Heizung, meinen die Genossenschaftler. Auch gäbe es staatliche Zuschüsse für die Umstellung (Britten will die Energie-Autonomie Dorfheizung...).

Zunächst konzentriert sich die Genossenschaft auf den Ortsteil Oberdorf mit seinen rund 275 Haushalten. Bei der anvisierten Größe der Anlage müssten nach Schätzungen der Genossenschaft 80 bis 100 Haushalte mitmachen und sich an das Nahwärmenetz anschließen lassen. Außerdem besteht die Aussicht auf ein bis zwei Großabnehmer, der Senioren-Wohnstift Myosotis sowie die Gemeinde Britten selbst, indem Schule, Kindergarten und Mehrzweckhalle an das Nahwärmenetz angeschlossen werden.

Drei Jahre nach Gründung der Genossenschaft ist klar, dass das ambitionierte Projekt nur langsam voranschreitet. Im Sommer 2012 spricht sich der Gemeinderat von Britten mit knapper Mehrheit gegen die geplante Dorfheizung aus. „Und das heißt: Der Kindergarten, die ehemalige Grundschule und die Mehrzweckhalle sollen erst mal nicht vom Projekt ‚Energiedorf Britten‘ versorgt werden“ (www.sr-online.de/nachrichten, 10.7.2012). Es gibt Bedenken hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit und die angestrebte Zahl von anzuschließenden Haushalten sei noch nicht erreicht.

Doch die Genossenschaftler wollen weitermachen. Sie verweisen auf einen soliden Geschäfts- und Finanzplan, fortlaufende Gespräche mit dem Betreiber des Senioren-Wohnstifts, und anstehende Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium über in Aussicht gestellte Zuschüsse. Außerdem hätten sich der Gemeinderat und der zuständige Bürgermeister von Losheim grundsätzlich positiv zum Projekt Dorfheizung geäußert.

Freisen

Im Herbst 2009 fand die Gründungsversammlung der Bürger-Energie-Genossenschaft (BEG) Freisen statt. Aufsichtsrat und Vorstand wurden bestellt. "33 Gründungsmitglieder (Privatpersonen und Firmen) zeichneten spontan mehr als 100 (oder einfach ‚viele‘) Anteile a 500 Euro und nahmen Beitrittsformulare für Abwesende mit" (Energiegenossenschaft hat sich erfolgreich gegründet, in: www.netzwerk-freisen.de). "Der Erhalt von Ressourcen für uns und unsere Kinder und Enkel ist ein wichtiges Ziel. Die BEG will die Zukunft aktiv gestalten und dazu beitragen, dass Freisen sich zu einer Zero Emission Gemeinde entwickelt. Die (wirtschaftliche) Förderung der Mitglieder bildet die Grundlage der Satzung der BEG" (Gründungsversammlung der Energiegenossenschaft, in: www.netzwerk-freisen.de).

Das bürgerschaftliche Engagement, der Aufruf von Bürgern wie Vertretern der Gemeinde und anderen lokalen Organisationen der BEG beizutreten, zahlt sich aus. Schon bald nach der Gründung kann man vermelden: "Die Idee eines gemeinsamen ökologischen Engagements zum Schutz der Umwelt hat im St. Wendeler Land schon viele Freunde gefunden; 54 Mitglieder haben bereits 184 Anteile im Gesamtwert von 92.000 Euro gezeichnet. Mitglieder der Bürger-Energie-Genossenschaft sind beispielsweise auch die Gemeinde Freisen, die Kreissparkasse St. Wendel und die St. Wendeler Volksbank. Der Vorstand der BEG... , der fünfköpfige Aufsichtsrat und alle Mitglieder engagieren sich ehrenamtlich" (Bürgerenergiegenossenschaft wirbt um neue Mitglieder aus der Region, in: www.netzwerk-freisen.de). Im Herbst 2012 setzt sich das Wachstum der BEG weiter fort. Es sind nun 80 Mitglieder mit 440 Geschäftsanteilen a 500 Euro in Höhe von 220.000 Euro beteiligt.

Erster inhaltlicher Schwerpunkt ist die Installation von Photovoltaik-Anlagen auf gemeindeeigenen Freisener Dächern. Wobei man sich grundsätzlich nicht auf die Nutzung der Photovoltaik beschränken will, sondern neben anderen erneuerbaren Energien auch an die Optimierung der Energiekosten denkt. Bereits im Dezember 2009 ist das erste Projekt realisiert: die offizielle Inbetriebnahme einer 30kWp Photovoltaik-Anlage auf dem Rathausdach. Sie produziert Strom aus Sonnenenergie für ca. 7 Freisener Familien. Finanziert wurde die Anlage komplett durch die Genossenschaftsmitglieder, sowohl als Eigenkapital als auch Kredit (Inbetriebnahme der ersten PV-Anlage, in: www.netzwerk-freisen.de). Dieser schnelle Erfolg ist auch das Ergebnis einer effektiven Zusammenarbeit zwischen Genossenschaftlern, Gemeinderat und -verwaltung einschliesslich des Bürgermeisters und anderen Partnern.

Später wurden weitere PV-Anlagen installiert, bis heute insgesamt sechs. Zunächst im Sommer 2010 eine Anlage auf dem Dach der Bruchwaldhalle, welche für weitere 12 Freisener Familien Strom liefert. Danach Anlagen auf der Mehrzweckhalle Grügelborn, dem Dorfgemeinschaftshaus Asweiler, der Grundschule Oberkirchen und der Festhalle Oberkirchen. Für die BEG hängt Planungssicherheit, was Zahl der anvisierten Anlagen und ihr Eigenkapitalanteil betrifft, entscheidend von der Zahl der Bürger ab, die Genossenschaftsanteile zeichnen sowie dem Ausmaß staatlicher Förderung für die Solarstromerzeugung. "„Je mehr Mitglieder und Einlagen wir bekommen, um so mehr Photovoltaikflächen können wir bauen‘, so [Genossenschaftler] Klein. Eine Mitgliedschaft in der BEG ist lohnend, da die Genossenschaft ihre Mitglieder natürlich am Erfolg beteiligt" (Bürgerenergiegenossenschaft wirbt... , in: www.netzwerk-freisen.de).

Der Eintrittspreis der BEG Britten und Freisen von 500 Euro – größeres finanzielles Engagement nicht ausgeschlossen – legt die Frage nahe, wie sich finanzschwächere Haushalte an einer Genossenschaft beteiligen können, die ja nicht den Namen Mittelstandsgenossenschaft, sondern Bürgergenossenschaft, führt. Hier eine Lösung zu finden bedeutete psychologisch, den Zweck der Genossenschaft ganzheitlich zu sehen: sichere Geldanlage und attraktive Rendite, besserer Zugang zu staatlicher Förderung, aber auch

Förderung des Gemeinsinns, indem sich alle an der Schonung der Umwelt und des Gewinns regionalen Wirtschaftens beteiligen.

Eppelborn

Die Linke Eppelborn brachte als erste lokale Partei einen Antrag im Gemeinderat ein, der die Idee einer BürgerEnergie-Genossenschaft zum Gegenstand hatte. Der Antrag wurde vertagt, aber einige Zeit später war es soweit. Im September 2012 wurde nach mehrmaligen Treffen einer Gründungsgruppe die Bürger Energie Eppelborn eG gegründet. Die Initiative dazu ging vom Gemeinderat in Zusammenarbeit mit einer Gruppe von Bürgern aus. Von Anfang an war das Projekt parteiübergreifend angelegt. Der Gemeinderat hatte einstimmig beschlossen, die Gründungsgruppe ins Leben zu rufen.

Für das erste Treffen der Gründungsgruppe übernahm "der erste Beigeordnete der Gemeinde Berthold Schmitt (CDU)... in Vertretung des Bürgermeisters die Sitzungsleitung und führte in die Thematik ein. Er erhoffte sich durch die Bürgerenergiegenossenschaft eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung beim Ausbau regenerativer Energien, sagte Schmitt. „Ich begrüße sehr, dass diese Initiative parteiübergreifend vom gesamten Gemeinderat unterstützt wird“. Die designierte Eppelborner Bürgermeisterin Birgit Müller-Closset (SPD) betonte, dass auch die Gemeinde Eppelborn einen Beitrag zur Energiewende leisten wolle. Auch sie hoffe, dass durch Beteiligungsmöglichkeiten die Akzeptanz von Windenergieanlagen in der Bürgerschaft verbessert werde" (Bürger-Energie-Genossenschaft Eppelborn: Erstes Treffen einer Gründungsgruppe, in: <http://eppelblog.blogspot.de/2012/06>, 18.6.2012).

Genossenschaftler wird man mit einem Geschäftsanteil von 100 Euro. "Bis zu 50 Anteile kann man problemlos erwerben, über höhere Beteiligungen entscheidet der Vorstand. Wie es in Genossenschaften üblich ist, hat jedes Mitglied in der Mitgliederversammlung eine Stimme – unabhängig von der Höhe seiner Beteiligung" (BürgerEnergie Eppelborn eG gegründet, in: <http://eppelblog.blogspot.de/2012/09>, 21.9.2012). Eine Mitgliedschaft können natürliche Personen, Personengesellschaften und juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts erwerben (Satzung, Seite 4/5). Im Aufsichtsrat vertreten sind unter anderem die Bürgermeisterin, ein Ortsvorsteher und ein Gemeinderatsmitglied.

Genossenschaftszweck ist "die Planung, Finanzierung, Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien und Einrichtungen zur Stromspeicherung; der Absatz der gewonnenen Energie in Form von Strom und Wärme oder anderer Energieformen; die Unterstützung und Beratung zur regenerativen Energiegewinnung, zur Energieeffizienz und Energieeinsparung einschließlich der Information von Mitgliedern und Dritten sowie der Öffentlichkeit..." (Satzung, Seite 4).

Die rasche Verwirklichung der Idee einer Energiegenossenschaft in Eppelborn ist vielversprechend. Jetzt muss sich erweisen, ob die selbstgesteckten Erwartungen umgesetzt werden können. Ob es also gelingt "die Stromkosten für die Menschen in unserer Gemeinde zu stabilisieren, Wertschöpfung vor Ort im Illtal zu generieren und Kaufkraft in Eppelborn zu halten" (<http://eppelblog.blogspot.de/2012/09>, 21.9.2012). Und letztlich auch einen Beitrag zur Demokratisierung und Rekommunalisierung des saarländischen Energiesektors zu leisten. Die Politik kann durch eine Vorrangregelung mithelfen. Bei der Umsetzung der Energiewende vor Ort gilt im Zweifelsfall: lokale Stadtwerke und Bürgergenossenschaften erhalten Vorrang vor privaten Energieunternehmen und Investoren.

Bliesgau

Anfang 2012 gründete sich der Verein „Bürger für erneuerbare Energien in der Biosphärenregion Bliesgau e.V.". Hintergrund ist das Interesse, in der von der UNESCO anerkannten Biosphärenregion einen

Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Der Verein ist einem ökologisch-sozialen Ansatz verpflichtet. Vereinsziele sind: "1. einen Beitrag zum Aufbau einer nachhaltigen, Umwelt- und klimafreundlichen Energiebereitstellung auf der Basis der erneuerbaren Energien zu leisten – sowohl auf privater als auch kommunaler Ebene. 2. Mitwirkung beim Aufbau einer dezentralen und demokratischen Energieversorgung mit erneuerbaren Energien in Trägerschaft von Bürgern (Bürgerprojekte) und Kommunen"(Neuer Verein gegründet, in: www.wochenspiegelonline.de, 24.9.2012).

In einem ersten Schritt wirbt der Verein für erneuerbare Energie und entsprechende Förderprogramme, verbunden mit dem Ziel, eine daraus resultierende Wertschöpfung in den Kommunen der Region zu halten und nicht überregionalen Investoren zu überlassen. Vereinsvorsitzender Lichius meint: "Nach Meinung des Vereins befindet sich die Region aktuell bezüglich der Windkraftnutzung an einem Scheideweg. Es hat sich nämlich bundesweit herumgesprochen, dass man mit Windkraft – auch im Bliesgau – gutes Geld verdienen kann. Es geht daher nicht mehr um die Frage Windkraft ja oder nein.' Die Frage lautet vielmehr, wer das Sagen habe, wer über Standorte bestimme, wer investiere und mithin die Erträge bekomme" (Windenergie für die Biosphäre Bliesgau, in: www.saarbrücker-zeitung.de, 26.7.2012).

Der Verein diskutiert, auch in der Öffentlichkeit, bürgernahe Nutzungsmodelle für Windkraft. Er "favorisiert die ‚Bürger-Genossenschaft‘ als die Energie-Gesellschaftsform, bei der alle Beteiligten sich an den Beschlüssen der Gesellschaft beteiligen könnten. Sie ermöglicht eine demokratische Umsetzung der Erneuerbaren-Energien-Projekte" (Windkraftnutzung im Bliesgau, in: www.wochenspiegel.de, 22.6.2012). Dabei könnten die einzelnen Kommunen auf ihrem Gebiet Genossenschaften gründen, die sich dann regional in einer Dachgenossenschaft vernetzen. "Die Investitionen werden von allen Kommunen und Bürgern gemeinsam in die Dach-Gesellschaft eingebracht. Die errichtet und betreibt die Windkraft-Anlagen. Die Erträge werden dann an alle beteiligten Parteien verteilt. Der Ertrag bleibt damit ebenfalls in der Region" (Windkraftnutzung im Bliesgau...).

Der Verein ist dabei, diese Vision praktisch anzugehen und arbeitet an einer Genossenschaftssatzung für die Region Bliesgau. Dabei sollen Vereinsmitglieder, aber auch Außenstehende, von Einzelpersonen bis zu Gemeinden, der Genossenschaft beitreten können. Als erstes konkretes Projekt ist der Bau einer Windkraftanlage anvisiert.

2.8 DIE SAARBRÜCKER KOLLEKTIVE IM NAUWIESER VIERTEL

Der Buchladen in der Saarbrücker Försterstraße und der Fahrradladen in der Nauwieser 19 repräsentieren das Lebensgefühl, das Einkaufserlebnis, auch die Tradition der alternativen Selbstverwaltungsbewegung im Nauwieser Viertel. 2012 feiert der Fahrradladen sein 30-jähriges Bestehen und der Buchladen ist noch gute zehn Jahre älter.

2.8.1 DAS SAARBRÜCKER KOLLEKTIV „DER BUCHLADEN“

Für „Viertelvor–das Heft fürs Nauwieser Viertel“ ist der Buchladen im Heft 10, 07/2009 ein Schwerpunktthema: „Gegründet wurde der „politische buchladen“, wie er damals noch hieß, 1973, fünf Jahre nach '68. In einer Zeit, als es großen Bedarf an neuen politischen Büchern gab, Verlage aus dem Boden geschossen waren und in vielen Städten der Republik neue Buchläden und Vertriebsstrukturen entstanden. Linkes Bildungsgut sollte jedermann zugänglich gemacht werden. ...Vorläufer des Ladens war ab 1970 der Mensa-Büchertisch der sogenannten ad-hoc-Gruppe (Basisgruppe der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Uni Saarbrücken). ...Neben den Klassikern des Sozialismus bestand das Sortiment [anfangs]

vor allem aus den Gebieten kritische Ökonomie, Philosophie, Politik, Geschichte. Krimis und Belletristik fehlten völlig... 1977 wurde das „politische“ im Namen gestrichen und der Schritt vom Experiment zur „richtigen“ Buchhandlung vollzogen. ...Die vorher relativ lose Gruppe begann, den Laden als berufliche Perspektive zu sehen und das Sortiment wurde um Belletristik, Frauenliteratur und Kinderbücher erweitert“ (Viertelvor, S. 17, 18). Nach Umzügen befindet sich der Buchladen seit 1982 in der Försterstraße – bis heute, 38 Jahre nach seiner Gründung.



Entscheidend für die Beantwortung der Frage, ob Demokratie in einer Organisation herrscht, ist nicht die Rechtsform. Es sind die realen Entscheidungsstrukturen. Der Buchladen ist nicht als Genossenschaft, sondern als GmbH organisiert. Trotzdem trifft für die heute fünf Gesellschafter des Buchladens von Anfang an das Gleichheitsprinzip zu. „Anteilseigner wurden alle Beschäftigten zu gleichen Teilen, Entscheidungen nach dem Konsensprinzip getroffen, und es gab gleichen Lohn für alle. Da damals Geschäftsführer bestimmt werden mussten, wurden diese kurzerhand per Würfel ermittelt. Lustigerweise traf es die beiden Azubis Marika und Annette. Der Steuerberater war entsetzt... .

Ursprünglich wurden die einzelnen Aufgaben wie Buchführung, Einkauf usw. nach dem Rotationsprinzip verteilt – so wie es früher korrekt war. Mittlerweile hat jeder sein eigenes Ressort, und alle sind mit der festen Verteilung von Kompetenzen zufrieden. Bücher werden nach wie vor gemeinsam ausgesucht, wobei es auch keine Spezialisierung auf Sortimentsbereiche gibt. Ausnahme: Paul, der sich aus eigenem Interesse auf Kinder- und Jugendbücher spezialisiert hat.

Von dem Laden leben können sie alle nur in Kombination mit zweitem Standbein oder dazuverdienendem Lebenspartner. Vom Umsatz könnte der Laden drei Leute ernähren, da sie aber zu fünf sind, bleibt für jeden eine Arbeitszeit von ca. 30 Stunden die Woche“ (Viertelvor, S. 18).

Der gesellschaftspolitische Kontext und das Selbstverständnis des Buchladens stehen in einem Spannungsverhältnis. Einer der Gründer, Erlend Beth: „Der Buchladen war immer ein Bewegungsladen. Wir waren in der Anti-AKW, Friedens- und Frauenbewegung aktiv. Mittlerweile ist der Kontakt zur Szene abgerissen. Sogar von den Leuten von attac werden wir ja schon gesiezt. ...Ja, so war das damals. Beratung war nicht vorgesehen, Aufklärung im Laden ja, Beratung nein“ (Viertelvor, S. 20).

Die Mitglieder des Buchladens betonen, dass es heute weniger um Politik-, gar Revolutionstransport geht, sondern um Professionalität bei der Herausforderung, Demokratie und Wirtschaften zu verbinden. Man könnte sogar schlussfolgern, dass vor dem Hintergrund des zunehmenden Buchvertriebs über einschlägige Kaufhäuser, Ketten sowie das Internet es gerade die professionelle Beratungsfunktion gelernter Buchhändler ist, welche den Buchladen auszeichnet. Das muss nicht das Ende politischer Ansprüche bedeuten. „Zwar wurde die Revolution vertagt, aber man verkauft trotzdem nicht alles und trifft die Auswahl der Bücher im politisch-moralischen Sinn. Es finden sich im Buchladen keine Esoterik, keine sexistische Literatur, kein Dieter Bohlen, kein Stephen King, kein Henry Miller...“ (Viertelvor, S. 20).

Vielleicht lässt sich schlussfolgern: es ist nicht der Buchladen, der sich der Politik entledigt hat. Es sind die alternative Selbstverwaltungswirtschaft und -bewegung der 1970er und frühen 1980er Jahre, aus denen der Buchladen hervorging, die heute Geschichte sind. Doch der Buchladen ist immer noch da. Das zeugt

von Wandlungsfähigkeit, Voraussicht, speziell der Affinität einer Klientel, auch lokalen Klientel, welche Stil und Selbstverständnis des Buchladens schätzt. Der Buchladen ist eine Erfolgsstory aus einer bestimmten Phase und „Welle“ des genossenschaftlichen, demokratischen Wirtschaftens, welche heute durch eine neue Welle, z.B. im erneuerbaren Energie- und Wohnungsbereich, ergänzt und erweitert wird.

2.8.2 DER FAHRRADLADEN

Der Fahrradladen im Kultur- und Werkhof Nauwieser 19 ist ein weiterer selbstverwalteter Betrieb, der, aus der Alternativökonomie der frühen 1980er Jahre kommend, sich bis heute behauptet hat. Es gibt ein kollektives Management, bestehend aus vier Gesellschaftern, die alle gleichberechtigte Geschäftsführer sind, und einem Angestellten. Der Angestellte wollte aus privaten Gründen nicht als Gesellschafter einsteigen, ist aber in die Entscheidungsprozesse des Kollektivs eingebunden. Rechtsform ist die GmbH. Die ursprünglich eigentlich favorisierte genossenschaftliche Rechtsform wurde nach Gesprächen mit dem regionalen Genossenschaftsverband als unpassend verworfen (Achterberg, Siegfried / Peter, Stephan. „Erprobung, Präsentation und Dokumentation genossenschaftlicher Kleinbetriebe der Zukunftswerkstatt Saar e.V.“ 1985, S. 22/23). Das Unternehmenskonzept des Fahrradladens hat sich im Lauf der Zeit wenig verändert: der Verkauf qualitativ hochwertiger Räder und Zubehörteile bei einem guten Preis/Leistungsverhältnis. Soziale und ökologische Faktoren, nämlich wo die Räder und Teile herkommen und wie sie hergestellt werden, spielen ebenfalls eine Rolle. All das setzt eine intensive Beratung voraus, welche zum Ziel hat, den Kunden über Vor- und Nachteile eines Produkts aufzuklären. Das Kollektiv hat ein Stundenmodell entwickelt, welches festlegt, wie viele Stunden gearbeitet werden und wie sich das aufteilt. Nach wie vor gibt es vier Tätigkeitsfelder. Das sind Beratung und Verkauf, Service und Reparatur in der Werkstatt, Einkauf und Betriebswirtschaft. Hier gibt es keine strikte, aber eine lose Arbeitsteilung. Das hängt mit individuellen Vorlieben und Kompetenzen zusammen.



Die anfänglichen Selbstreparaturtage und Selbsthilfekurse sind zwar abgeschafft, aber über die Mitarbeit im selbstverwalteten Plenum des Kultur- und Werkhofs, auch der Organisation von Konzerten und Theater, bleibt der Fahrradladen mit dem Viertel und der Sympathisantenszene der Nauwieser 19 verbunden. Auch beim Fahrradladen ging es über die Jahre häufig Auf und Ab, aber das Produkt bleibt aktuell. Heute sind es die Kinder der Generation, die beim Aufbau des Fahrradladens mithalf, und auch junge Familien, die gerne im Laden vorbeikommen.

2.9 DAS MALSTATTER KOLLEKTIV „DRUCKEREI BLATTLAUS“

Die Druckerei Blattlaus entwickelte sich aus dem Arbeiterselbsthilfe-Projekt „Provinzdruck“ im ländlichen Bereich des Saarlandes. „Provinzdruck“ entstand im Kontext der Bewegung selbstverwalteter Betriebe und Projekte im Saarland der 1970er Jahre. Die „Blattlaus“ wurde 1984 in Malstatt gegründet. „Kurz nach Gründung zog die Druckerei aus Platzgründen dann um in die Försterstraße im Nauwieser Viertel. Durch den Ausbau des Unternehmens und den Papierhandel mit recyceltem Papier war es schnell sinnvoll die Bereiche Papierhandel (Gross- und Einzelhandel) sowie die Druckerei voneinander zu trennen. Der Papierladen Blattlaus GbR Schreibwaren war bis 2009 im Nauwieser Viertel und ist jetzt geschlossen. Völlig unabhängig davon ist als eigenständig agierendes Unternehmen die Blattlaus-Druckerei nach einem

Zwischenstopp in der Scheidterstraße seit 1.5.2011 wieder in der Ludwigstrasse“ („Die Blattlaus zurück in der Ludwigstrasse“ in <http://www.unser-malstatt-online.de> 19. 9. 2011).



Hinter dieser glatten Schreibe verbergen sich Herausforderungen und Brüche, typisch für so manche saarländischen Selbstverwaltungsbetriebe der Zeit. Probleme anfänglicher Unterkapitalisierung und fehlender fachlicher Qualifikation, oder die Suche nach der Marktlücke – vorübergehend waren Schreinerei- und Transportarbeiten Teil des Geschäftsbereichs. Es kam zu Umstrukturierungen und zur Neuorganisation des Unternehmens.

Wichtig war auch die Suche nach demokratischen Entscheidungsstrukturen und einer effektiven Arbeitsorganisation. Es bestand Einigkeit, dauerhaft keine Angestellten zu beschäftigen

und Beteiligung nur durch Mitarbeit, nicht etwa Geldbeteiligung, zu erreichen. Formaljuristisch existiert die Blattlaus als GmbH. Die Rechtsform der Genossenschaft wurde als zu komplex und aufwendig für einen Kleinbetrieb eingeschätzt, der heute aus drei Vollzeitkräften besteht. Doch es wird Wert auf demokratische Entscheidungsfindung gelegt, wie sie auch in der aktuellen Satzung des Betriebs fixiert ist: „Die „Blattlaus“ ist der Versuch... , zu den herkömmlichen traditionellen Betriebsstrukturen eine „Alternative“ zu schaffen. Eine gleichberechtigte, sozialverantwortliche und ökologische Orientierung soll als Leitfaden für das Erlangen eines vernünftigen und gerechtfertigten Einkommens dienen. Ein wichtiger Aspekt ist hierbei, dass es keinen Inhaber im herkömmlichen Sinne gibt, der Geld für sich entnimmt, sondern dass der Betrieb den Mitarbeitern der Blattlaus gehört. Sie verteilen gemeinsam und einstimmig den erzielten Gewinn“ (Blattlaus Kollektiv, Vertrag 2009, S. 1).

Vielleicht der Entwicklung im Saarbrücker Buchladen nicht ganz unähnlich, wurde im Lauf der Zeit erkannt, dass Qualifikation, Professionalität und Spezialisierung wirtschaftlich unabdingbar sind, ja sogar einen Marktvorteil darstellen können. Etwa wenn es um gute Beratung geht. Alle drei Mitarbeiter sind hoch qualifiziert, und das Kollektiv repräsentiert heute sowohl kaufmännische als auch fachliche Kompetenz als Drucker. „Machen Sie einfach mal einen Preisvergleich, je nach Auflage und Aufwand der Drucksache können wir die Online-Druckerei unterbieten. Dazu bieten wir noch eine individuelle Beratung, [so ein Kollektivmitglied]“ (Die Blattlaus zurück ...). Das Sortiment ist breit gefächert, reicht vom Layout über den Satz bis zum Druck (mit verschiedenster Technik) und schließt komplizierte Aufgaben, auch in kleiner Auflage, ein.



„Die Blattlaus-Druckerei hat auch ein weit gestreutes Kundenspektrum. So zählen neben Klein- und Mittelständigen Unternehmen auch Sozialverbände, Gemeinden, Vereine und natürlich Privatpersonen zu den zufriedenen Kunden“ (Die Blattlaus zurück...). In der Tat hat ein Kollektiv den Vorteil, dass alle akquirieren, nicht nur wie in einem herkömmlichen Betrieb der Chef. Und alle bedeutet, jedes Mitglied kann sein eigenes Netzwerk ansprechen. Die Blattlaus ist im Jahre 2011 stolze 27 Jahre alt. Ein Geheimnis dieses Erfolgs liegt in einem Sympathisantenumfeld, welches das Kollektiv über viele Jahre als Kunden bewusst unterstützt hat. Im Gegenzug hat die Druckerei dieses Umfeld über Blattlaus-Feste, einen Tag der offenen Tür oder einer Lesung gestützt. Damit sich diese über die Jahre entwickelte Symbiose mit

zunehmendem Alter der Kundschaft nicht in einen Nachteil verkehrt, kann die Öffnung des Kollektivs hin zu einem jüngeren Mitglied dazu beitragen, neue Gruppen für die Ideale und das wirtschaftliche Überleben der Blattlaus zu gewinnen.

2.10 SCHLECKER GENO

Der ehemalige Metzgermeister Anton Schlecker eröffnete 1975 seinen ersten Drogeriemarkt in Kirchheim/Teck. "1977 betrieb Schlecker bereits mehr als 100 Drogerien. Schlecker steigerte deren Anzahl bis 1984 auf 1000 Filialen und galt seit 1994 als Marktführer" (de.wikipedia.org/wiki/Schlecker).

Durch Expansion und Akquisition war Schlecker schließlich ein europaweit geführtes Unternehmen, welches 2008 mehr als 14.000 Filialen umfasste (Saarbrücker Zeitung. 2./3. Juni 2012, Seite A 9). Zu diesem Imperium gehörten neben "Drogerie-Filialen (auch unter der Marke Ihr Platz), Versandhandel per Online-shop und Katalog, Bau- und Möbelmärkte sowie Tankstellen" (wikipedia.de). "Schlecker beschäftigte mit Stand Januar 2012 nach eigenen Angaben europaweit rund 47.000 Mitarbeiter und sei somit das größte Drogeriemarktunternehmen Europas" (Ibid).

Gleichwohl stand das Geschäftsmodell von Schlecker schon seit Jahren in der Kritik. So wurden 1998 Anton und Christa Schlecker "zu einer Haftstrafe von je zehn Monaten auf Bewährung verurteilt. Sie betrogen laut Urteil ihre Angestellten, indem sie ihnen nur vorgaukelten, nach Tarif zu zahlen. ...2010 [steht] Schlecker in der Kritik: unter anderem wegen Austausch eigener Mitarbeiter durch schlecht bezahlte Leiharbeiter" (SZ, Seite A 9). Betriebsräte und Gewerkschafter stellen diese Art der Modernisierung an den Pranger und mobilisieren erfolgreich, wie verdi-Vorsitzender Frank Bsirske auf dem Bundeskongress 2011 zusammenfasst (Auszug aus dem Tagesprotokoll, ergänzender mündlicher Geschäftsbericht des Bundesvorstands, Verdi, 18.9.2011, Seite 2,3).

Schon vorher war Schlecker wegen seiner Arbeitsbedingungen von Gewerkschaften kritisiert worden. "So ist in den Läden bisweilen nur eine einzige Arbeitskraft anwesend. In der Regel arbeiten in einer Filiale eine Vollzeitkraft und zwei Halbtagskräfte, die je nach Bedarf eingesetzt werden" (wikipedia.de).

Ab 2008 beginnt das Unternehmen, Verluste zu schreiben. Ab Ende 2011 kommt es zu Ladenschließungen in Deutschland. Im Januar 2012 meldet Schlecker wegen Zahlungsunfähigkeit Insolvenz an. Es folgen Schließungswellen und Massenentlassungen im ersten Halbjahr 2012. Eine Bürgschaft für eine Schlecker-Transfergesellschaft scheitert nach Ansicht Vieler an der FDP. Sie stellt sich aus ordnungspolitischen Gründen dagegen. Marktradikalismus auf dem Rücken der Schlecker-Frauen und ihrer Familien. Dem Insolvenzverwalter gelingt es nicht, Schlecker zu retten. Im Juni 2012 besiegeln die Gläubiger das Ende der Kette.

Wirtschaftsprofessor Heinz-J. Bontrup von der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen reflektiert: "Der Fall Schlecker zeigt einmal mehr das ‚Wolfsgesetz‘ der kapitalistischen Konkurrenz. ..Auf dem hart umkämpften Drogeriemarkt reichte am Ende auch das pervertierte ‚Geschäftsmodell‘ der doppelten Ausbeutung von Beschäftigten und Lieferanten nicht mehr. ...Das Eigenkapital des Unternehmens war durch aufgelaufene Verluste aufgebraucht. Zuvor hatte die Familie Schlecker allerdings per jahrelanger Gewinnausschüttung ein beachtliches Vermögen privat akkumuliert. Das Geld will man jetzt zur Krisenbehebung nicht wieder ins Unternehmen reinvestieren" (Heinz-J. Bontrup. Neustart in Mitarbeiterhand, in: www.taz.de/Debatte-Schlecker, 20.03.2012, Seite 1).

Eine Anfrage der Linken beim Bundesministerium der Justiz ergibt, dass es Anton Schlecker aufgrund der bestehenden Rechtslage erlaubt sei, als "eingetragener Kaufmann" vom Stellen eines Insolvenzantrags

für sein Großunternehmen abzusehen. Insolvenzverschleppung fiele daher als Vorwurf aus.

Das Schlecker-Geschäftsmodell mit seiner Ausbeutung, inadäquaten Mitbestimmung und Intransparenz wird von Oskar Lafontaine auf den Punkt gebracht. "Das Gesellschaftsrecht müsse so reformiert werden, dass kein großes Unternehmen mehr geführt werden könne wie eine Pommeshütte" (Reaktionen auf Schlecker-Insolvenz. NDR Info Nachrichten, www.ndr.de, 1.6.2012, 21:00 Uhr).

Bereits im März 2012 bringt Verdi Saar als Alternative ein Genossenschaftsmodell ins Spiel. "Sollte sich kein Investor für die insolvente Drogeriemarkt-Kette Schlecker finden, könnten auch die Mitarbeiter das Unternehmen in der Rechtsform einer Genossenschaft übernehmen". Das schlagen der Bezirksleiter Saar der Gewerkschaft Verdi, Alfred Staudt, und der für Schlecker zuständige Gewerkschaftssekretär Handel, Alex Sauer, vor. Ein genossenschaftlicher Kapitalstock könne mit dem Sanierungsbeitrag der Mitarbeiter gebildet werden... " (Schlecker:Verdi Saar schlägt Genossenschaftsmodell vor, in: Saarbrücker Zeitung, 3.3.2012).

Während der Verdi Vorschlag hinsichtlich seiner praktischen Umsetzung zu diesem Zeitpunkt noch vage erscheint, macht Professor Bontrup konkretere Vorschläge: "Für ein Unternehmen in der Hand der Belegschaft sind dann verschiedene Formen vorstellbar. Ein ‚Mitarbeiter-Schlecker‘ könnte als Aktiengesellschaft, GmbH oder Genossenschaft organisiert werden. Die Belegschaft hätte die Möglichkeit, in einem Gesellschaftsvertrag über die derzeit geltenden gesetzlichen Regelungen der Mitbestimmung hinaus jede nur denkbare Form der demokratischen Kontrolle und Entscheidungsfindung festzuschreiben" (Heinz-J. Bontrup, Seite. 2). Bontrup betont die Vorteile der Genossenschaft: uneingeschränkte Mitbestimmung über Geschäftspolitik und Arbeitsbedingungen, oder die Expertise derjenigen, die im Unternehmen arbeiten. Nicht zu vergessen, weniger Konzentration im Drogeriemarkt-Sektor und bessere Preise für den Konsument. Bontrup geht noch davon aus, das Gesamtunternehmen, ohne Mitarbeiterentlassungen, in Belegschaftseigentum umzuwandeln (Bontrup, Seite 2, 3).

Obwohl die Realität an der Praktikabilität von Bontrup's Vorschlägen vom Frühjahr 2012 vorbei gegangen ist, lohnt eine genauere Prüfung. Das vermutlich durchdachteste Konzept für Belegschaftseigentum im großen Stil ist das amerikanische, sogenannte ‚Union Co-op Model‘. Es kombiniert Genossenschaft, Gewerkschaft und Tarifverhandlungen. Es ist auch eine Antwort auf Bedenken, welche Gewerkschaften gegenüber der genossenschaftlichen Organisationsform von Unternehmen geäußert haben.

Das ‚Union Co-op Model‘ ist ein Masterplan, ein offenes Konzept für nachhaltige ‚gute Arbeit‘ und soziale Verantwortung gegenüber dem Gemeinwesen. Es ging aus dem Kooperationsvertrag von 2009 zwischen dem europäischen Genossenschaftsnetzwerk Mondragon und der amerikanischen Stahlarbeitergewerkschaft USW hervor. Verantwortlich für das knapp 20-seitige Konzept zeichnen die USW, Mondragon International USA und das ‚Ohio Employee Ownership Center (ÖOC)‘, ein Zentrum für Belegschaftseigentum an der Kent State Universität in Ohio. Das Konzept wurde im Frühjahr 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt. Es wird zurzeit in Initiativen in Pittsburgh und Cincinnati umgesetzt – zur Illustration siehe die Webseite cincinnatiunioncoop.org.

Das Konzept betont zu Beginn die historischen Gemeinsamkeiten, gerade die gemeinsamen Prinzipien, zwischen Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung. In der Tat ist nachweisbar, dass in den westlichen Industrieländern Genossenschaften mal von Gewerkschaften gegründet wurden, mal war es umgekehrt. Eine Entfremdung und zum Teil schwierige Beziehungen zwischen beiden Strömungen der Arbeiterbewegung sind überwiegend eine moderne Erfahrung, nach dem zweiten Weltkrieg. Die Autoren des Konzepts glauben, dass die heutigen Herausforderungen eine historische Chance darstellen, wieder

aufeinander zuzugehen.

In grossen Genossenschaften sind wichtige Gremien oft die Mitglieder- oder Generalversammlung, der Aufsichtsrat und der (geschäftsführende) Vorstand. Diese Struktur betont die Genossen in ihrer Rolle als Eigentümer. Genossen sind aber auch Arbeitnehmer. Deshalb hatte Mondragon sogenannte ‚social councils‘ eingeführt, welche den einzelnen Arbeitnehmern mehr direkte Beteiligung bei Fragen wie Löhnen, Zusatzleistungen und Arbeitsbedingungen erlaubt. Das ‚Union Co-op Model‘ wertet das ‚social council‘ auf, indem es durch ein Gewerkschaftskomitee ersetzt wird. Das Management hat die Verpflichtung, mit dem Gewerkschaftskomitee in Tarifverhandlungen einzutreten. Das Gewerkschaftskomitee vertritt idealerweise alle Beschäftigten, die keine Führungspositionen inne haben (USW, Mondragon, ÖOC. Sustainable Jobs, Sustainable Communities: The Union Co-op Model. March 26, 2012, Seite 6).

Eine gewerkschaftlich organisierte Genossenschaft mit Tarifvertrag kann sich beide Vorteile zu eigen machen: die spezifischen Stärken eines von der Belegschaft geführten Unternehmens. Und die Gewissheit, dass Anliegen der Beschäftigten in einer fairen, berechenbaren und transparenten Weise thematisiert werden und eine Kultur des Respekts und Vertrauens entstehen kann. Da nach dem ‚Union Co-op Model‘ drei Gruppen gewählt werden, nämlich Aufsichtsrat, geschäftsführender Vorstand und Gewerkschaftskomitee, ist es keinem Genossen erlaubt, in mehr als einem der drei Gremien gleichzeitig tätig zu sein. Allerdings steht es Jedem frei, verschiedene Rollen nacheinander einzunehmen (Ibid, Seite. 7).

Das Beispiel Mondragon zeigt, dass Unterstützungsstrukturen wichtig für den Erfolg sind. Der Ansatz des ‚Union Co-op Model‘ leistet das: es kann Unterstützung sowohl von Gewerkschaftsseite als auch Genossenschaftsverbänden erhalten. Nicht nur was Wissen und Erfahrungen betrifft, sondern ganz konkret die verschiedenen Leistungen, welche gerade Gewerkschaften für ihre Mitglieder erkämpfen und anbieten. Dabei ist klar, dass das amerikanische System der Tarifverhandlungen in das deutsche System mit seiner Trennung von Betriebsrat und Gewerkschaft übersetzt werden müsste. Aber das wäre auch im Sinne des ‚Union Co-op Model‘: es versteht sich als ein lebendiges und offenes („public domain“) Dokument, welches jeder Organisation zur freien Benutzung zur Verfügung steht (siehe www.union.coop).

Im Spätsommer nimmt bei Schlecker-Frauen ein insgesamt bescheideneres Konzept Gestalt an. Fast 1000 Filialen der pleitegegangenen Kette hatten auch zum Schluss einen Umsatz, der eine Weiterführung prinzipiell möglich macht. Daher die Idee: „ehemalige Schlecker-Mitarbeiterinnen führen alte Filialen als klassische Dorfläden weiter – und die Kunden beteiligen sich daran finanziell.

Baden-Württemberg macht den Anfang. ...Verdi zufolge soll für jeden Laden eine eigene Unternehmensgesellschaft, auch Mini-GmbH genannt, gegründet werden. Für diese kleinere Variante der GmbH reicht bereits ein Euro Startkapital. Eine übergeordnete [genossenschaftlich organisierte] Holding soll dann zum Beispiel die Buchhaltung und den Einkauf übernehmen. Der Kapitalbedarf für eine durchschnittliche Filiale liegt laut dem auf Dorfläden spezialisierten Unternehmensberater Wolfgang Gröll zwischen 40.000 und 60.000 Euro. ...Nach Angaben der Gewerkschaft interessieren sich bisher etwa 40 frühere Schlecker-Mitarbeiterinnen für den Plan. ...Bis Ende Oktober sollen mindestens drei Läden das Modell erproben. Das Modell ist zunächst auf Baden-Württemberg begrenzt“ (Tante Emma statt Anton Schlecker, in: www.sueddeutsche.de/wirtschaft, 22.8.2012, Seite 1, 2). Auch Betriebsratschefs großer Unternehmen wie Porsche und Bosch haben Unterstützung für die Schlecker-Genossenschaftsidee signalisiert.

Neben einer beruflichen Zukunft für Schlecker-Frauen geht es um die Nahversorgung und den Erhalt der Infrastruktur in dörflichen Regionen. Vielerorts ist mit dem Wegfall von Schlecker auch die Versorgung in der Gemeinde gefährdet. Das erklärt vielleicht auch, warum örtliche Bürgermeister Unterstützung sig-

nalisieren.

“Startkapital kommt unter anderem von Verdi, der katholischen und evangelischen Betriebsseelsorge sowie der Linkspartei. Das Modell solle auch im Saarland Schule machen, fordern Yvonne Plötz, saarländische Bundestagsabgeordnete der Linken, und Heinz Bierbaum von der Landtagsfraktion der Linken in einer gemeinsamen Erklärung. Sie rufen die Landesregierung dazu auf, bei der Anschubfinanzierung zu helfen“ (Frühere Schlecker-Filialen sollen Dorfläden werden, in: Saarbrücker Zeitung, 23.8.2012). In einer Erklärung schreiben Plötz und Bierbaum: “Die Vermittlung der gekündigten Schlecker-Beschäftigten stockt. Auch im Saarland. Im Saarland verlieren etwa 240 Beschäftigte durch die Schlecker-Pleite ihren Job. Die Eingliederungsquote liegt bei knapp über 20 Prozent“ (Die Linke. Landesverband Saarland: Schlecker Pleite: Yvonne Plötz und Heinz Bierbaum für Dorflädenprogramm, www.linke-saar.de, 22.8.2012).

Trotz erster Bemühungen bei dem Versuch, den saarländischen Schlecker-Beschäftigten bei der Selbstorganisation zu helfen, mehr wäre möglich gewesen. Es ist schwer verständlich, warum Verdi Saar über die Sommermonate keine konkreten Konzepte erarbeitet hat. Denn außer Frage steht, Wirtschaftsdemokratie vor Ort in Form von Genossenschaften ist populär. “Die Genossenschaftsidee boomt in Deutschland. Knapp 21 Millionen Deutsche gehören inzwischen einer solchen Kooperative an, wie die Wirtschaftswoche in ihrer jüngsten Ausgabe berichtet. Nach Angaben der Deutschen Zentral-Genossenschaftsbank (DZ-Bank) habe sich die Zahl der Unternehmensgründungen, bei denen die Kunden zugleich mitbestimmende Eigentümer sind, seit 2006 nahezu vervierfacht... “ (Genossenschaften boomen, www.taz.de, 27.8.2012).

2.11 WINDPARK SAAR AUF DER FREISENER HÖHE

Die Anfänge des Windparks Saar gehen zurück auf eine Initiative saarländischer Bürger unter tatkräftiger Mitwirkung insbesondere des Diplom-Ingenieurs Thomas Nögler. 1991 wurde eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) gegründet, und 222 Anteilseigner errichteten einige Zeit später eine erste Windmühle mit 225 kW Leistung. Daraus entstand bis heute ein größerer Windpark auf der Freisener Höhe. Aus der GbR wurde 1994 eine GmbH. „Die erste Windkraftanlage nahm im April 1994 ihren Betrieb auf, danach folgten ab 1995 bis 2005 weitere Anlagen... .Heute betreiben wir insgesamt 15 Windkraftanlagen, davon drei auf der direkt benachbarten Gemarkung Berschweiler in Rheinland-Pfalz. Unser Windpark ist damit der älteste und nach wie vor einer der größten im Saarland“ (Windpark Saar GmbH&Co. Repower KG „Das Repowering-Projekt“ 2011, S. 3).

Infolge der technischen Weiterentwicklung von Windkraftanlagen, des Alters einiger der installierten Anlagen und der von der Politik postulierten Energiewende nach der Atomkatastrophe in Fukushima steht im Jahre 2011 bei den Betreibern des Windparks Freisen das „Repowering“ des Parks auf der Tagesordnung. Bereits in der Vergangenheit wurden die Anlagen bei Freisen immer leistungsfähiger. „So steigt der Ertrag pro Anlage im Windpark Saar von 1994 bis 2012 z.B. um das Fünfundzwanzigfache“ (Windpark Saar, S. 3).

Das „Repowering“-Konzept „beinhaltet die Demontage 12 alter Windkraftanlagen auf der Freisener Höhe mit einer installierten elektrischen Nennleistung von 7.400kW (7,4MW). Diese Anlagen erzeugten bisher durchschnittlich 12,7 Mio. kWh Strom pro Jahr. Die drei neuesten Anlagen... mit insgesamt 5 MW Nennleistung und durchschnittlich rd. 10,5 Mio. kWh Stromerzeugung pro Jahr, werden weiter betrieben. Die 12 alten WKA sollen durch sechs neue Anlagen ersetzt werden, die über eine elektrische Nennleistung von insgesamt 14,6 MW verfügen und lt. Wind- und Ertragsgutachten fast 37 Mio. kWh Strom pro Jahr erzeugen sollen. Der bisherige Gesamtanlagenbestand wird durch das Repowering von derzeit 15 auf 9

verringert, die Gesamtleistung erhöht sich dagegen von 12,4 auf 19,6 MW“ (Windpark Saar, S. 3,4).

Die Verringerung der Zahl der Windanlagen steht in einem umgekehrten Verhältnis zur Stromerzeugung nach der Umstellung. „Die Gesamtstromerzeugung auf der Freisener Höhe verdoppelt sich von bisher (im Mittel) 23 Mio. kWh auf prognostizierte 47 Mio. kWh pro Jahr. Der Ertrag aller zum Windpark Saar gehörenden Anlagen erhöht sich um weitere 8,6 Mio. kWh/a aus drei weiteren Bestandsanlagen in Freisen-Eitzweiler und Losheim am See. Insgesamt kommen wir somit im langjährigen Schnitt auf rd. 56 Mio. kWh Ertrag. Dies entspricht dem Stromverbrauch von rd. 18.500 Haushalten, entsprechend über 5 % der saarländischen Haushalte“ (Windpark Saar, S. 4).

Betreiber des „Repowering“-Konzepts wird eine neue Gesellschaft sein, die Windpark Saar GmbH & Co. Repower KG. Das Ziel ist, die bestehende Gesellschaftsstruktur zu vereinfachen. 1994 war eine GmbH mit 430 Anteilseignern gegründet worden. Die Mindestbeteiligung für den einzelnen Bürger war angesichts des ambitionierten Projekts, Windkraftanlagen zu errichten, ausgesprochen gering. Ein Schub kam durch die Stadtwerke Saarbrücken, die mit einer moderaten Minderheitsbeteiligung das Projekt unterstützten. Um weitere Anlagen realisieren zu können, wurde 1996 eine zweite Betreibergesellschaft gegründet. Diese Gesellschaft besteht aus etwa 290 Anteilseignern (Windpark Saar, S. 8). Im Jahr 2005 war der Windpark Freisen soweit fertiggestellt, und es war klar, dass sich früher oder später die Frage des „wie weiter“ stellen würde. Die Antwort ist das „Repowering“-Konzept und die neue Gesellschaft.

In der neuen Gesellschaft gehen die beiden alten Betreibergesellschaften auf. Neue Anteile werden im Prinzip nur von den alten Anteilseignern gezeichnet. „Das Investitionsvolumen der sechs neuen Windkraftanlagen einschließlich Fundamenten, Zuwegungen, internen Netzanschlussarbeiten, Gutachten und Genehmigungen und Ausgleichsmaßnahmen wird ca. 24 Mio. EURO betragen“ (Windpark Saar, S. 7). Die alten Anteilseigner haben die Wahl, ihre Anteile zu erhöhen, einfach Mitglied in der neuen Gesellschaft zu werden oder ganz auszusteigen.

Das Betreiberkonzept des Windparks Saar geht über reine Vermögensbildung hinaus, da Bürger echte Beteiligungschancen in der Gesellschaft haben. Die Betreibergesellschaft hat einen stark lokalen Charakter. Die große Mehrheit der Anteilseigner, 2012 waren es bereits über 700, kommt aus der Region. Zu Anfang waren die idealistischen Freiwilligen noch von Ort zu Ort im Nordsaarland gezogen, um für die Idee des Windparks zu werben. Institutionelle Großinvestoren gibt es mit Ausnahme der Saarbrücker Stadtwerke nicht. Trotzdem ist das Beteiligungsmodell nicht so demokratisch wie bei einer Genossenschaft mit ihrem „Jeder hat den gleichen Anteil und eine Stimme“-Prinzip. Beim Windpark Saar richtet sich das Stimmrecht nach der Beteiligungshöhe, die unterschiedlich sein kann. Die Idee des Windparks entstand aus einer saarländischen Bürgerinitiative. Es mag sein, dass den Freiwilligen der ersten Stunde die Rechtsform der Genossenschaft, in den frühen 1990ern begründeterweise, als ungeeignet erschien und gar nicht ernsthaft ins Blickfeld geriet. Doch sind neben den Zielen, wirtschaftlich zu sein und die Energiewende zu befördern, basisdemokratische Ideale nicht in Vergessenheit geraten. Ökostrom Saar, vor einiger Zeit als Dienstleister für den Windpark Saar gegründet, betreibt in der Merziger Innenstadt eine Geschäftsstelle. Dort wird überlegt, wie man zusammen mit saarländischen Aktivisten erneuerbare Energie über Wind hinaus, auch in der Form der Bürgergenossenschaft, stärker voranbringen kann.

2.12 DIE „BÜRGERKRAFTWERKE“ DER DILLINGER STADTWERKE

Die bundes- und landespolitische Zielsetzung bei der Energiegewinnung geht in Richtung verstärkten Ausbaus erneuerbarer Energien. Es liegt in der Natur der Sache, dass erneuerbare Energieträger, im Gegensatz zu den fossilen wie Öl, Kohle oder Atom, dezentral und damit bürgernah und basisdemokra-

tisch organisiert werden können. Plastisch gesprochen, ein kleines Atomkraftwerk im Garten ist nicht möglich – ein Solarpanel sehr wohl. Die Einführung der erneuerbaren Energie-Technik ermöglicht also korrespondierende soziale Organisationsstrukturen, die Einübung von lebendiger politischer Kultur und von Demokratie als Lebensstil. Das passiert nicht automatisch. Eine Voraussetzung sind lokale Entscheidungsträger, also insbesondere die Kommunen, die als Vorreiter Leuchtturmprojekte anstoßen. Die lokalen Stadtwerke haben hier eine Chance, sich als wirtschaftsdemokratische und nachhaltige Alternative zu den anonymen Großkonzernen der Energiewirtschaft zu etablieren. Stadtwerke sind dezentral verankert, genießen einen guten Ruf in der Bevölkerung, haben moderate Renditeansprüche und sind geeignete Kooperationspartner für dezentrale Investoren (Leprich, Uwe: „Stadtwerke - Rückgrat und Motor der Energiewende?“, Solarzeitalter 3/2012) Erst seit kürzester Zeit sind Stadtwerke nach Jahren der Passivität zu Kraftquellen der Energiewende mutiert.

„Die Stadtwerke Dillingen GmbH und die Stadt Dillingen haben gemeinsam ein Modell „Bürgerkraftwerk“ entwickelt, an dem sich Bürger durch den Kauf von Solarbausteinen für Photovoltaikanlagen beteiligen können. ... Bürgermeister Franz-Josef Berg: „Ich begrüße ausdrücklich den Gedanken, auch auf lokaler Ebene auf Erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit zu setzen. Daher stellen wir auch gerne die Dächer städtischer Gebäude für den Bau von Photovoltaikanlagen zur Verfügung“. ... Hierzu haben Stadtwerke und Stadt Dillingen Dachflächen städtischer Gebäude ermittelt, auf denen der Bau einer Photovoltaikanlage wirtschaftlich erscheint. Nach der Dachfläche der Dillinger Feuerwehr, die Mitte des Jahres 2010 angeboten wurde, haben die Stadtwerke auf weiteren städtischen Gebäuden Anlagen errichtet, für die jetzt Solarbausteine verkauft werden. So wurden auf den Dächern des Parkstadions, der Flugzeughalle Diefflen und der Turnhalle der Odilienschule Solaranlagen errichtet. Die maximale Erzeugungsleistung aller Anlagen beträgt 150 kWp. Die Gesamtinvestition betrug rd. 400.000 EURO“ („Auf, auf zur Sonnenbank. Sonnenstrom aus Dillingen für Dillingen“, in Magazin „Schlauer Stromer“, Stadtwerke Dillingen, 13. Jahrgang, Herbst 2011, S. 2).

In Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Dillingen hat auch die Nachbargemeinde Beckingen ein Bürgerkraftwerk in Betrieb genommen. Eine Fotovoltaikanlage auf dem Dach der Deutschherrenhalle wurde installiert. Der technische Geschäftsführer der Stadtwerke Dillingen Arno Minn sagte: „Mehrheitseigner der Stadtwerke sei die Stadt Dillingen, so dass man eine Insolvenz praktisch ausschließen könne. Mit diesem Projekt lasse sich eine hohe Rendite erzielen bei hoher Transparenz“ („Beckinger Bürgerkraftwerk erfolgreich gestartet“, in <http://www.saarinfos.de/2011/08>).

Auch 2012 setzte sich der 2009/2010 von den Dillinger Stadtwerken begonnene Bau lokaler Photovoltaikanlagen weiter fort. In Düppenweiler entstanden zwei PV-Anlagen, auf dem Dach der Grundschule St. Valentin, eine weitere auf der Kulturhalle. „Die Anlagen haben eine Leistung von 61kWp und produzieren durchschnittlich 60.000kWh Strom pro Jahr - genug für 20 Haushalte“ (Bürger können erneut Solarbausteine erwerben, in Amtsblatt Beckingen, 8. März 2012). Nach der erfolgreichen Vermarktung der Beckinger Deutschherrenhalle können Bürger der Gemeinde Beckingen damit weitere Solarbausteine auf den beiden Anlagen in Düppenweiler erwerben. Auch sind die Stadtwerke Dillingen am Bau einer großen PV-Anlage am Rand der Pachtener Heide beteiligt, die aber nicht an das Bürgerkraftwerke-Konzept angeschlossen ist. „Die moderne Anlage liefert für etwa 720 Haushalte in Dillingen und Diefflen Strom. Auf 5,7 ha Fläche wurde die Anlage mit insgesamt 9.020 Modulen gebaut, die einen Energieertrag von zwei Millionen kWh pro Jahr erzielt“ (Umweltfreundliche Stromgewinnung, in www.wochenspiegelonline.de vom 18. Oktober 2012).

Bei dem Dillinger Modell Bürgerkraftwerk kann der Bürger Solarbausteine zu einem Stückpreis von 500 EURO erwerben, pro Person maximal fünf Bausteine. „Der Bürger erhält hierfür eine Verzinsung von 4%,

die jährlich zurückgezahlt wird, bzw. eine Verzinsung in Höhe von 3,5%, die nach spätestens 15 Jahren mit Zins und Zinseszins zurückgezahlt wird. Stadtwerke Kunden erhalten je nach Modell eine um 0,5% bzw. 0,25% höhere Verzinsung. Erzeugt die Anlage Strom über die geplante Menge... hinaus wird der Mehrertrag zusätzlich ausgeschüttet. Die erzeugten Strommengen werden fortlaufend erfasst und können jederzeit auf der Internetseite der Stadtwerke Dillingen eingesehen werden“ (Auf, auf zur Sonnenbank... , S.2).

Bei dem Modell Dillinger Bürgerkraftwerk gibt es unter wirtschaftsdemokratischen Gesichtspunkten auch Schwachstellen. Zum einen verbindet sich mit dem Kauf der Solarbausteine keine Beteiligung und Mitbestimmung am Unternehmen. Nun kann man zugutehalten, dass sich die Stadtwerke mehrheitlich in öffentlichem und lokalem Besitz befinden. Aber eben auch nur mehrheitlich; für eine Rekommunalisierung der Dillinger Stadtwerke gibt es keine Anzeichen. Dazu passt, dass der Bürger nach Ablauf seines Vertrags am Bürgerkraftwerk nicht mehr beteiligt ist. Zum anderen beträgt der Preis für einen Solarbaustein 500 EURO. Das ist für einkommensschwache Haushalte eine hohe Hürde. Ein geringerer Einstiegsbetrag oder eine Staffelung nach sozialen Kriterien sind nicht vorgesehen. Der Umstand, dass der Solarbausteinbesitzer bei einer Laufzeit von 15 Jahren nach fünf Jahren kündigen kann, in Ausnahmefällen auch eine noch frühere Auszahlung möglich ist, hilft hier nicht weiter. Das Problem ist die fehlende Verzahnung von Sozial- und Energiepolitik. Erst mit der Behebung dieser Defizite würde das Dillinger Modell zu einem echten „Bürger-Kraftwerk“, das diesen Namen verdient.

2.13 GRUPPE GEMEINWOHL-ÖKONOMIE SAAR

Ein bemerkenswerter Ansatz solidarischer Ökonomie, der sich im Saarland erst im Aufbau befindet, ist die Gruppe Gemeinwohl-Ökonomie Saar. Sie kam in Fahrt, nachdem der „Spiritus Rector“ der Grundidee, Christian Felber, Wirtschaftspublizist und Mitbegründer von attac-Österreich das Saarland im Rahmen einer Vortragsreise besucht hatte. In seinen Büchern entwickelt Felber eine vollständige Systemalternative zu Kapitalismus und Kommunismus, die er Gemeinwohl-Ökonomie nennt. Felber „will die Anreizstruktur für die Wirtschaft „umpolen“. Belohnt werden sollen nicht mehr Renditeausschüttung und Wettbewerbsgeist, sondern Kooperation und die Förderung des Gemeinwohls. Dazu hat er eine 18 Kriterien umfassende Matrix erstellt, mit deren Hilfe die „Gemeinwohlbilanz“ von Unternehmen ermittelt wird. Kennzahlen wie Eigenkapitalrendite, Dividende und Zinsertrag fehlen darin. Punkte gibt es statt dessen, wenn die Mitarbeiter sich wohl fühlen im Betrieb und wenn die Spreizung zwischen höchstem und tiefstem Einkommen das 20fache nicht übersteigt. Ökologisches Verhalten wird honoriert. Es gibt K.O.-Kriterien: Wer Tretminen herstellt oder feindliche Übernahmen tätigt, fällt raus“ („Die Achse des Guten“, Der Spiegel 42/2011, S. 65).

Was bei Felbers zahlreichen Veröffentlichungen auffällt, ist der unaufgeregte Ton, die Betonung einer Diskursorientierten, inklusiven politischen Kultur, von Werten, die seinen Ansatz auch bei christlichen, ökologischen und liberalen Gruppen sympathisch erscheinen lassen – trotz der potenziell enormen politischen Sprengkraft seiner Thesen.

„Angetrieben wird die kapitalistische Marktwirtschaft von einer Kombination aus Gewinnstreben und Konkurrenz. Diese fördert tendenziell destruktive Verhaltensweisen: Egoismus, Gier, Geiz, Rücksichts- und Verantwortungslosigkeit. Die Marktgesetze belohnen heute die falschen Werte. Deshalb brauchen wir eine Alternative, die Gemeinwohl-Ökonomie, eine Wirtschaftsweise, die jene Verhaltensweisen und Werte fördert, die unsere menschlichen und ökologischen Beziehungen gelingen lassen: Vertrauen, Wertschätzung, Kooperation, Solidarität und Teilen“ (Christian Felber „Die Gemeinwohl-Ökonomie“, in

Ziel ist es, die Gemeinwohlbilanz als neue Hauptbilanz aller Unternehmen zu etablieren. Die traditionelle Finanzbilanz wird Nebenbilanz, da Geld und Preise weiter bestehen. Für bessere Bilanzergebnisse erhalten die Unternehmen staatliche Förderung und rechtliche Vorteile. Damit würden auch die Rahmenbedingungen für Finanzmärkte geändert. „Geld und Gewinn sind nicht mehr das Ziel des Wirtschaftens: Das gilt für alle Unternehmen, auch und gerade für Banken, denn mit der Gemeinwohl-Ökonomie wird auch das Ende „leistungsloser Kapitaleinkommen“ eingeläutet. Überschüsse (Gewinn) werden nach wie vor erzielt. Sie dürfen aber nur für eine höhere Entlohnung der Mitarbeiter, für die Rückzahlung von Krediten, für Rückstellungen, um Risiken abzusichern, und für zinsfreie Darlehen an Mitunternehmen eingesetzt werden. Nicht mehr erlaubt sind hingegen Ausschüttungen an Eigentümer, die nicht im Unternehmen mitarbeiten, „Investitionen“ auf den Finanzmärkten, feindliche Übernahmen oder Parteispenden. ...Speziell das Verbot, Gewinne an nicht arbeitende Eigentümer auszuschütten, würde dem Kapitalismus das Genick brechen“ (Die Gemeinwohl-Ökonomie..., S.6).

Felbers Ansatz scheint den Nerv der Zeit zu treffen. Er beruft sich auf eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „Emnid“ von letztem Jahr, wonach 88 Prozent der Bundesbürger eine neue Wirtschaftsordnung wünschen. Viele Unternehmen haben Unterstützung für die Gemeinwohlbilanz signalisiert und Gemeinwohlaktivisten aus Städten in der Schweiz, Österreich und Deutschland versuchen, die Idee zu einer Bewegung zu machen.

Die saarländische Gruppe ist über Koordinatoren mit anderen Gruppen in Deutschland und den Aktivisten um Felber in Wien in Kontakt. Nach der Gründung 2011 traf man sich regelmäßig im Saarbrücker DGB-Haus. Nach personellen Veränderungen entstand 2012 eine Arbeitsgruppe (AG), die sich an das globalisierungskritische Attac-Netzwerk Saar andockte. Die AG Gemeinwohl-Ökonomie bei Attac-Saar „zielt ab auf eine Weiterentwicklung der theoretischen Konzeption und die Umsetzung von konkreten Strategien, mit denen interessierte (saarländische) Unternehmen lernen, gemeinwohlökonomisch zu wirtschaften“ (Flyer, AG Gemeinwohl-Ökonomie, November 2012). Die AG bemüht sich um Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit; Treffen fanden in den Räumlichkeiten der Peter Imandt Gesellschaft in Saarbrücken statt.

Gelegentlich mag sich auch die Landespolitik dem Geiste der Gemeinwohl-Ökonomie annähern. Ein saarländisches Tariftreuegesetz, bei dem, wie von Gewerkschaften und Der Linken gefordert, im Bereich des ÖPNV ein repräsentativer Tarifvertrag Anwendung fände, dazu bei öffentlichen Aufträgen ein relativ niedriger Schwellenwert von 10.000 Euro bestünde, und ein allgemeiner Mindestlohn von 10 Euro durchgesetzt würde, zielte in Richtung nachhaltige und solidarische Wirtschaftsweise, wie sie der Gemeinwohl-Ökonomie zu Grunde liegt.

2.14 GÄRTNERN UND DIE WELT VERÄNDERN, EINE ANDERE WELT IST PFLANZBAR

Demokratisches und nachhaltiges Wirtschaften muss weit gefasst sein. Nur damit wird es für eine Vielzahl von Menschen erlebbar. Für den Dillinger Stahlarbeiter genau so wie für den Namborner Bauern. Wirtschaftsdemokratie ist industrielle Demokratie, aber gibt es auch im Wohnungsbau, dem Banken- und Gesundheitswesen, im Energiesektor, der Landwirtschaft, und anderswo. Ein junges Beispiel ist das Gemeinschafts-Gärtnern im urbanen Raum.

Strategisch ist ein solches lokales Mitmachprojekt eher durchsetzbar als eine Demokratisierung der Großindustrie. Grenzüberschreitend in der Rechtsform der Europäischen Genossenschaft organisiert könnte ein solcher Garten sogar eine Alternative der Linken zur sozialdemokratischen Saar-Lor-Lux Internationale

der Apparate werden. Ziel wäre, den Menschen konkret zu helfen, Ziel wäre, das Europa von unten erlebbar zu machen, statt Papiere für Insider und ohne praktische Konsequenz zu produzieren.

“Mit dem 18.08.2006 ist in der Europäischen Union die Rechtsform der Europäischen Genossenschaft möglich. Wesentliche Ausprägungen der SCE [Societas Cooperativa Europaea] sind: SCE können von mindestens fünf natürlichen oder mindestens zwei juristischen Personen aus mindestens zwei verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten errichtet werden. Zweck der SCE ist die Förderung der wirtschaftlichen und / oder der sozialen Interessen der Mitglieder. Auch rein investierende Mitglieder sind zulässig, diese dürfen die nutzenden Mitglieder aber nicht dominieren“ (Vogt, Walter. (IG Metall). Genossenschaften – eine andere Form des Wirtschaftens. Reader, Parlamentarische. Linke der SPD-Bundestagsfraktion).

Ein neuer großer Wurf, eine progressive Alternative zum herrschenden Neoliberalismus erwächst aus der Vielzahl konkreter Gegenmodelle, die ein Stück Heimat und Sicherheit geben. Der Trend zu Gemeinschaftsgärten ist dafür ein Beispiel.

“Eine neue Gartenbewegung erobert die Metropolen auf der ganzen Welt. Bewohner vieler Großstädte greifen zu Hacke und Spaten und entdecken die Lust am Gärtnern. Und zwar ausgerechnet dort, wo es selten ruhig und beschaulich zugeht: inmitten der Stadt. Auf Industriebrachen entstehen Gemeinschaftsgärten für Jung und Alt. Balkone, Dächer, Baulücken und bislang ungenutzte Flächen in tristen Wohnsilos verwandeln sich in grüne Oasen und selbst Verkehrsinseln und Straßenränder erstrahlen in neuem Grün“ (Urbane Gärten, 18.7.2012, <http://web.ard.de>).

Gemeinschaftsgärten sind Teil der neuen Regionalbewegung, welche die Struktur der globalen Lebensmittelproduktion, das Wachstumsmandra und die gängige Art des Zugriffs auf die Ressourcen der Welt politisch in Frage stellt. Das Motto der Aktivisten: “Sie fangen schon mal an. Sie reproduzieren Saatgut selbst, tauschen es untereinander, statt Hybridsorten im Baumarkt zu kaufen, sie kultivieren alte Sorten, ziehen lokales Gemüse, bereiten es im Idealfall gleich vor Ort zu und verspeisen es – klimaneutral und in bester Qualität – gemeinsam mit anderen Gartennutzern. Nicht zuletzt stößt man beim Säen, Ernten und Tafeln unweigerlich auf Fragen wie: Woher kommt das Essen, und wie wird es produziert? Wem gehört das Land, und wer erntet seine Früchte?“ (Dr. Christa Müller. Urban Gardening, in: Sonderausgabe der Informationsschrift des Bundesverbandes der Regionalbewegung und des Aktionsbündnisses Tag der Regionen im Rahmen des Projektes ‚Regionale Allianzen‘, 2012, S. 12).

Ein konkretes Beispiel. Auf einer Veranstaltung der Rosa Luxemburg Stiftung Saarland in Kooperation mit der St. Annular Patton Stiftung und der Saarbrücker Frauenbibliothek hat die Amerikanerin Kate Baird im März 2012 ‚Ihren‘ Gemeinschaftsgarten bei Minneapolis in Minnesota vorgestellt. Es ist einer von 350 Gemeinschaftsgärten im Großraum von Minneapolis. Es handelt sich um eine gemeinnützige „non-profit“ Organisation.

Der Garten umfasst 39 Beete; eines davon ist reserviert für Lebensmittelpenden, ein anderes für Akquisitionszwecke (fundraising). Es gibt 30 ehrenamtliche Mitglieder, in allen Altersgruppen. Für die meisten ist der Garten fußläufig erreichbar. Die Gartenaktivisten organisieren auch selbst Kampagnen, bei denen Lebensmittel gesammelt werden. Sie werden zusammen mit selbst Angebautem an Tafeln und Obdachlosenzentren verteilt - etwa 250 Pfund organisches Obst und Gemüse sowie 150 Pfund Konserven wurden so in kurzer Zeit gespendet. Hinzu kommen alljährliche Nachbarschaftstreffen, Weiterbildungsangebote für Schulkinder, und ein wöchentlicher Markt am Gemeinschaftsgarten.

Zusammengefasst geht es der Bewegung um die gleichzeitige Realisierung verschiedener Zwecke:

- die Dezentralisierung des internationalen, von kapitalistischen Grossunternehmen organisier-

ten Lebensmittelsystems,

- die Bereitstellung nahrhafter Bio-Lebensmittel für Alle, unabhängig vom sozio-ökonomischen Status. Gutes Essen nicht als Privileg einer Klasse, sondern als Recht für alle Menschen,
- die Selbstversorgung außerhalb der Verwerfungen der Währungssysteme,
- die Verteilung von Überschüssen an Obdachlosenzentren und Tafeln,
- die Schaffung eines öffentlichen Raums, einer sozialen Begegnungsstätte – für ältere Menschen, Behinderte, Migranten, für den „Single“, der sich mit dem Kaufhaus oder Einkaufszentrum als das öffentliche Stadtzentrum schlechthin nicht zufrieden gibt,
- Weiterbildungsangebote für Jugendliche zu Nahrung (food literacy),
- Reintegration Obdachloser und ehemaliger Häftlinge,
- Kompostanlaufstelle für die Nachbarschaft,
- Saatgut-Bank,
- die ästhetische Aufwertung der Nachbarschaft oder des Viertels.

Eine Durchsicht der einschlägigen Literatur erweckt den Eindruck, dass es idealtypisch mindestens zwei Arten von Gemeinschaftsgärten und Guerilla-Gärtnern gibt: „da sind die einen, die sich aufgefordert fühlen, Hand anzulegen, wo das städtische Erscheinungsbild zu wünschen übrig lässt. Mit ihren Blumen, Büschen und Bäumchen können sie sich der Sympathie von Passanten und der Nachsicht von Behörden ziemlich sicher sein. Und dann gibt es noch die anderen, für die das Partisanen-Pflanzen Ausdruck einer politischen Haltung ist und auch so verstanden werden soll. Ihnen geht es grundsätzlich um die Gestaltung ihrer Stadt – und der Gesellschaft“ (Schilk, Jochen. Auch Du kannst ein Guerilla-Gärtner sein, in: Publik-Forum Extra: Gärten meines Lebens, 2012, Seite 23).

„Landnahmen im urbanen Raum“ gingen aus von USA – in Städten wie New York, Chicago, Seattle, New Orleans – und gibt es heute in Europa und weltweit, in Leipzig, Wien, Bremen, Paris, Berlin, Hongkong, Istanbul, Porto Alegre, Havanna oder Quito (Hands-On Urbanism. Vom Recht auf Grün. Ausstellung 15.3-25.6.2012, Architekturzentrum Wien). Auch in unserer Region gibt es erste Ansätze.

Das Zuwanderungs- und Integrationsbüro der Stadt Saarbrücken fasst es so: „Der Wunsch nach solchen Gärten wurde auch explizit bei der Entwicklung der Stadtteilentwicklungskonzepte für Saarbrücken im Rahmen der Akteursbeteiligung geäußert. Er ist als Desiderat in die Konzepte für Malstatt, Burbach und Alt-Saarbrücken eingeflossen“ (Sachdarstellung, S. 2. Drucksache-Nr. VWT/0000/12).

„Gärtnern und der Anbau von Obst und Gemüse sind ein gemeinsames Interesse vieler Menschen – ob einheimisch oder zugewandert. Gleichzeitig gibt es einen Trend zum ‚Urbanen Gärtnern‘ - also einer Rückkehr von (ökologischem) Gartenbau und Landwirtschaft zur Selbstversorgung in die Städte. Die interkulturellen Gärten verbinden diese integrations-, stadtentwicklungs- und umweltpolitischen Ziele. Anders als bei Schrebergärten liegt der Schwerpunkt auf dem gemeinsamen Gärtnern“ (Sachdarstellung, S.2...).

Auf dem Gebiet des Regionalverbands Saarbrücken bestehen zwei Initiativen:

1. Interkultureller Garten im Mittleren Rastbachtal am Standort Malstatt/Burbach

Konzeptionell soll der interkulturelle Garten ein Ort sein, an dem sich Menschen weitgehend selbst organisieren. „In der Anfangszeit soll lediglich eine Bürgerarbeitskraft die Entwicklung des Gartens unterstützen und mithelfen, Strukturen zu schaffen, Menschen auf eine Mitwirkung im Garten anzusprechen,

und Beteiligungsangebote machen“ (Sachdarstellung, S.3). Inzwischen ist die Einrichtung eines Bürgerarbeitsplatzes vom Saarbrücker Stadtrat beschlossen und vorbereitende Maßnahmen werden vor Ort durchgeführt.

“Der Garten soll die Arbeit von Vereinen und Migrantenorganisationen stärken und Betätigungsmöglichkeiten für Erwachsene sowie für Kinder- und Jugendgruppen, Gemeinwesenprojekte und sonstige gemeinnützige Initiativen bieten. Es haben sich mehrere InteressentInnen bereits gemeldet, um schon bei den Vorbereitungsarbeiten mitzuwirken (z. B. interreligiöser Jugenddialog beim Dekanat Saarbrücken)“ (Sachdarstellung, S. 3). Von Seiten der Stadt steht im Zuwanderungs- und Integrationsbüro (ZIB) ein Ansprechpartner zur Verfügung.

Der Fortschritt ist eine Schnecke. Damit es keine besonders langsame ist, wird es darauf ankommen, dass lokale Gruppen den Gemeinschaftsgarten wirklich zu ihrem Anliegen machen, dass es ein paar Aktivisten mit langem Atem gibt, und dass die Stadt Saarbrücken ihre Rolle als Mentor und Unterstützer einhält.

2. Die Pädagogisch-Soziale Aktionsgemeinschaft e.V. (PÄDSAK)

Sie unterhält verschiedene Dienste und Einrichtungen in einem von der Landeshauptstadt Saarbrücken überlassenen Gebäude im Stadtteil Wacken in Saarbrücken/ St. Arnual. Dort hat man sich seit einiger Zeit mit der Idee der Gemeinschaftsgärten beschäftigt. In einem ersten Schritt wurden hinter dem Gebäude von der PädSak mit Unterstützung von Kindern und Jugendlichen eine Reihe von Beeten, auch Hochbeeten, angelegt. Dort wachsen jetzt Obst, Gemüse und Blumen. Zudem wurde ein zweiter, größerer Garten in der gleichen Straße angedacht. Es handelt sich um Grünflächen, die sich zwischen mehrstöckigen Wohnanlagen befinden. Die Realisierung des Projekts hängt auch von der erfolgreichen Zusammenarbeit mit weiteren örtlichen Institutionen ab.

Zur Finanzierung eines Projekts dieser Art wäre evtl. auch an den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung zu denken. Dort gibt es Förderprogramme, sogenannte Mikroprojektefonds. Sie dienen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Großregion.

Im Saarland wird der Hauptzweck eines (Gemeinschafts-) Garten nicht im Wirtschaften, bei Verkauf und Profit, liegen. Das war vor zwei Generationen so. Heute lässt sich der Preis eines Kopfsalats von ALDI durch im Gemeinschaftsgarten Angepflanztes nicht unterbieten. Es fehlen Geschäfte in Form von Lebensmittelkooperativen und basisdemokratisch-genossenschaftliche Erzeuger- und Verteilungssysteme für die Vermarktung. ERNA, ein Projekt der Aktion 3. Welt Saar, bringt Bauern, Gewerkschafter und Naturschützer zusammen und ist ein Versuch hier gegenzusteuern. Trotzdem: heute stehen der gleichberechtigte Zugang zu gesunder und schmackhafter Nahrung, die soziale Begegnungsstätte, der Erhalt eines Minimums an Infrastruktur im ländlichen Raum, also kurze Wege ohne viel Umweltverschmutzung, und soziale Dienste im Mittelpunkt.

Instruktiv für das Letztgenannte ist das Resozialisierungsexperiment im U.S. Bundesstaat Wisconsin. 28 Gefängnisse haben Gartenprogramme. Das größte Gefängnis erwirtschaftete 75.000 Pfund Obst und Gemüse im letzten Jahr. Mehrere andere Staaten haben Gartenprogramme in Gefängnissen eingerichtet. (Minnesota Public Radio News. Garden program grows at state prison, 31.Juli 2012). Auch nach der Entlassung kann das Engagement in einem Gemeinschaftsgarten drohender Obdachlosigkeit und Vereinzelung vorbeugen helfen.

„Visionen brauchen Fahrpläne“, hat der Philosoph Ernst Bloch formuliert. Erst dann werden Gemeinschaftsgärten zum linken Flügel des Möglichen. Erste Überlegungen gibt es einige. Aus dem Umkreis

der Occupy Saarland und Echte Demokratie Jetzt! Saarland Gruppen gibt es Bestrebungen, auf der Fols-terhöhe einen Gemeinschaftsgarten zu etablieren. Erste Gespräche mit Mitgliedern von BUND Saar, dem Saarbrücker Haus Afrika, und Kirchenvertretern sind positiv.

In der Hüttenstadt Dillingen ließen sich Innenstadt nah Nutzungsflächen finden. Der Anteil der Bewohner mit Migrationshintergrund ist im Bereich der Innenstadt sehr hoch. Dillingen hat mit Creutzwald in Lothringen eine Städtepartnerschaft, die für ein Projekt Gemeinschaftsgarten genutzt werden könnte.

Der deutsch-französische Garten in Saarbrücken wird heute vor allem mit Unterhaltung und Naherholung assoziiert. Ursprünglich gab es dort mal eine Gartenschau. Daran und an den Namen "deutsch - französischer Garten" ließe sich anknüpfen. Ein Spielcasino konnte sich etablieren. Ein herausgehobener, genossenschaftlich organisierter und grenzüberschreitender Gemeinschaftsgarten bis heute nicht.

Die Saar-Lor-Lux Internationale ist eine Organisation der regionalen Sozialdemokratie. Was, als progressive Alternative dazu, das grundsätzliche Verhältnis der Partei Die Linke Saar, dazu die lothringische Front De Gauche und mittelfristig die Luxemburger Linke Partei, zu einem grenzüberschreitenden, regionalen Gemeinschaftsgarten-Projekt betrifft, so hängt das sicherlich vom konkreten Projekt ab. Weitergehende Überlegungen sind unabdingbar.

NEUE WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE IM SAARLAND VIER VORSCHLÄGE

3.1 PROGRAMMSCHWERPUNKT „WIRTSCHAFTSETHIK UND WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE“ BEI DER HTW SAARBRÜCKEN

Eine Hochschule mit dem Titel „University of applied science“ macht beides: (Grundlagen)Forschung und „outreach to the community“. „Community“ bezeichnet kein enges, sondern ein umfassendes Konzept. Verschiedenste Gruppen machen die „community“ aus. Dazu zählen nicht nur wirtschaftlich starke Gruppen wie Industrie und Unternehmen, welche die Absolventen der Hochschule einmal beschäftigen werden und in der Lage sind, die „mission“ der Hochschule finanziell zu unterstützen. Auch Arbeitnehmerinteressen und -sichtweisen sollten sich im Lehrplanangebot der Hochschule widerspiegeln.

Die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Saarbrücken könnte für den Studiengang Betriebswirtschaftslehre einen Programmschwerpunkt „Wirtschaftsethik und Wirtschaftsdemokratie“ entwickeln. Dieses Angebot aus zunächst ein bis zwei Kursen sollte über das konventionelle Verständnis von Wirtschaftsethik hinausgehen: Diskussion von Unternehmens- und Führungsethik, Managerhaftung und -gehältern, „leadership“, Sozialpartnerschaft, Regularien zur Ausmerzung von Systemfehlern – eine Perspektive, welche sich oft an zukünftige Manager richtet.

Stattdessen ließen sich die Lehrinhalte auf Themen wie Belegschaftsbetriebe, Gemeinwirtschaft, Arbeitnehmerbeteiligung, Genossenschaften, Solidar- und Sozialökonomie in Theorie, Programmatik der Parteien und Verbände und Praxis, in Deutschland und international, ausweiten. Gerade der europäische Bezug verdient Beachtung, da hier zunehmend finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Dieser Programmschwerpunkt könnte sogar zu einem „Center of Social and Economic Democracy“ (Zentrum für soziale und wirtschaftliche Demokratie) weiterentwickelt werden. Komplementierend zu den Wirtschaftsethik-Kursen könnte das „Center“ Veranstaltungen, Symposien, Gastvorträge oder Foren anbieten, die Experten, Studenten und Arbeitnehmern Teilnahmekancen eröffnen. Die Webseite der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät bietet dem „Center“ auch visuell einen Raum, welcher quasi als „repository“ (Quelle) und Ausweis nach außen die Geschichte der Aktivitäten des „Center“ auflisten und ständig erweitern könnte.

Das „Center“ könnte sich zudem an internationaler Vernetzungsarbeit zu Fragen der Arbeiterkontrolle beteiligen. Beispielsweise an der neuen Webseite „workerscontrol.net“, die als virtuelle und offene Bibliothek in Deutsch, Englisch und Spanisch Dokumente und Aufsätze über Arbeiterkontrolle und -selbstverwaltung präsentiert. Was spricht dagegen anzubieten, einen eingegrenzten Themenbereich der Webseite zu übernehmen, hier „best practices“ zu sammeln und damit beizutragen, Gegenhegemonie aufzubauen?

Bezogen auf das Saarland wäre eine systematische Untersuchung notwendig, was in anderen Bundesländern an Programmen zur Förderung örtlicher Beschäftigungs- und Beteiligungsinitiativen existiert und was man davon lernen kann. Ein weiterer Untersuchungsgegenstand ist die Aufarbeitung und Vertiefung der im Zusammenhang mit Halberg Guss von Parteien und Gewerkschaften gemachten Vorschläge zu

öffentlichen Fonds als Finanzierungsinstrumenten. Schließlich sollten die Rechtsform insbesondere einer Stiftung und ihre Bedeutung für Arbeitsplatzsicherheit, Beteiligung und Belegschaftsübernahmen einmal ausführlich in einer Studie beleuchtet werden. Diese Schritte könnten auch mit einschließen, alternative Beschäftigungsfortführungen bekannter zu machen.

3.2 BÜRO FÜR MITARBEITERBETEILIGUNG UND -SELBSTBESTIMMUNG IM SAARLÄNDISCHEN ARBEITSMINISTERIUM

Zur Frage staatlicher Hilfestellung mit dem Ziel verbesserter Arbeitnehmerbeteiligung und Arbeiterkontrolle lohnt ein Blick über den saarländischen Tellerrand hinaus. Drei Beispiele:

Seit Mitte der 1990er Jahre unterstützt Nordrhein-Westfalen Bemühungen von Arbeitnehmern nach mehr Beteiligung und Selbstbestimmung. „In NRW etablierte sich eine arbeitsorientierte Beratungsstruktur, die Belegschaften in vielfältiger Weise beraten hat und Alternativkonzepte zum Erhalt der Arbeitsplätze erarbeitete. ...Die Landesregierung NRW unterstützt bis heute diese Beratungsleistungen im Rahmen der regionalen Strukturpolitik durch gezielte Förderprogramme, die sich explizit auch auf die Beratung von Belegschaftsinitiativen bezieht (Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen 2009)“ (Klemisch, Sack, Ehram „Betriebsübernahme durch Belegschaften - eine aktuelle Bestandsaufnahme“, KNi Papers 02/10, S.6).

In Italien wurde Mitte der 1980er Jahre mit dem Marcora-Gesetz ein Konzept eingeführt, welches Belegschaften im Falle drohender Betriebsschließungen erleichtert, den Betrieb zu übernehmen bzw. eine Genossenschaft zu gründen. „Sie konnten sich an ...eine staatlich subventionierte Risikokapitalgesellschaft [wenden,] die der Genossenschaft Gelder in dreifacher Höhe des Einlagekapitals ihrer Gesellschafter zuschoss. Die Gesellschafter selbst konnten eigene Ersparnisse als Kapital einbringen oder sich drei bis fünf Jahre Arbeitslosenunterstützung vorab auszahlen lassen. Nach diesem System wurden binnen zehn Jahren 59 in Eigenregie übernommene Betriebe gefördert und mehr als 5000 Arbeitsplätze gerettet...“ („Die Roten schreiben schwarze Zahlen“, Le Monde Diplomatique 14.12.2007).

Am 18. Dezember 2009 brachte U.S.Senator Bernie Sanders aus Vermont zwei Gesetzesvorlagen im Senat ein. Ziel ist die Ausweitung der Arbeitnehmerbeteiligung und Arbeiterselbstverwaltung in den Vereinigten Staaten. Die erste Vorlage, der „Worker Ownership, Readiness and Knowledge (WORK) Act“ (S.2909) sieht die Schaffung eines Büros für Belegschaftseigentum und -mitbestimmung im amerikanischen Arbeitsministerium vor. Dieses Büro würde Belegschaftsbetriebe und mehr betriebliche Mitbestimmung fördern. Die Mittel dazu wären Weiterbildung, Training, staatliche Zuschüsse und technische Unterstützung. Es könnten Programme, die in den einzelnen Bundesstaaten bereits existieren, von Washington unterstützt werden, und Washington könnte auch entsprechende neue Programme auflegen. Zudem sieht die Gesetzesvorlage die Förderung wissenschaftlicher Grundlagenforschung zu Fragen der Belegschaftsbetriebe vor. Nicht zuletzt schlägt die Vorlage die Schaffung einer Datenbank vor, welche Arbeitnehmer bei rechtlichen, finanziellen und technischen Fragen im Zusammenhang mit Belegschaftsbetrieben nutzen können.

Die zweite Gesetzesvorlage, der „U.S. Employee Ownership Bank Act“ (S.2914), würde Arbeitnehmern Darlehen und Darlehensgarantien zur Verfügung stellen, um eine Firma mit Hilfe von Belegschaftsaktien („Employee Stock Ownership Plan“ – ESOP) oder in der Form einer Arbeiterkooperative zu übernehmen. Die Gesetzesvorlagen des unabhängigen, aber sozialistisch gesinnten Senators Sanders wurden von mehreren seiner demokratischen Kollegen, wie Senator Patrick Leahy, Vermont, sowie den Senatoren

Sherrod Brown aus Ohio und Robert Menendez aus New Jersey im Senat mit eingebracht.

Insbesondere die o. g. erste Gesetzesvorlage könnte ein wichtiger Anknüpfungspunkt für die zukünftige Schwerpunktsetzung des saarländischen Ministeriums für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und Sport sein. So schreibt bereits der Koalitionsvertrag der Landesregierung zwischen CDU, FDP und Grünen im Kapitel „Arbeits- und Tarifrecht“ fest: „Um die Beschäftigten stärker als bisher am wirtschaftlichen Erfolg der Betriebe und Unternehmen zu beteiligen, setzen wir uns dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für die Förderung der finanziellen Beteiligung von Arbeitnehmern in Unternehmen verbessert werden.“ Und das Referat „Arbeits- und Tarifrecht, Rechtsangelegenheiten“ der Abteilung B „Arbeitsmarkt“ im saarländischen Arbeitsministerium beschäftigt sich prinzipiell auch mit Fragen von Arbeitsbedingungen und Mitarbeiterbeteiligung.

Häufig stehen bei Mainstream-Konzepten wie dem saarländischen Koalitionsvertrag die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand noch im Vordergrund. Gewerkschaften und kritische Wissenschaftler merken an, dass dieser Ansatz wenig mehr als eine Unternehmensstrategie zur Eigenkapitalbeschaffung ist, ohne Mitarbeitern neue betriebliche Mitbestimmungsmöglichkeiten zu sichern. Die amerikanische Gesetzesvorlage gibt die Richtung vor, wie der Zweck einer Mitarbeiterbeteiligung weg von individueller Vermögensbildung hin zur Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft verschoben werden kann. Ein „Büro für Arbeitnehmerbeteiligung und -selbstbestimmung“ würde ein sichtbares Zeichen dieser Umorientierung setzen. Entscheidend ist hier weniger die Frage, ob damit die Schaffung neuer Stellen einhergehen muss, sondern vielmehr die Notwendigkeit das Thema vom Ministerium inhaltlich aufzugreifen und als progressive regionale Strukturplanung zu entwickeln.

3.3 SOZIALWISSENSCHAFTLICHE STUDIE: VERÄNDERUNG DER ARBEITSTÄTIGKEIT IN EINEM SAARLÄNDISCHEN GROSSBETRIEB

Angesichts der jüngsten Entwicklungen im Finanzmarktkapitalismus, speziell der Eurokrise, ist es zu postdemokratischen Entwicklungen gekommen. Einzelne Regierungen Südeuropas werden von Technokraten, nicht Politikern, geführt. Es gab Rufe nach Schwächung der Mitspracherechte gewählter Parlamente bei der Eurorettung. Umgekehrt stellt sich die Frage, ob die Krise nicht auch neue Chancen für eine Demokratisierung der Wirtschaft und Arbeit eröffnet.

Dabei ist eine Demokratisierung der Arbeit die Voraussetzung für Wirtschaftsdemokratie. Es ist der Prozess, welcher letztlich Wirtschaftsdemokratie ermöglicht. Im Diskurs der mainstream Parteien wird fehlende Demokratie heute vorwiegend als Manko im politischen Bereich diskutiert. „Ausgeblendet bleiben die Entwicklungen im Bereich der Arbeit und der industriellen Beziehungen, die zu dem grundlegenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchprozess beigetragen haben“ (Werner Fricke/Hilde Wagner (Hrsg.). Demokratisierung der Arbeit, VSA, 2012, Seite 22). Die Frage drängt sich auf, ob es auch in der Arbeitswelt, den industriellen Beziehungen und den Arbeitstätigkeiten, Tendenzen der Postdemokratie gibt? Und wenn ja, wie lässt sich dies in Richtung Produzentendemokratie und sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft umkehren?

„Gute Arbeit“ ist ein von Gewerkschaftsseite und Sozialwissenschaftlern hervorgehobener Begriff, dem demokratische Beteiligung zu Grunde liegt. Demokratische Beteiligung heißt elementares menschliches Bedürfnis nach Selbstbestimmung. Heißt das Interesse, die eigenen Kompetenzen und Qualifikationen als Arbeitnehmer kreativ und innovativ in Entscheidungsprozesse einzubringen. Heißt die Erkenntnis, dass Basisdemokratie die tradierten Formen der repräsentativen Mitbestimmung ergänzen kann.

„Gute Arbeit“ ist eine Reaktion auf einen veränderten globalen Wettbewerb, insbesondere einer viel direkteren Ausrichtung der Unternehmen an globalen Finanzmärkten und den Renditeansprüchen der Investoren seit dem letzten Jahrzehnt. Noch zu Zeiten der Humanisierungsdebatte in den 1970ern ging es, vereinfacht gesagt, um das Recht auf Beteiligung gegenüber einer vom Taylorismus und Fordismus inspirierten rigiden Arbeitsteilung und bürokratischen Zentralisierung. Heute geht es um demokratische versus instrumentalisierte Beteiligung:

„Im Kern führten [die Unternehmen] neue Steuerungsformen ein, die darauf abzielten, die Anforderungen des Marktes direkt in alle betrieblichen Bereiche zu implementieren und an die Beschäftigten weiterzuleiten“ (Ibid, Seite 22). Die modernen Arbeitnehmer hangeln sich von Projekt zu Projekt. Es gibt mehr Selbstmanagement, aber „sie bekommen keine Einflussrechte auf den Rahmen ihres Selbstmanagements (Personalbesetzung, strategische Prioritäten, technische und Ressourcen-Ausstattung etc.)“ (Ibid, Seite 23). Die Selbstbestimmung ist keine authentische, sondern eine instrumentalisierte.

Gesamtgesellschaftlich kommt es zu einer verstärkten Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und mehr prekärer Arbeit. Innerbetrieblich muss sich die institutionelle Mitbestimmung neuen Herausforderungen stellen. „Wenn das Neue an den unternehmerischen Steuerungsformen darin besteht, dass sich das Management zunehmend darauf beschränkt, spezifische Ziele (Renditeziele, Umsatzziele, Kosteneinsparungen) und Rahmenbedingungen in Form von Ressourcen (budgets, Personalzahlen, technische Ausstattung) vorzugeben und den Beschäftigten die Aufgabe überlässt, den Leistungsprozess zu einem wettbewerbsfähigen Ergebnis zu bringen, müssen sich auch die Gegenstände der Interessenvertretung verändern“ (Ibid, Seite 36).

Mit welchen neuen Strategien können Betriebsräte und Gewerkschaften auf die Flexibilisierung und Prekarisierung von Beschäftigung in der Gesellschaft reagieren? Und wie werden neue Strukturen betrieblicher Dezentralisierung von Betriebsräten eingeschätzt – als Bedrohung der eigenen Machtbasis oder als zusätzliche Machtressource? Wie kann es gelingen, Einfluss auf die Rahmenbedingungen von Arbeit zu nehmen, damit aus pervertierter Beteiligung und abhängiger Autonomie ein Mehr an echter Selbstbestimmung wird? Auch mit der Aussicht, Entfremdung zwischen Belegschaft und Mitbestimmungsträgern zu verringern. Wie schließlich haben sich Arbeitstätigkeiten und Arbeitsbedingungen in Großbetrieben in den letzten 10 bis 20 Jahren verändert?

Im Prinzip verdienen alle vier Ebenen einer mitbestimmten Wirtschaft Beachtung: der Arbeitsplatz, Betrieb, Unternehmen und die Gesamtwirtschaft, auf nationaler, europäischer und internationaler Arbeit. Gerade der letzte Aspekt gewinnt vor dem Hintergrund der Macht der Finanzmärkte an Bedeutung. Wie lässt sich ‚gute Arbeit‘ weltweit verwirklichen? Wie können Gewerkschaften international wirksam zusammenarbeiten und auch an internationalen Fragen interessierten Mitgliedern Handlungsspielräume einräumen? Welche Kooperationsformen mit der Zivilgesellschaft, die seit dem ‚Earth Summit‘ in Rio de Janeiro 1992 verstärkt nachhaltige Entwicklung unterstützt, haben sich als effektiv erwiesen?

Diese Fragestellungen sprengen bei weitem den Fokus dieser Studie. Auch ist unklar, wie viel Vorarbeit von Gewerkschafts- und sozialwissenschaftlicher Seite zur Beantwortung dieser Fragen im Saarland geleistet wurde. Gerade auch die Umsetzung von Handlungsempfehlungen in die Praxis der saarländischen Großindustrie ist sehr komplex. Diese Studie betont die Relevanz einer stärkeren unmittelbaren Beteiligung der Bürger und Arbeitnehmer an wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entscheidungen. Von daher ist es sinnvoll, gerade der Ebene des Arbeitsplatzes Aufmerksamkeit zu widmen und Nachhaltigkeitsinitiativen zu entwickeln.

Ausgangspunkt der Frage nach Veränderungen der Arbeitstätigkeiten in einem oder mehreren saarländischen Großbetrieb(en) könnte das Arbeitskammer-Betriebsbarometer sein. Es ist die „umfassendste Erhebung über die Beschäftigungssituation, die Arbeitsbedingungen und die Mitbestimmungsschwerpunkte in den Betrieben und Behörden im Saarland“ (Arbeitskammer-Betriebsbarometer 2011. www.arbeitskammer.de, Seite 1). Es wird im Abstand von zwei Jahren erstellt und ist 2011 bereits zum vierten Mal erschienen.

Eine sozialwissenschaftliche Studie zum Wandel von Arbeitstätigkeiten und Arbeitsautonomie in einem saarländischen Großbetrieb könnte in verschiedener Hinsicht über das Betriebsbarometer hinausgehen. Es ließen sich Arbeitnehmer in einzelnen Abteilungen bzw., Berufssparten befragen, nicht nur ihre Vertreter wie Betriebs- und Personalräte. Einzelne arbeits- und betriebsorganisatorisch relevante Maßnahmen und Themen wie ‚Belastungen‘, ‚Weiterbildung‘, ‚Teamarbeit‘, oder ‚Arbeitszeit‘ könnten vertieft unter dem Aspekt Handlungsspielräume für Beschäftigte in Richtung demokratische Beteiligung analysiert werden. Die Studie könnte sich in ihrer Situationsanalyse dezidiert auf einen einzelnen Großbetrieb, z.B. die Dillinger Hütte, konzentrieren, statt sich auf Sektoren wie Produktion, Dienstleistung, Verwaltung zu beschränken.

Im Vorfeld einer solchen Studie wären verschiedene Aspekte eingrenzend zu klären. Dazu gehören beispielsweise: Gibt es für den ausgewählten Großbetrieb bereits ähnliche Untersuchungen? Was ist der betriebliche Kenntnisstand zu Beteiligungschancen und -risiken, die mit dem Wandel ausgesuchter Arbeitstätigkeiten verbunden sind? Wie kann die Studie einen Beitrag leisten, dass regionale Wirtschaftsförderung und Strukturplanung stärker unter Humanisierungs- und Beteiligungsaspekten betrieben wird? Ließe sich daraus ein Modellvorhaben ‚regionale Innovations- und Beteiligungsberatung‘ entwickeln? Welche politischen und wissenschaftlichen Institutionen sollten an der Durchführung der Studie mitwirken? Und welche (staatlichen) Institutionen kommen von ihrem Förderauftrag für Akquisitionsanträge in Betracht?

3.4 NETZWERK FÜR MITARBEITERBETEILIGUNG, GENOSSENSCHAFTEN UND SOLIDARISCHE ÖKONOMIE IN DER ABTEILUNG WIRTSCHAFTSPOLITIK DER ARBEITSKAMMER DES SAARLANDES

Die Arbeitskammer des Saarlandes und die mit ihr vernetzten und verbundenen wissenschaftlichen und Beratungsinstitutionen besitzen ein hohes Maß an Kompetenz, Veränderungen in der Arbeitswelt aus Arbeitnehmersicht zu analysieren und zu beeinflussen. In den 1980er Jahren veröffentlichte die Zeitschrift der Arbeitskammer „Arbeitnehmer“ Beiträge zu Belegschaftsinitiativen und Genossenschaften, z. B. auch vom Autor dieser Studie. (Peter, Stephan. „Humanes Arbeiten und solidarischer Lebensstil, in Arbeitnehmer 5/1984 und „Praktische Sozialpolitik durch wirtschaftliche Selbsthilfe“ in Arbeitnehmer, 5/1986). 1989 erschien dann ein Sammelband mit Beiträgen der Arbeitskammer zur Selbstverwaltungswirtschaft und zu Beschäftigungsinitiativen. Darin wurde auch eine Studie zur Situation saarländischer selbstverwalteter Betriebe und Projekte vorgestellt, die im Auftrag der Arbeitskammer erstellt worden war. Ab den frühen 1990er Jahren nahm das Interesse an solidarischer Ökonomie, Belegschaftsübernahmen und Genossenschaften ab. So ist die Arbeitskammer gegenwärtig vor die Situation gestellt, dass angesichts von Finanz-, Umwelt- und Politikkrise keine systematische Behandlung des Themas „Wirtschaftsdemokratie heute“ stattfindet. Es mag sein, dass die dezidierte Besprechung der Erstauflage der vorliegenden Studie im Heft 3/2012 des „Arbeitnehmer“ ein neues Interesse am Thema andeutet.

„Die Beschäftigten müssen es selbst wollen“ ist sicherlich die erste Voraussetzung, wenn an Betriebs-

übernahmen oder Genossenschaften gedacht wird. Doch dazu braucht es Mut, Selbstvertrauen, Kontakte und Kompetenz. Dies stellt sich eher ein, wenn im Sinne Gramsci's eine kulturelle Hegemonie, also ein Umfeld existiert, welches durch Beratungs-, Vernetzungs- und Forschungsangebote das Gefühl zu vermitteln hilft, man ist nicht allein beim Sprung ins alternative Wirtschaften. Nicht wer isoliert ist, sondern wer Solidarität erfährt, wagt es, sich weit aus dem Fenster zu lehnen.

Im Saarland gibt es potenziell Handlungsbedarf auf verschiedenen Gebieten. Belegschaftsinitiativen und -übernahmen sind eher selten. Aber die gegenwärtige Diskussion zu Kapazitätsszusammenlegungen beim Praktiker-Markt verweist auf die prinzipielle Notwendigkeit wirksamer Beteiligung der betroffenen Arbeitnehmer bei Unternehmensentscheidungen. Naheliegender ist die Frage, ob in der saarländischen Landwirtschaft, bei den erneuerbaren Energien oder auch Nachfolgeregelungen in saarländischen Klein- und Mittelbetrieben, die aus demografischen Gründen vor dem Aus stehen, eine solidarische und soziale Perspektive möglich ist. Hier könnten genossenschaftliche, basisdemokratische und beteiligungsorientierte Organisations- und Rechtsformen zum Tragen kommen.

Ein Anknüpfungspunkt für die zukünftige Arbeit der Arbeitskammer zum Thema Wirtschaftsdemokratie ist die Task-Force „Krisenintervention“ der IG Metall. „Mit der Task-Force „Krisenintervention“ bietet die IG Metall Hilfe an, sowohl bei der Früherkennung, als auch, wenn Ihr Arbeitgeber schon mitten in einer Krise steckt. ...Wir bieten Ihrem Unternehmen ein Netzwerk von professionellen Experten aus den Bereichen Arbeitsrecht, Betriebswirtschaft und Personalwirtschaft an. Gemeinsam mit Betriebsrat, Vertrauensleuten und Arbeitnehmer erarbeiten diese Experten Lösungen, die das Unternehmen und ihren Arbeitsplatz absichern“ (<http://www.igmetall.de>). Analog dazu könnte die Arbeitskammer in einem ersten Schritt renommiertes Anker für ein saarländisches Netzwerk sein, welches an Wirtschaftsdemokratie interessierte Gewerkschafter, Wissenschaftler, Aktivisten und Interessierte zusammenbringt. Als Ansprechpartner bei der Arbeitskammer käme die Abteilung Wirtschaftspolitik infrage. Aufgabe dieses Netzwerks wäre es, inhaltlich und organisatorisch einen Kristallisationspunkt für die Implementierung wirtschaftsdemokratischer Konzepte im Saarland zu definieren, der verschiedene, gleichwohl miteinander zusammenhängende Funktionen integriert: Weiterbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Beratung, regionale Strukturplanung und Finanzierungsinstrumente/saarländisches Förderprogramm. Ein solcher Kristallisationspunkt hat perspektivisch die Chance, in der saarländischen Öffentlichkeit als Zentrum für wirtschaftsdemokratische Kompetenz anerkannt zu werden und wirtschaftsdemokratischen Ideen und Vorschlägen nachhaltig Aufmerksamkeit zu verschaffen.



Die saarländische Rosa Luxemburg Stiftung / Peter Imandt Gesellschaft versteht sich als ein Partner beim Aufbau eines Wirtschaftsdemokratie-Netzwerks und bei der Entwicklung einer alternativen regionalen Strukturplanung an der Saar. Eine Impulskonferenz der Stiftung im November 2011 in Saarbrücken zum Thema „Freundliche Übernahme?! Transformation zu einer solidarischen Ökonomie“ beleuchtete historische und aktuelle Erfahrungen von Transformation sowie regionale Konzepte eines wirtschaftsdemokratischen Gegensteuerns zum neoliberalen Mainstream – ganz im Sinne von Rosa Luxemburg: „Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat.“



Mit dem Zukunftsprojekt „Werkstatt Wirtschaftsdemokratie“ knüpft die Stiftung sowohl an die Impulskonferenz als auch an diese Regionalstudie an. So war die Stiftung wiederholt Gastgeber der von der Werkstatt Wirtschaftsdemokratie organisierten Netzwerktreffen 2012. Die „Werkstatt Wirtschaftsdemokratie“ ist keine Organisation, sondern ein Prozess - eine Einladung, an der Diskussion um Herausforderungen und Chancen von mehr Wirtschaftsdemokratie im Saarland mitzuwirken.



Literaturhinweise

(Auswahl mit Schwerpunkt Saarland sowie neuere deutscher Literatur)

Achterberg, S., Becker, W., Gretsch, L., Grewer, H.-G., Klasen, G. Alternativ aus dem Tief? Bestandsaufnahme und Beschreibung selbstverwalteter Betriebe und Projekte im Saarland, im Auftrag der Arbeitskammer des Saarlandes, Saarbrücken, 1987

Achterberg, Siegfried, Peter, Stephan. Erprobung, Präsentation und Dokumentation genossenschaftlicher Kleinbetriebe der Zukunftswerkstatt Saar e.V. Institut für Selbstverwaltung, Saarbrücken, 1985

Akzeptanzmotor. Energiegenossenschaften organisieren mehr Bürgerbeteiligung beim Ausbau der Windkraft. Contraste, die Monatszeitung für Selbstorganisation. Heidelberg, Oktober 2012. Seite 13.

Beiträge der Arbeitskammer des Saarlandes: Selbstverwaltungswirtschaft, Beschäftigungsinitiativen. Arbeitskammer des Saarlandes, Saarbrücken, Nr. 2/1989

Beteiligungsgesellschaft Saarbrücker Zeitung. Gesellschaftsvertrag der Beteiligungsgesellschaft Saarbrücker Zeitung. Saarbrücken, 1970

Betriebe in Belegschaftshand. Dokumentation der Tagung am 3.12.2010 im DGB-Haus in Frankfurt a.M. Initiative Netzwerk Solidarische Ökonomie e.V., 2011

Bierbaum, Heinz. Renaissance der Genossenschaften? Alternative zu finanzmarktgetriebener Unternehmenspolitik, in: Forum Wissenschaft, Marburg, 3/2008

Den Betrieb übernehmen. Luxemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 3/2011

Der Betriebsübergang. Handlungshilfe für Betriebsräte und Vertrauensleute. Nr. 10. Industriegewerkschaft Metall – FB Betriebs- und Mitbestimmung, Frankfurt, 2005

Deutscher Solarpreis 2011 (Broschüre). Eurosolar, Bonn, 2011

Die Letzten Ihrer Art [Der Buchladen]. Viertelvor. Das Heft fürs Nauwieser Viertel Nr.10, Saarbrücken, 07/2009

Felber, Christian. Die Gemeinwohl-Ökonomie. Publik-Forum, Nr.17, 10. September 2010

Fricke, Werner/Wagner, Hilde (Hrsg.) Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie. Hamburg, VSA, 2012

Genossenschaften auf dem Vormarsch. Photon – Das Solarstrom Magazin, Februar 2009, S. 78-84

Geuens, Geoffrey. Die Absahner. Über die Verwicklung europäischer und US-amerikanischer Politiker in die Finanzwirtschaft. Publik Forum Nr. 14, 27.7.2012

Hensche, Detlef. Demokratisierung der Wirtschaft. Markt und Mitbestimmung - Ansatzpunkte gewerkschaftlicher Revitalisierung. Sozialismus, 1/2011, S. 35-46

Holstenkamp, Lars, Ulbrich, Stefanie. Bürgerbeteiligung mittels Photovoltaikgenossenschaften. Marktüberblick und Analyse der Finanzierungsstruktur. Arbeitspapierreihe Wirtschaft & Recht Nr. 8. Leuphana Universität Lüneburg, 2010

Huonker, Birgit. Schwarz-gelb dominiert. Linke Positionen kommen in den deutschen TV-Nachrichten kaum vor. Neues Deutschland, Berlin, 10.8.2012

Industriegewerkschaft Metall. Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Wirtschaftsdemokratie im Dialog zwi-

- schen Gewerkschaft und Wissenschaft. Dokumentation der Tagung am 1. -2. Oktober 2010 im BZHVHS Hustedt
- Kaiser, Andrea. Klein, wendig, stark. Die gute alte Idee und der neue Boom: Genossenschaften entstehen immer da, wo die Gesellschaft versagt. Publik-Forum, Nr. 7, 2011
- Klemisch, H., Sack, K., Ehram, C. Betriebsübernahme durch Belegschaften – Eine aktuelle Bestandsaufnahme. Klaus Novy Institut. KNI Papers 02/10, 2010
- KulturBasaar. Erstes alternatives Kultur- und Adressbuch für das Saarland. Verband Saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung e.V. (VSJS), Saarbrücken, 1984
- Leprich, Uwe. Stadtwerke - Rückgrat und Motor der Energiewende? Solarzeitalter, Bonn, 3/2012
- Martens, Helmut. Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik. VSA, Hamburg, 2010
- Martens, Helmut, Scholz, Dieter. Wirtschaftsdemokratie neu denken – Eine Herausforderung angesichts der neuen Weltwirtschaftskrise. (Forum Neue Politik der Arbeit), 2011
- Meine, H., Schumann, M., Urban, H.-J. (Hrsg.). Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen. Hamburg, VSA, 2011
- Meyer, Jürgen. ASKO ist in Erinnerung. Arbeitnehmer - Zeitschrift der Arbeitskammer des Saarlandes. Saarbrücken, Heft 3, Mai 2012
- Müller, Christa (Hrsg.) Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. München, Ökom Verlag 2011
- Nach der Wirtschaftskrise. Arbeitskammer-Betriebsbarometer 2011. Arbeitskammer des Saarlandes, Saarbrücken, 2011
- Negt, Oskar. Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, in: Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte. Berlin, 12/2010, S. 63-66
- Peter, Gerd. Wirtschaftsdemokratie und Arbeitsgestaltung. Neuinterpretation und Aktualität des HdA-Programms, in: Schröder, Lothar, Urban, Hans Jürgen. Gute Arbeit, Ausgabe 2010, Frankfurt (Bund Verlag), 2010, S. 54-65
- Peter, Stephan. Praktische Sozialpolitik durch wirtschaftliche Selbsthilfe. Alternative Arbeitsmarktpolitik für unkonventionelle Selbsthilfe- und Beschäftigungsinitiativen. Arbeitnehmer – Zeitschrift der Arbeitskammer des Saarlandes. Saarbrücken, 5/1986
- Peter, Stephan. Selbstverwaltete Produktionsgenossenschaften. Humanes Arbeiten und solidarischer Lebensstil. Arbeitnehmer – Zeitschrift der Arbeitskammer des Saarlandes. Saarbrücken, Sonderdruck aus Heft 5/1984
- Peter, Stephan. Wirtschaftsdemokratie – europäische und amerikanische Praxisbeispiele. Zukunftswerkstatt Saar e.V., Saarbrücken/ Dillingen-Saar, 2011
- Reichel, Clemens. Vom Eisenbahner-Konsumverein zur AG. Die Entwicklung des Allgemeinen Saar-Konsums (ASKO) nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1971. Reihe Denkart Europa, Nr. 3. Schriftenreihe der Asko Europa Stiftung, Saarbrücken, 2003
- Twin Cities Daily Planet. Local News for Global Citizens. (Online Bürgerjournalismus Nachrichtenquelle) www.tcdailyplanet.net
- USW. Mondragon, OEOC. Sustainable Jobs, Sustainable Communities: The Union Co-op Model. March 26, 2012. Elektronische Version der Broschüre. www.usw.org/our_union/co-ops.
- Wirtschaftsdemokratie – Welche Perspektiven hat die Demokratisierung der Ökonomie? (Schwerpunktthema). SPW – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft. SPW 180. Dortmund, 2010

DER AUTOR

Dr. Stephan Peter, geboren 1955, ist seit vielen Jahren politisch engagiert, sowohl in den USA als auch in Deutschland. Seit 1976 ist er Mitglied der IG Metall. 2003 hat er die Internationale Kommission der Demokratischen Sozialisten von Amerika (DSA) gegründet, dessen „national co-chair“ (Vorsitzender) er ist. DSA ist die mit Abstand größte sozialistische Organisation der USA (www.dsausa.org).

Stephan Peter hat sich während seines Studiums als Industriesoziologe ausführlich mit Fragen der Humanisierung der Arbeit befasst. 1983 - 85 arbeitete er in der Zukunftswerkstatt Saar, einem Zusammenschluss von sechs selbstverwalteten Betrieben und Projekten in Saarbrücken. Von 1985-2010 lebte er in den USA, bis 1988 zunächst im Navajo Reservat im Norden Arizonas, wo er die Arbeit der Korbflechterkooperative der Paiute-Indianer wissenschaftlich begleitete. Seine Dissertation in Politikwissenschaften an der Universität Flagstaff in Arizona hatte den Einfluss der deutschen Alternativ- und Genossenschaftsbewegung auf die deutsche Sozialdemokratie der 1980er Jahre zum Thema. Er war Mitglied von Lebensmittelgenossenschaften, erst in Tucson (Arizona), danach in Minneapolis, Minnesota - der Herzkammer des amerikanischen Genossenschaftswesens. Von 1992 - 2010 war er Professor für Politikwissenschaften an einem community college in Minneapolis, Minnesota. Zur Zeit koordiniert er für die Fraktion die Linke im saarländischen Landtag das Projekt „Werkstatt Wirtschaftsdemokratie“. Er ist Geschäftsführer der Zukunftswerkstatt Saar, eines gemeinnützigen Vereins in Dillingen und Saarbrücken, der genossenschaftlich organisiertes und ökologisch ausgerichtetes Arbeiten und Leben fördert. Bisher verschiedene Veröffentlichungen zur Genossenschaftsbewegung und progressiver Politik in Deutschland und den USA.

IMPRESSUM

Rosa Luxemburg Stiftung Saarland | Peter Imandt Gesellschaft
Futterstr. 17-19
66111 Saarbrücken
Tel.: 0049 (0) 681-595 38 92
www.peter-imandt.de | www.saar.rosalux.de | imandt@web.de

Dezember 2012

Layout und Edition: Gisela Ruge
Druck- und Buchbindearbeiten: Druckerei Blattlaus, Saarbrücken

FOTONACHWEIS

Arbeiterfotografie Hassel Günther Kemmer, S. 19

Bies, Patric, Cover und S. 29, 36, 37

Blattlaus Druckerei, Cover und S. 28

Peter, Stephan, Cover und S. 16, 27

Ruge, Hans, Cover und Innenseite

ABBILDUNGSNACHWEIS

Peter, Stephan, S. 17, 18, 26

Zille, Heinrich, 1924, S. 13

Studie im Auftrag der

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
REGIONALBÜRO SAARBRÜCKEN

PETER IMANDT GESELLSCHAFT E.V.
VEREIN FÜR POLITISCHE BILDUNG UND KULTUR IM SAARLAND